

**Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in der bundes-  
deutschen Gesellschaft-  
Bestandsaufnahme und Abwägung von Lösungsstrategien gegen rechte  
Tendenzen in der Gesellschaft**

Diplomarbeit

vorgelegt von

Carsten Rix

Studiengang Soziale Arbeit

an der Hochschule Neubrandenburg

Im WS 2009/2010

Urn:nbn:de:gbv:519-Thesis2009-0416-3

Erstleser: Prof. Dr. Roman Oppermann

Zweitleser: Prof. Dr. Johannes Boettner

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Begriffsbestimmungen</b>	<b>4</b>
2.1	Ausländerfeindlichkeit	4
2.2	Ethnozentrismus	4
2.3	Rechtspopulismus	5
2.4	Neofaschismus/ Neonazismus	5
2.5	Rechtsradikalismus	6
2.6	Rechtsextremismus	6
<b>3</b>	<b>Wesen des Rechtsextremismus</b>	<b>8</b>
3.1	Ursachen und Einstellungen	9
3.2	Individualisierung	10
3.3	Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus	13
3.4	Der Umgang der Massenmedien mit dem Rechtsextremismus	16
<b>4</b>	<b>Die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus</b>	<b>20</b>
4.1	Parteien und strategisch wichtige Organisationsformen	20
4.1.1	Republikaner (REP)	20
4.1.2	Deutsche Volksunion (DVU)	20
4.1.3	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	21
4.2	Strategische Organisationsentwürfe	24
4.2.1	Das Konzept der National befreiten Zone (NBZ)	24
4.2.2	Kameradschaften	26
4.3	Entwicklung und Vergleich Ost/ West	27
4.3.1	Subkultureller Protest in Ostdeutschland und die Ursachen in der Sozialisierung des DDR-Regimes	27
4.3.2	Organisierter Rechtsextremismus in Westdeutschland	31
4.3.3	Der gesamtdeutsche Rechtsextremismus	32
4.3.4	Die NPD als dominante Kraft im deutschen Rechtsextremismus	33
<b>5</b>	<b>Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus</b>	<b>36</b>
5.1	Ebene der Politik	36
5.1.1	Konsequenzen für die politische Kultur	36

5.1.2	Kommunale Strategien für den Umgang mit der NPD in Kommunalparlamenten .....	38
5.2	Ebene der Justiz und der Polizei .....	44
5.2.1	Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts .....	44
5.2.1.1	Normen und Entwicklungen .....	44
5.2.1.2	Rechtliche Maßnahmen .....	47
5.2.2	Die Rolle der Polizei .....	50
5.2.2.1	Probleme bei der Polizei .....	51
5.2.2.2	Maßnahmen bei der Polizei .....	52
5.3	Ebene der Pädagogik .....	53
5.3.1	Die Rolle der pädagogischen Arbeit als Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Strategien .....	53
5.3.2	Frühkindliche Förderung .....	56
5.3.3	Jugendarbeit .....	58
5.3.4	Schulische Konzepte .....	63
5.4	Ebene der Gesellschaft .....	65
5.4.1	Förderprogramme der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus..	65
5.4.2	Netzwerke in Gemeinwesen .....	70
5.4.3	Medien .....	74
<b>6</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>79</b>
<b>7</b>	<b>Quellenverzeichnis.....</b>	<b>83</b>

# 1 Einleitung

Die extreme Rechte findet wiederholt wahlpolitisch Zuspruch, sie ist in Landes- und kommunalen Parlamenten vertreten und sie wird überdurchschnittlich von (männlichen) Jung- und Erstwählern gewählt. In Ostdeutschland verfügt sie über mehr als 300 Mandate in kommunalen Parlamenten; und die NPD hat in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern eine Stammwählerschaft.

Mit der Herausbildung von Kameradschaften hat sich in vielen Kommunen und Regionen der Republik ein neuer rechter Alltag eingepegelt.

Empirische Studien haben wiederholt das Ausmaß von fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Orientierungen nachgewiesen. Dieses Einstellungspotential reicht bis zu 40 Prozent.

Diese Hinweise zeigen seit den 1990er Jahren eine politisch-kulturelle Entwicklung und Mentalitätsbestände in der Bundesrepublik, die menschen- und gruppenfeindlich sowie demokratiegefährdend sind.

In dieser Arbeit soll ein aktueller Überblick über das Phänomen Rechtsextremismus gegeben werden, und die Möglichkeiten aufgezeigt werden, mit denen man ihm begegnen kann.

Zunächst erfolgt eine Begriffsbestimmung inklusive einer Abgrenzung zu oft synonym verwandter Begriffe, um den oft uneinheitlichen Sprachgebrauch einzudämmen

Die Ursachen für Rechtsextremismus werden im nächsten Kapitel behandelt. Daran anschließend beschreibe ich die Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen, d.h. welche Merkmale weisen rechtsextreme Einstellungsmuster auf und welche Abstufungen gibt es in Hinsicht auf Radikalität und Aktivität, und wie verbreitet sind sie in der Bevölkerung. Eine in der Ursachenforschung prominente Theorie zur Erklärung von rechtsextremen Einstellungen ist die Individualisierungstheorie nach Heitmeyer, die kurz, zusammen mit einem Überblick über verbreitete Kritikpunkte an dieser Theorie, vorgestellt wird. Die Wechselwirkung von Gewalt und Rechtsextremismus bei Jugendlichen wird im Anschluss beleuchtet. Es wird der Frage nachgegangen, ob eine rechte Gesinnung bei einer Gewaltaffinität die Funktion einer Rechtfertigung übernehmen kann, und welche Folgen dies hat.

Die Rolle der Massenmedien in der Berichterstattung über Ereignisse mit rechtsextremistischen Bezügen und ihr Einfluss auf Meinungen und Einstellungen der

Rezipienten werden im folgenden Kapitel beleuchtet. Es sollen mögliche Zusammenhänge zwischen der Art der Berichterstattung und Qualität und Quantität der rechtsextremen Bedrohung vorgestellt werden.

Die Parteien des rechten Spektrums und ihre Strategien und Entwicklungen werden im Anschluss vorgestellt, wobei die NPD hier eine zentrale Rolle spielt, da sie aktuell und vorrausichtlich auch auf absehbare Zeit eine Schlüsselfunktion in der rechten Szene einnimmt. Im Gegensatz zu ihr scheinen die anderen rechtsextremen Parteien zunehmend an Bedeutung zu verlieren. Auf die aktuelle strategische Ausrichtung des Rechtsextremismus wird exemplarisch mit dem Konzept der National Befreiten Zonen und der Organisationsform der Kameradschaften eingegangen. Die Entwicklungen und Erscheinungsformen von rechtsextremistischen Tendenzen in der jüngeren Geschichte kurz vor und nach der Wende in den beiden wiedervereinigten Landesteilen werden im Anschluss beleuchtet. Welche Unterschiede gab und gibt es in Ost und West und welche möglichen Ursachen können hierfür ins Feld geführt werden? Fragen wie Organisationsgrad, Parteibindung und Militanz dienen hier als Gradmesser.

Im zweiten Teil der Arbeit wird auf die unterschiedlichen Strategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus eingegangen. Was läuft bereits und was müsste (mehr) laufen? In vier Bereiche eingeteilt, soll ein Überblick über bestehende Konzepte, Herangehensweisen und Ideen ausgebreitet werden. Im Detail können jedoch keine Konzepte vorgestellt werden, da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Zunächst wird der Bereich der Politik beleuchtet. Hier geht es zunächst um die Signale, die von den politisch verantwortlichen Akteuren an die Gesellschaft ausgesandt, wie im konkreten durch praktische Politik und Äußerungen einzelner Politiker auf die öffentliche Meinung Einfluss ausgeübt wird. Weiter wird von der direkten Konfrontation von demokratisch gesinnten Volksvertretern mit Rechtsextremisten in und außerhalb von Parlamenten eingegangen, was in der Praxis meist in den Kommunen, aber auch in einigen Landesparlamenten stattfindet. Anhand erprobter und empfohlener Verhaltensvorschläge werden gangbare Wege aufgezeigt.

Im folgenden Kapitel wird die Aufmerksamkeit auf rechtlichen Rahmenbedingungen gelenkt. Welche konkreten Gesetze gibt es, wie werden sie umgesetzt? Welche Gesetzesinitiativen gab und gibt es? Sind Verbote wirklich immer sinnvoll oder können sie den Kampf gegen rechts vielleicht auch zusätzliche Steine in den Weg

legen? Auch auf die Rolle der Polizei wird in diesem Kapitel eingegangen. In welchem Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Anforderungen muss sie arbeiten? Was ist dran an der verbreiteten Meinung, dass die Polizei auf dem „rechten Auge“ blind ist und wie wird diesem entgegengewirkt?

Im nächsten Kapitel werden die Maßnahmen aus dem Bereich der Pädagogik gegen Rechtsextremismus beleuchtet. Nach einer Einordnung dieses Bereichs in den gesellschaftlichen Kontext, einschließlich einer Bewertung der Wechselwirkungen mit anderen Institutionen und der Erwartungen, die an die Pädagogik gestellt werden, folgt eine Betrachtung der Präventionsmöglichkeiten im Bereich der frühkindlichen Bildung. Daran anschließend wird ein Überblick über die Möglichkeiten der außerschulischen Bildung, also in erster Linie der Jugendarbeit vorgestellt, wobei auf Adressatengruppen, Handlungsstrategien und Methodenansätze eingegangen wird. Die Handlungskonzepte, die für einen schulischen Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus entwickelt wurden, schließen den Bereich Pädagogik und seine Handlungsmöglichkeiten gegen rechtsextremistische Einstellungen ab.

Unter den gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten wird die Geschichte der Förderprogramme, die der Bund zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus seit den neunziger Jahren aufgelegt hat, umrissen und dabei kritisch auf die Wirksamkeit dieser Projekte und Fehlentwicklungen geschaut. Anschließend werden Richtlinien, für die Gründung von Netzwerken vorgestellt, damit diese eine größtmögliche Wirksamkeit entwickeln können. Abschließend werden die Möglichkeiten der Massenmedien beleuchtet eine konstruktive Rolle bei der Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen einzunehmen. Wie können die „Meinungsmacher“ verantwortungsvoll mit der ihnen anvertrauten Macht umgehen, ohne durch all zu große Quotenabhängigkeit unbewusst Öl ins Feuer zu gießen und wie können die Medien im Idealfall vielleicht sogar noch positive Impulse aussenden?

## 2 Begriffsbestimmungen

Wenn von Rechtsextremismus im weiteren Sinne die Rede ist, wird eine Vielzahl von Begriffen verwendet, die nur schwer voneinander abzugrenzen sind. Erschwerend hinzu kommt, dass es in der Fachöffentlichkeit immer noch nicht gelungen ist, sich auf allgemeingültige Definitionen zu einigen. Dies schließt selbst den im Alltag häufig gebrauchten Begriff Rechtsextremismus mit ein.

Im Folgenden werde ich einen Überblick über den einen Stand über die Diskussion geben, um zumindest grob zu umreißen, wie sich die Begriffe voneinander abgrenzen.

### 2.1 Ausländerfeindlichkeit

Ausländerfeindlichkeit ist ein Begriff der sich in Deutschland in den sechziger Jahren mit dem zunehmenden Vorbehalt gegen die so genannten Gastarbeiter durchsetzte. Die Ursachen wurden auf der individuellen und nicht auf der gesellschaftlichen Ebene gesehen, was lange ein Wahrnehmen der Kontinuität rassistischen Denken und Handelns in Bezug auf den Nationalsozialismus blockierte. Die Weigerungen Ausländern die gleichen Rechte wie Inländern zuzugestehen, sofern sie nicht die vorherrschende Identität übernommen haben, ist als ausländerfeindlich zu bezeichnen (vgl. Butterwege 1996, S.16).

„Als Ausländerfeindlichkeit sind jene ablehnenden Einstellungen und Verhaltensweise zu bezeichnen, die Menschen wegen anderer Sprache Religion oder Kultur diskriminieren; sie geht von der Überlegenheit ... der Einheimischen und der gerechten Unterordnung der den „Ausländern“ zugeordneten Menschen aus“ (Schulze 1989, S.16).

Bei Fachwissenschaftlern stößt dieser Begriff auf breite Ablehnung, da er kaum konkret ist und das eigentliche Problem nicht wirklich erfasst. Ausländer sind nicht gleich Ausländer. Schweizer, Skandinavier und US-Amerikaner sind kaum von Ausländerfeindlichkeit betroffen. Schwarzen, die in Deutschland geboren sind und einen deutschen Pass haben, nützt es oft gar nichts, dass sie Deutsche sind (Vgl. Baier 1993, S.16).

### 2.2 Ethnozentrismus

„Ethnozentrismus meint eine Haltung, die andere ethnischen Gruppen für minderwertig gegenüber der eigenen hält, ihre Lebensformen und Handlungsweisen jedoch nicht als natürliche genetisch festgelegte Folgen der Abstammung, sondern als unter gewissen Bedingungen veränderbar betrachtet.“ (Kalpaka/ Rätzzel 1993, S.17) Diese Abkehr von biologischen Ursachen von Unter- und Übermenschen schließt einen Hang zur Militanz keineswegs aus. Die Menschheit wird als ein System konkurrierender Nationalstaaten gesehen, wobei die eigene Nation höherwertig als alle anderen ist. Wer diese Meinung nicht teilt, wird als „Volksfeind“ bezeichnet und teilweise unter Gewaltanwendung bekämpft(vgl. Butterwegge 1996, S.25).

### **2.3 Rechtspopulismus**

Relativ neu im Sprachgebrauch ist der Begriff Rechtspopulismus. Seine Verbreitung fand er durch die Wahlerfolge der Republikaner, der FPÖ, der Lega Nord und der Schill-Partei, alles Parteien die Befindlichkeiten in der Bevölkerung für ihre Zwecke ausnutzen, ohne zwangsweise den Staat und seine Verfassung abschaffen zu wollen. „Rechts- oder nationalpopulistisch sind neokonservative und rechtsextreme Parteien, die „Volksnähe“ demonstrieren und klassenübergreifend wirken, demagogische Parolen gegen „die da oben“ dominieren. Man verfolgt dabei eine Strategie der politischen Mobilisierung, die ethnozentrische, rassistische und autoritäre Einstellungsmuster innerhalb der Bevölkerung zum Zwecke der eigenen Machtsteigerung bzw. -erhaltung benutzt“ (Butterwegge 1996, S.29, vgl. Dubbiel 1986, S.49). Rechtspopulismus wird dabei oft in Abgrenzung zum Rechtsextremismus verwendet, beschreibt aber weniger den Inhalt einer Politik sondern die Art, wie sie gemacht und an den Mann gebracht wird. Es soll das einfache Volk angesprochen werden, keine Eliten. Dabei greift er die Sorgen, Nöte und Bedürfnisse zu demagogischen Zwecken auf und gibt die Schuld an diese (Rand-)Gruppen, typischerweise Ausländer, weiter und nutzt dabei bereits vorhandene Ressentiments. Durch ein populistisches Auftreten verändert der Rechtsextremismus allerdings lediglich sein Gesicht nicht aber sein Wesen (vgl. Butterwegge 1996, S.27f).

### **2.4 Neofaschismus/ Neonazismus**



Vorsicht geboten ist bei dem Verwenden der Begriffe Neofaschismus und Neonazismus. Sie sind häufig ideologisch aufgeladen und können dadurch notwendige Differenzierungen erschweren. „Neofaschismus ist ein oft verwendeter, aber wenig aussagekräftiger Begriff, der im Grunde lediglich eine wie auch immer geartete rechte politische Einstellung der Gegenwart bezeichnet. Wer ihn verwendet, möchte meist auch zum Ausdruck bringen, dass er Faschismus als Produkt kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse versteht. Der Begriff wird in letzter Zeit weniger gebraucht, denn offenbar konnte Rechtsextremismus auch unter nichtkapitalistischen Bedingungen entstehen“ (Butterwegge 1996, S.29).

Lediglich Personen, die sich explizit auf den Faschismus unter Benito Mussolini in Italien und den Nationalsozialismus unter Adolf Hitler in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhundert berufen, sind als neofaschistisch bzw. neonazistisch zu bezeichnen, wobei diese meist besonders militant auftreten. Also ist jeder Neo-Nazi ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ein Neonazi.

## **2.5 Rechtsradikalismus**

Rechtsradikalismus wurde in der Hochzeit des Kalten Krieges anstelle des heute gebräuchlichen Rechtsextremismus verwendet, und wurde ab Mitte der siebziger Jahre allmählich durch eben diesen verdrängt, und wird heute verwendet, um eine mildere Vorstufe zum Rechtsextremismus zu bezeichnen. So werden aktuell die „Republikaner“ als rechtsradikal eingestuft, was bedeuten soll, dass sie nicht verfassungsfeindlich agieren. Da es keine scharfen Trennlinien zum Rechtsextremismusbegriff gibt, die beiden Begriffe in der Fachliteratur mitunter „seitenverkehrt“ verwendet werden, und der Begriff „radikal“ in seinem lateinischen Ursprung- das Übel „an der Wurzel packen“, in der Aufklärung positiv besetzt war, sollte von dem Gebrauch des Begriffs Abstand genommen werden (vgl. Butterwegge 1996, S.26f).

## **2.6 Rechtsextremismus**

„Rechtsextrem“ nennen wir Bestrebungen, Personen, und Organisationen, die – meist unter Androhung/ Anwendung von Gewalt- versuchen, demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. abzuschaffen, in der Regel bezieht sich das auf sozial Benachteiligte, die sich aufgrund phänotypischer Merkmale wie Hautfarbe, Körperbau oder Haarbeschaffenheit, der Herkunft, weltanschaulichen, religiösen,

oder auch sexuelle Orientierung nach unterscheidbare, von der „Standardnorm“ abweichenden Minderheiten auszugrenzen, auszuweisen oder im Extremfall auszurotten und jene Kräfte zu schwächen bzw. auszuschalten, die sich für deren Integration, das Ziel der gesellschaftlichen Emanzipation und Maßnahmen demokratischer Partizipation einsetzen“ (Butterwegge 1996, S.27).

Der Ausdruck Rechtsextremismus erzeugt den Eindruck, als wären lediglich Randgruppen von ihm betroffen, daher ist er in der Hinsicht unscharf, als dass er den Eindruck erweckt, ihm zugeschriebene Einstellungen spielen in der öffentlichen Meinung keine Rolle (vgl. Klönne 1987, S.286).

Das Problem des Rechtsextremismus könnte also als Problem wahrgenommen werden, dass lediglich am Rand einer Gesellschaft existiert und es könnte verkannt werden, dass rechtsextremistische Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft reichen. Der Begriff Extremismus suggeriert lediglich eine scharfe Trennlinie zwischen Demokraten und Antidemokraten, der die Gefahr bedingt, dass der Blick auf die Verbindungen zwischen den Rand der Gesellschaft und ihrer Mitte verloren geht, da ideologischen Unterschiede zwischen beiden überbetont werden. Ebenso werden die historischen Bezugspunkte zum Faschismus/ Nationalsozialismus abgeschnitten, der ja keineswegs lediglich ein Phänomen des politischen Rands war (vgl. Leiprecht 1996, S.47, Butterwegge 1996, S.27). Trotz aller Schwächen ist Rechtsextremismus mangels Alternativen, der am besten geeignete Begriff, um die zu beschreibenden Phänomene zu erfassen (vgl. Knapp 1993, S.208).

Eine Reihe von Faktoren wird als ursächlich für verschiedene Ausprägungen und Einstellungen von Rechtsextremismus angesehen. Dies wird im Folgenden erläutert.

### 3 Wesen des Rechtsextremismus

Zum besseren Verständnis für das Wesen des Rechtsextremismus schlägt Stöss (2007, S.153ff) vor, zwischen verschiedenen Ausprägungen bzw. Stadien des Rechtsextremismus zu unterscheiden. So kann auf der individuellen Ebene zwischen Einstellungen und Verhalten unterschieden werden. Aus rechtsextremistischen Einstellungen, auch latenter Rechtsextremismus, kann durch konkrete Handlungen rechtsextrêmes Verhalten werden, was dann als manifester Rechtsextremismus bezeichnet werden kann. Jedoch setzen nicht alle Menschen ihre Überzeugungen in politisch motivierte Handlungen um. Wenn sie dies jedoch tun, kann man zwischen systemkonformen und systemfeindlichen Verhaltensweisen unterscheiden. Unter systemkonformen Praktiken versteht man z.B. „die Wahl einer rechtsextremistischen Partei, die Teilnahme an (legalen) politischen Aktionen, die Mitarbeit oder Mitgliedschaft in einer (nicht verbotenen) rechtsextremistischen Organisation“ (Stöss 2007, S.153). Gewalt, Terror, das Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole oder das Leugnen des Holocausts fallen unter systemfeindliche Verhaltensweisen. Bei dieser Betrachtung sollte man aber nicht außer Acht lassen, dass systemkonforme Verhaltensweisen des Rechtsextremismus sich meist dennoch zielstrebig gegen das demokratische System richten und die Akteure sich meist nur aus taktischen Erwägungen legal verhalten, häufig die Grenzen von Straftatbeständen auslotend (vgl. Stöss 2007, S.154).

Aus diesen Betrachtungen heraus ist es demnach auch nützlich, sich bei der Systematisierung der rechtsextremistischen Parteien, nicht am konkreten Verhalten, sondern an der allgemeinen Haltung zum demokratischen System zu orientieren und nach systemkonformen, systemkritischen und systemfeindlichen Positionen zu unterscheiden.

Nach Stöss (2007, 155ff) lassen sich die Verhaltensweisen weiter nach zielgerichtetem politischen Verhalten und Protestverhalten unterscheiden. Zielgerichtetes politisches Verhalten strebt nach politischer Macht im Staat, und will das demokratisch-pluralistische System abschaffen um es durch einen völkischen Nationalstaat zu ersetzen, wohingegen das Protestverhalten nicht durch langfristige politische Absichten geprägt ist, sondern eher ein Mittel des emotionalen Ausdrucks der eigenen Unzufriedenheit und Hilflosigkeit ist. Der rechtsextremistische Protest basiert meist auf einem diffusen, pseudo-rechtsextremistischen Weltbild. Er äußert

sich im Ausleben von Aggressionen und der Provokation der Umwelt, entweder von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen, indem auf sozial unerwünschte Weise gehandelt wird z.B. durch aggressive Gesten, dem Zeigen von provokanten Symbolen, Machogehabe, Sprüche klopfen, Vandalismus und Prügeleien. In der Spanne zwischen zielgerichtetem politischem Verhalten und Protestverhalten bewegen sich die rechtsextremistische Subkulturen bzw. Szenen, die in unterschiedliche Weise auf verbindende Normen, Werte und Stile und teilweise auf organisatorische Strukturen zurückgreifen (vgl. Stöss 2007, S.174f).

### **3.1 Ursachen und Einstellungen**

Zwei Faktoren sieht Stöss (2007, S.49ff) als ursächlich für das Entstehen von rechtsextremen Einstellungen. Er unterscheidet zwischen individuellen (Charaktermerkmale, Persönlichkeitseigenschaften) und gesamtgesellschaftlichen Faktoren. Die gesamtgesellschaftlichen Faktoren lassen sich in mehr oder weniger konstante, längerfristig wirksame und in eher situative Faktoren aufteilen. Zu den längerfristig wirksamen Faktoren zählen vor allem die Fort- bzw. Nachwirkungen des Nationalsozialismus, die autoritären Dispositionen von Teilen der Bevölkerung und die Auswirkungen des sozialen Wandels und der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse. Situative Faktoren entstehen meist aus speziellen Umbrüchen im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereich, die als gravierend wahrgenommen werden, wie zum Beispiel die Wiedervereinigung, oder auch die aktuelle Wirtschaftskrise, die den eigenen sozioökonomischen Status in Frage stellen. In der Vergangenheit gingen Hochphasen des Rechtsextremismus immer einher mit solchen Krisen und Umbrüchen. Rechtsextreme Verhaltensweisen kommen dabei für das Individuum die Funktion einer Bewältigungshilfe zu, indem sie Funktionen wie Orientierungshilfen, Identitätsbildung und Risikobewältigung übernehmen. Bestimmte Charaktereigenschaften und Persönlichkeitsmerkmale bilden sich durch in Krisensituationen empfundener Angst und Verunsicherung heraus, um diese zu bewältigen. Für die Entstehung von Rechtsextremismus bedeutet dies, dass „vorstrukturierte Charaktereigenschaften“ in Verbindung mit Problemlagen zu Persönlichkeitsmerkmalen führen, die bestimmte Einstellungen hervorrufen (Vgl. Stöss 2007, S.49ff).

Bevor es zu rechtsextremen Verhalten kommt, müssen bestimmte Einstellungen vorherrschen. Als Muster setzen sie folgenden (und eventuell) weiteren Bestandteilen zusammen: „Befürwortung von autoritären Regimen, chauvinistischer Nationalismus, Sozialdarwinismus oder Rassismus, Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus“ (Stöss 2007, S.61). Wenn sich diese Elemente in einer Person konzentrieren liegt ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild vor. Ein solches besitzen jedoch nicht alle Rechtsextremisten. Da die Sozialwissenschaften über kein genormtes Verfahren zur Messung von rechtsextremistischen Einstellungen verfügen, kann man von 10 bis 15 % Bundesbürger ausgehen, die ein rechtsextremistisches Weltbild haben (vergl. Stöss 2007, S.60, Kap. 4.3.1). Eine Änderung dieses Anteils ist wegen der Datenlage nicht feststellbar. Jedoch überholten die Ostdeutschen die Westdeutschen Mitte der 90er in der Anfälligkeit für rechtsextremistische Einstellungen und sind seitdem anderthalbmal so sehr rechtsextremistisch eingestellt, wie die Westdeutschen. Anders als beim Wahlverhalten sind Frauen genauso anfällig für rechtsextremistische Einstellungen wie Männer, ältere Jahrgänge mehr als jüngere Generationen. Generell handelt es sich beim gegenwärtigen Rechtsextremismus um ein Unterschichtphänomen: Besonders anfällig sind Arbeitslose, Arbeiter und Rentner. Personen in problematischen Lebenslagen denken besonders häufig rechtsextremistisch. Das Ausmaß des Rechtsextremismus hängt auch von mentalen Prädispositionen ab: Demokratische Überzeugungen haben eine immunisierende Wirkung, autoritäre Überzeugungen begünstigen die Ausbreitung von Rechtsextremismus (vgl. Stöss 2007, S.60ff). Eine sehr einflussreiche Theorie zur Erklärung der Entstehung rechtsextremer Einstellungen ist die Individualisierungstheorie, die in der Fachöffentlichkeit teilweise kontrovers diskutiert wird, wovon im nächsten Abschnitt berichtet wird.

### **3.2 Individualisierung**

Eine wichtige und einflussreiche Strömung in der Ursachenforschung ist die Individualisierungstheorie nach Wilhelm Heitmeyer. Sie sieht die Hauptursache für den aktuellen Rechtsextremismus im Prozess der Modernisierung. Dabei greift Heitmeyer auf die Konzeption von Ulrich Beck, der seit den achtziger Jahren eine Entwicklung von einer Industrie- zu einer „Risikogesellschaft“ wahrnahm. Diese zeichnet sich durch eine zunehmende Individualisierung, Endtraditionalisierung und Pluralisierung der Lebensstile aus. Dies bedeutet ein Mehr an Entschei-

dungsmöglichkeiten, allerdings verbunden durch zunehmende Unsicherheit und Ungerechtigkeit, da es sich um „riskante Freiheiten“ handelt. In der Praxis können die Wahlmöglichkeiten nur von wenigen Menschen effektiv wahrgenommen werden (vgl. Butterwegge 1996, S.79f).

Der Individualisierungsprozess führt dabei nicht zu einer höheren Autonomie und Emanzipation, sondern auch zu Beziehungslosigkeit und Vereinzelung und schließlich sogar zur Auflösung industriegesellschaftlicher Lebensformen (z.B. Klasse, Schicht, Geschlechterrollen aber auch Familie). Ersetzt werden sie durch unsichere, unstete Lebensformen, da diese durch die eigene Biographie erst selbst hergestellt werden müssen. Dies bringt ein erhöhtes Risiko, des Abdriftens der Gesellschaft nach rechts mit sich. „Reflexive Modernisierung provoziert Gegenmodernisierung, und zwar in allen Formen: neue Religionsbewegungen, Esoterik, Gewalt, Neonationalismus, Neorassismus, aber auch Renaturalisierungen von gesellschaftlichen Beziehungen und sozialen Problemen durch gentechnische und humangenetische Wellen“ (Beck 1993, S.30f). Die Komplexität, der durch die Globalisierung hervorgerufenen Probleme, fördert eine Sündenbockmentalität bei der Suche nach Verantwortlichen, die sich vor allen auf gesellschaftlich schwache Gruppen stützt. Erscheinungen wie Deregulierung, Privatisierungen von Lebensrisiken und die audiovisuellen Medien bereiten zusätzlich, wenn auch sicher ungewollt den Nährboden für rechtsextremistische Tendenzen.

Heitmeyer macht schließlich mit der Modernisierung einhergehende Individualisierungsschübe für soziale, berufliche und politische Desintegrationsprozesse verantwortlich, die bei Jugendlichen Vereinzelungserfahrungen, Ohnmachtsgefühle und Handlungsunsicherheiten hervorrufen. Da soziokulturelle Milieus und traditionelle Bindungen zunehmend wegfallen, fehlt den Betroffenen ein fester Halt. An dieses Defizit versuchen rechtsextreme Konzepte mit ihren Vorurteilen und Stabilitätsversprechen anzudocken, wodurch Ohnmachtsgefühle in Gewaltakzeptanz und Vereinzelungserfahrungen in nationalen Überlegenheitsdünkel überführt werden. (vgl. Butterwegge 1996, S.81).

Der Heitmeyersche Rechtsextremismusbegriff lautet „Von rechtsextremistischen Orientierungsmustern kann man also vorrangig dann sprechen, wenn beide Grundelemente zusammenfließen, wenn also die strukturell gewaltorientierte Ideologie der Ungleichheit verbunden wird zumindest mit der Akzeptanz von Gewalt

als Handlungsform“ (Heitmeyer 1995, S.16). Er weist den Makel auf, dass er nur aus zwei Elementen besteht, nämlich Ideologien der Ungleichheit und Gewaltbereitschaft. Diese sind zwar Bestandteile des modernen Rechtsextremismus, erfassen ihn aber nicht in seiner Komplexität und Vielfalt. Außerdem sind nicht alle Rechtsextremisten gewaltbereit und auch andere Bewegungen vertreten Ideologien der Ungleichheit, z.B. der Neoliberalismus. Beide Elemente liegen z.B. auch sexueller Gewalt und Unterdrückung zugrunde (vgl. Stenke 1993, S 91).

Auch die Fokussierung auf männliche Jugendliche stößt auf Ablehnung, da das Problem der rechtsextremistischen Frauen und Mädchen so aus dem Blickpunkt gerät. (vgl. Horn-Metzger/ Riedel 1995, S82).

Heitmeyer sieht einen direkten Zusammenhang zwischen der politischen Sozialisation als widersprüchlichen Prozess in politische Orientierungsmuster und Handlungsmuster. Dabei nimmt er Gewaltakzeptanz als zentrale Voraussetzung für ihre Entstehung war(vgl. Heitmeyer 1994, S46).

Es wird also nach Legitimation für die Anwendung von Gewalt gesucht und sich deshalb dem rechtsextremistischen Spektrum angeschlossen, was wiederum eine Fokussierung auf junge Männer bedingt.

Weitere Kritikpunkte an der Theorie Heitmeyers sind ein ihr unterstelltes gewisses Maß an Willkür und Unverbindlichkeit. Wie Breyvogel (1994, S.16) etwas polemisch formulierte, „könnten Desintegration und Paralyse genauso gut zur Erklärung jugendlicher Suizide, des Fahrverhaltens auf deutschen Autobahnen oder des vermehrten Wunsches nach Fernsehen zur Urlaubszeit herangezogen werden“.

Rommelspacher (1995, S.85) warf Heitmeyer Täterentlastung vor, wenn er rechte Jugendliche als „Opfer der Risikogesellschaft“ darstellt. Nach Huiken (1993, S.497) geht es Heitmeyer in erster Linie um die Orientierungslosigkeit der für Rechtsextremismus anfälligen Jugendlichen. Andere Aspekte würden eher vernachlässigt.

Schließlich kommen Untersuchungen an der Universität Tübingen zu anderen Ergebnissen als Heitmeyer, in denen sie nachweisen, dass rechtsextremistische Einstellungen, eben auch bei wohlsituierten, beruflich fest etablierten Jugendlichen fest verankert ist. Heitmeyer werfen sie in dem Zusammenhang vor, die Aussagen der von ihm befragten Jugendlichen zu sehr für bare Münze zu nehmen( vgl. Held 1991, S. 67- 75). Auch der in der Berichterstattung oft verwendete Begriff „Moder-

nisierungsoffer“ ist in diesem Zusammenhang fehl am Platz (vgl. Butterwegge 1996, 86).

Radtke (1993,S.88) legte den Erfolg von Heitmeyer vier Faktoren zu Grunde: „Sie scheint in sich eine hohe Plausibilität zu haben; das Gewaltproblem wird auf eine Teil- bzw. Randgruppe der Gesellschaft eingegrenzt; zugleich kommt sie dem Gefühl entgegen, das jede vorangehende Generation über die nachfolgende Jugend hat: Es wird immer schlimmer. Und schließlich ergibt sich fast zwanglos eine Lösungsstrategie: Erziehung.“

Die Wechselwirkungen von Gewalt und rechtsextremen Tendenzen werden auch im nächsten Kapitel beleuchtet.

### **3.3 Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus**

In einer Schülerbefragung in Greifswald(vgl. Geng 1999, S.235ff) wurden die Gewalterfahrungen und die Gewaltopfererfahrungen von Schülern in ihren sozial-räumlichen Kontexten untersucht. Dabei sollte genauer beleuchtet werden, welche statistischen Beziehungen einerseits auf der Einstellungsebene zwischen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen und Gewaltakzeptanz sowie andererseits auf der Verhaltens- bzw. Erfahrungsebene zwischen selbstberichteter Gewaltdelinquenz und Opferwerdung bestehen, und welche Beziehungen zwischen den jeweiligen Einstellungen und berichteten Gewalterfahrungen bestehen. Dabei sollte unter andern geklärt werden, in welchem Ausmaß einerseits fremdenfeindliche und andererseits gewaltbereite Orientierungen bei Jugendlichen verbreitet sind, und in welchem Umfang diese miteinander korrespondieren. Weiterhin wurden die Verbreitung von Gewaltdelinquenz und Opferwerdung und ihre Wechselwirkungen zu vorhandenen Orientierungen untersucht (vgl. Geng 1999, S.237).

Die Befragung wurde in 45 Klassen des neunten Jahrgangs vom 29.6-8.7.1998 in jeweils zwei Schulstunden durchgeführt. Der Untersuchung blieben höchstwahrscheinlich die problematischen Schüler fern, weshalb eher von einer Unterschätzung in den Ergebnissen auszugehen ist. Bis auf wenige zu vernachlässigende Ausnahmen handelt es sich bei allen Befragten um ostdeutsche Jugendliche. Sie wurden in der Befragung nach ihrem Geschlecht differenziert, da hier in diesem Bereich mit Unterschieden in den Ergebnissen zu rechnen war(vgl. Geng 1999, S.237).



Hier zunächst das Ergebnis zu rechtsextremen, insbesondere fremdenfeindlichen Einstellungen: 28 Prozent der Jugendlichen waren deutlich rechtsextrem, insbesondere fremdenfeindlich eingestellt, 24 Prozent zeigten eine deutliche Ablehnung und 48 Prozent verhielten sich ambivalent. Die Befragung ergab, dass mehr männliche Jugendliche, nämlich 35 Prozent die oben genannten Einstellungen vertraten, deutlich mehr, als die weiblichen, mit 21 Prozent. Bei der deutlichen Ablehnung betrug die Zahlen bei den weiblichen Befragten 30,1 Prozent, wogegen es bei den männlichen Befragten nur 18,4 Prozent waren. Ambivalentes Verhalten zeigten 34 Prozent der weiblichen und 50,3 Prozent der männlichen Jugendlichen. Ähnliches ergab sich auch in Bezug auf die Gewaltakzeptanz. Fast die Hälfte der Jugendlichen, zeigte mit 10 Prozent eine sehr hohe und mit 32 Prozent eine ambivalente Akzeptanz zur Gewalt. Daraus ergab sich, dass nur 58 Prozent aller Jugendlichen sich gegen Gewalt aussprachen, wobei 46 Prozent der männlichen und 70 Prozent der weiblichen Schüler Gewalt ablehnten. Von den männlichen Schülern hatten 38 Prozent eine ambivalente und 16 Prozent eine hohe Gewaltakzeptanz. Bei den Mädchen waren es nur 26 Prozent die zu einer ambivalenten Haltung und vier Prozent die zu einer hohen Gewaltakzeptanz neigten (vgl. Geng 1999, S.240ff).

Aus den Ergebnissen der Befragung scheint sich ein positiver Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen sowie Gewaltakzeptanz abzuleiten, allerdings kann keine Entscheidung getroffen werden, was auslösender Faktor ist. Es ließen sich für beides schlüssige, etwa sozialisations- und subkulturtheoretische; Begründungen finden. Ebenso verhält es sich mit dem differentiellen Geschlechtereffekt.

Trotz eines hochsignifikanten Zusammenhangs zwischen fremdenfeindlichen/rechtsextremen Einstellungen und Gewaltdelinquenz ist ein solcher „real“ ,jedenfalls in der untersuchten Greifswalder Schülerschaft, nicht vorhanden. Es handelt sich vielmehr um eine „Scheinkorrelation“. Allenfalls ein indirekter Einfluss von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen. auf die Gewaltdelinquenz, durch die mit diesen Einstellungen einher gehende hohe Gewaltakzeptanz erscheint nicht unwahrscheinlich.

Rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen erfüllen bei gewaltbereiten Jugendlichen die Funktion einer Selektions- und Rechtfertigungsinstanz, die situa-

tiv einerseits die Wahrnehmung bezüglich möglicher Opfer beeinflusst und andererseits die Legitimation dafür bereitstellen kann, Gewalt anzuwenden oder im Nachhinein zu begründen. Dies trifft vermutlich in viel stärkeren Maße für gewaltbereite rechtsextremer und fremdenfeindlicher orientierte Jugendliche zu, da die Zugehörigkeit über konforme Einstellungen und Verhaltensweisen hergestellt und verfestigt wird und auch die Bindungsstärke der Gruppenmitglieder untereinander in nicht geringen Ausmaß von der nach innen, und in noch ausgeprägter Form nach außen, gerichteten Einstellungs- und Verhaltenskonsistenz der Gruppenmitglieder abhängt. Insofern kommt rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen eine spezifische Bedeutung zu (vgl. Geng 1999, S.246ff).

Analysen ergaben wichtige Hinweise für das sozialpsychologische Verständnis rechtsextremer Orientierungen, der Gewaltbereitschaft und abweichender Verhaltensformen bei Jugendlichen (vgl. Neumann u.a.1999, S111ff). Sie sind vielfach Ausdruck massiver Adoleszenzkrise, die aus krisenhaft verlaufenen Identitätsprozessen heraus münden. Hierbei können häufig erlebte und erlittene Ohnmacht, Herabsetzungen, Demütigungen, Zurückweisungen, Verletzungen und Verunsicherungen, also Ausgrenzungserfahrungen in der Kindheit und im Jugendalter eine Rolle spielen. Diese Erfahrungen werden in der Familie, der Schule und mit Gleichaltrigen, also meist im engen Umfeld gemacht. Sie treffen oft mit physischen, kognitiven und psychischen Defiziten hinsichtlich erwarteter Anforderungen und Ansprüchen zusammen, die die Jugendlichen mit ihrem Bild von sich selbst nicht Einklang bringen können, was sich in einer starken emotional-affektiven Konflikthaftigkeit ausdrückt.

Als vermeintlichen Weg heraus bietet die fremdenfeindlichen bzw. rechtsextreme Clique die Möglichkeit der Identitätsherstellung und –Behauptung und ein mangelndes, labiles oder bedrohtes Selbstwertgefühl zu kompensieren, stabilisieren oder gar zu erhöhen.

Komplexe Verhältnisse und Bedeutsamkeit der eigenen Person und Gruppe gegenüber anderen lassen sich durch rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen mit ihrer einfachen, auf den Gesetzen von (körperlicher) Stärke aufbauenden Struktur, als Weltbild ohne eine ideologische Fundierung, vermeintlich leicht einordnen. Hinzu kommt das Gewaltverherrlichung und Gewaltausübung, die aus der Gruppe heraus gegen Schwächere überlegene Selbstwirksamkeit (Männlichkeit) demonstriert.

Die durch die ungeheure Provokation von gewaltbereiten Auftreten sichere öffentliche Gegenreaktion taugt als zusätzlicher identitätsstiftender Faktor. In einer gestärkten Gemeinschaft wird das Gefühl der Zugehörigkeit erzeugt durch eine problematische soziale Identitätsbildung bei Selbstwertgewinn, und einer identitätsstiftenden, gefährlichen Abgrenzung nach außen.

Gerade bei Jugendlichen spielt der Konsum von Massenmedien eine zentrale Rolle. Diese haben auf das Einstellungspotential der Bevölkerung einen erheblichen Einfluss, wovon im folgenden Kapitel die Rede ist.

### **3.4 Der Umgang der Massenmedien mit dem Rechtsextremismus**

Die Medien prägen maßgeblich den politischen Diskurs zum Thema Rechtsextremismus, womit sie maßgeblichen Einfluss auf die öffentliche und private Einschätzung des Gefahrenpotenzials und dem Umgang mit ihm haben. Natürlich werden die Medien und ihre Themensetzung und -gestaltung andererseits maßgeblich durch die öffentliche Diskussion gespeist. Die Art der Berichterstattung lehnt sich direkt an die in der Gesellschaft vorhandenen Bilder an, nicht zuletzt um die Adressaten möglichst da abzuholen wo sie stehen. Hierbei bewegt sich die Berichterstattung immer im Spannungsfeld zwischen Chronistenpflicht und Aufklärung (vgl. Schellenberg 2005, S.39).

Zu betrachten ist, ob die Darstellung oder Konstruktion des Rechtsextremismus in den Medien realitätsgetreu ist, inwieweit das Thema durch die Darstellung dramatisiert oder verharmlost wird und die Gefahr der Eigendynamik durch nicht mediengerechte Aufarbeitung besteht (vgl. Kleinen von Königslöw/ Scheufele/ Esser 2002, S. 95-142). Hieraus ergibt sich die Konsequenz, wie die Medien ein realistisches Bild des Phänomens Rechtsextremismus zeichnen können, das sowohl eine nüchterne Darstellung der Ereignisse, als auch eine aufklärende Wirkung für die unterschiedlichen Rezipientengruppen bietet.

Der Journalismus bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Aufklärung und Zuschauerzahlen. Er muss sich bewusst machen, dass er zwar eine Wertung vornehmen muss, in die naturgemäß seine eigene Einstellung zum Thema Rechtsextremismus mit einfließt und andererseits eine Distanz zum Gegenstand bewahren, um sich nicht in den Verdacht zu bringen, das Urteil war schon vorher gefällt, um nicht Applaus von denjenigen zu kriegen, die eh schon seiner Meinung waren, sondern auch ambivalent Eingestellte zum Nachdenken zu bringen. Dazu kom-

men noch medienspezifische Rahmenbedingungen, auf die ein Journalist Rücksicht nehmen muss: So hat der, in den letzten Jahren, Trend in Richtung Infotainment auch in eher seriösen Formaten Spuren hinterlassen. Zunehmend wird sich an Personen, Emotionen, Unterhaltung sowie "starken" Bildern ("Emotainment") orientiert. Zudem werden die Nachrichtenfaktoren Negativismus, Konflikthaftigkeit, Kontroverse, Aggression und Schaden von Zuschauern bevorzugt aufgenommen (Vgl. Eilders, 1997, S. 68).

In den Jahren 1991 bis 1997 führte Ohlemacher (1999, 53ff) eine empirische Längsschnittbetrachtung durch, mit dem Ziel die Wechselwirkung massenmedialer Berichterstattung auf der einen Seite und der Bevölkerungsmeinung gegenüber fremdenfeindlicher Gewalt auf der anderen Seite zu beleuchten. Ausgangspunkt der Untersuchung war die Frage, ob es eine besondere Verantwortung der Medien gibt und ob ihre Berichterstattung in spezifischen Konstellationen (Mit-)Auslöser für Gewalttaten sein kann.

Die Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock zu Beginn der Neunziger Jahre hatten das Ziel, Asylbewerberheime zu verhindern. Es kam zu Ausschreitungen über mehrere Tage, zu denen Fernsehteams anreisten und die Berichterstattung immer mehr answoll und aus dem Ruder lief. Ein Kamerateam wurde beinahe eingeschlossen und Journalisten sollen Jugendlichen geboten haben, wenn sie Gewalthandlungen für die Kamera nachspielten (vgl. Ohlemacher 1999, S.54). Später in den nachts auf Wohnhäuser in Mölln und Solingen verübten Anschlägen gab es dann Tote.

Hoyerswerda und Rostock zogen einen Nachahmeffekt nach sich. Es kam zu einer Häufung von Gewalttaten gegen Fremde. Nach dem Anschlag von Mölln ließ sich dieser Nachahmeffekt nicht, nach Solingen nur leicht beobachten (vgl. Ohlemacher 1999, S.54f).

Hieraus lässt sich die These herleiten, dass den Massenmedien eine Schlüsselrolle zukommt, wenn es darum geht, wie über Schlüsselereignisse berichtet wird, die als Verursacher und Auslöser von weiteren Straftaten dienen (können) (vgl. Brosius/ Esser 1995, S.77ff).

Die meisten von uns erfuhren von diesen Ereignissen über die Massenmedien, wie bei abstrakten Ereignissen üblich. Ein Neuigkeitswert bahnt den Ereignissen einen Weg in die Medien. Dabei neigen die Medien zur Bezugnahme auf frühere

Ereignisse, um einen Zusammenhang herzustellen und bei den Menschen Reize zu treffen. Laut Luhmann(1996, S.68) kommt es zu einem Wechselspiel zwischen Aktualität und Rekursivität zu einem narrativen Kontext, der weiter erzählt werden kann, nämlich als Serie von Ereignissen. Es ist nicht die Frage ob die Berichterstattung exakt, richtig oder ob die vorhandene Realität „verzerrt“ wiedergegeben wird. Sie erzeugt eine Beschreibung der Realität, eine Wertkonstruktion, und das ist die Realität, an der die Gesellschaft sich orientiert. Dies wirft die Frage auf, wie die Medien im Rahmen solcher zum Teil selbst errichteter Ereigniskontexte wirken (Luhmann1996, S.68ff).

Die (mit-)verursachende Wirkung der Massenmedien wird in fast allen einschlägigen Publikationen hervorgehoben, von geistiger Brandstiftung oder Stichflammenjournalismus mit einer suggestiv- ansteckenden Kraft ist die Rede(vgl. Ohlemacher 1999, S.55). Die Ereignisse gehen dabei mit einem sprunghaften Anstieg der Berichterstattung einher, wobei sich kein direkter linearer Zusammenhang, also kein einfaches Reiz-Reaktionsschema aufzeigt. Vielmehr spielen der Inhalt und die Art der Berichterstattung eine wichtige Rolle.

Anhand der oben beschriebenen Ereignisse lassen sich zwei Phasen herleiten. Zunächst fanden die Zwischenfälle in Hoyerswerda und Rostock statt. Hierbei handelt es sich um die Ansteckungsphase. In ihr wurde sehr ereignisorientiert berichtet. Die mediale Kommentierung wechselte ambivalent zwischen Verständnis und Verurteilung. So lehnte z.B. BILD die Taten ab, brachte aber Verständnis für die Motive auf. Vor Hoyerswerda gab es die Asyldebatte, die einen starken Einfluss auf die öffentliche Meinung hatte. Die Anzahl der restriktiven Äußerungen wirkte direkt auf die Zahl der Gewalttaten (vgl. Brosius/ Esser 1995, S.206).

Die zweite Phase offenbart sich mit den Anschlägen in Mölln und Solingen. Hier wurden Morde verübt. Kinder gehörten zu den Opfern. Die Familien lebten schon länger in Deutschland. Die Berichterstattung war nachdenklicher und hintergrundorientierter. In der Kommentierung zeigte sich entschiedene Ablehnung. Die Stimmung kippte. Mit (Stammtisch-) Applaus war nicht mehr zu rechnen (vgl. Ohlemacher 1999, S.56f).

Die Bevölkerungsmeinung ist immer ein Teil der öffentlichen Meinung, ebenso wie die Massenmedien als veröffentlichte Meinung. Zusammen erzeugen sie ein Meinungsklima, was durch die veröffentlichte Bevölkerungsmeinung (Umfragen, ÖTöne u.ä.) legitimiert und verstärkt wird. In diesem Zusammenhang lässt sich ein

Zusammenhang zwischen ausländerkritischen Meinungen und Gewalttaten gegen Ausländer feststellen. So wurden nach den Anschlägen von Mölln der Anteil der ausländerkritischen Stimmen weniger, anders als nach Hoyerswerda. Es kam zu einem buchstäblichen Zurückschrecken der öffentlichen Ausländerkritik. Bevölkerungsumfragen messen also nicht so sehr eine tatsächliche Meinungsäußerung, eher die Verschiebung der sozialen Akzeptanz einer Meinungsäußerung.

Wahlerfolge von rechten Parteien auf Landesebene sorgen immer wieder für eine massenmediale Aufmerksamkeit. So entwickelt sich durch sie eine Legitimationsbasis für Übergriffe gegen Ausländer und Andersdenkende. Allerdings scheinen sie auch funktionales Äquivalent für Gewalt auf der Straße zu dienen, d.h. die Bestätigung im Wahlergebnis dämpft die Aggressionsbereitschaft. Urteile gegen Täter forcieren zusätzlich oft einen Abwärtstrend, wobei es jedoch nie zu einem kompletten Einbruch bei der Quantität der Gewalttaten kam (vgl. Ohlemacher 1999, S.59ff).

Durch die Änderung des Asylrechts 26.05.1993 wurde den Tätern viel von ihrer Legitimation genommen, durch sie wurden ihnen viele potentielle Opfer vorenthalten (vgl. Koopmanns 1996, S.184). Die vorher laufende Asyldebatte gab den Tätern Legitimierung. Sie verfielen dem Deutungsmuster: "Die Politiker tun nichts. Wir müssen die Sache selbst in die Hand nehmen". Durch die Änderung des Asylrechts wurde dieser Entschuldigung der Boden unter den Füßen entzogen (vgl. Koopmanns 1996, S.197).

Die Medien erzeugen also als eine Grundstimmung auf denen Schlüsselereignisse entstehen. Hieraus resultiert die beschriebene Wechselwirkung zwischen Bevölkerungsmeinung und Gewalttaten.

Als nächstes werden zentrale Organisationen und Organisationsformen vorgestellt, die für den Rechtsextremismus in seiner modernen Form zentrale Rollen spielen.

## **4 Die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus**

### **4.1 Parteien und strategisch wichtige Organisationsformen**

#### **4.1.1 Republikaner (REP)**

Die Republikaner formierten sich 1983 aus Enttäuschung über die ausbleibende „geistig moralische Wende“ und waren zunächst am rechten Rand der Union angesiedelt. Diese aber ursprünglich rechtskonservative Ausrichtung wurde, zusehends durch Strömungen in der Partei in Frage gestellt. Die Republikaner wollten strategisch handeln und nicht als rechtsextremistisches Sammelbecken fungieren (vgl. Stöss Brodkorb 2007/2003, S.30ff ). Die Republikaner sind die jüngste der drei führenden rechtsnationalen Parteien in der Bundesrepublik. Spätestens mit dem Vorsitz von Franz Schönhuber bekam sie einen deutlichen geschichtsrevisio-nistischen Anstrich, der zu beachtlichen Wahlerfolgen Ende der achtziger/ Anfang der Neunziger Jahre führte. Im Gegensatz zur DVU und zur NPD wollen die Re-publikaner als demokratische Partei anerkannt werden und buhlen darum, ihren, ihrer Meinung nach, rechtmäßigen Platz bei den etablierten Parteien einzuneh-men. Aus diesen Überlegungen wurde Schönhuber 1994 auch als Parteichef ab-gesetzt, da unter seiner Verantwortung, Wahlabsprachen mit der DVU geführt worden waren, die diesem Bestreben zuwiderliefen. Das Bemühen als rechtskon-servative Wahlpartei wahrgenommen zu werden, erzielte jedoch insofern Erfolge, dass die Republikaner mittlerweile vom Verfassungsschutz nicht mehr als rechts-extreme Partei beobachtet werden. Allerdings steuert die Partei durch massiven Mitgliederschwund und ausbleibende Wahlerfolge immer mehr der Bedeutungslo-sigkeit entgegen. Die Republikaner haben ihren Platz im Parteienspektrum verlo-ren, da sie keinen Kontakt zur rechten Basis auf der Straße haben. Für die demo-kratischen Wähler rechts von der Union, deren Potential ohnehin von der CDU/CSU, zumindest im verfassungstreuen Bereich erfolgreich kleingehalten wurde, sind sie immer noch zu unredlich(vgl. Brodkorb 2003, S.31f).

#### **4.1.2 Deutsche Volksunion (DVU)**

Nach ihrem eigenen Verständnis ist die DVU die einzige Partei, die die Fahne des Grundgesetzes hochhält (vgl. Brodkorb 2003, S.33). Sie will damit ihre Inhalte, die aus dumpfer Hetze gegen Ausländer mit Aufgreifen von simplen Sozialneid-

Vorbehalten und Glorifizierung der Wehrmacht bestehen, legitimieren. Damit zielt sie offensiv auf Protestwähler mit niedrigem Bildungsniveau. Dank des finanzstarken Parteigründers und langjährigen Vorsitzenden Gerhard Frey, verfügt sie, durch sein mit seinem Zeitungsimperium erlangtes Vermögen, über die Mittel, mit flächendeckender Plakatierung ihren Wahlkampf zu bestreiten, was ihr zwischen 1987 und 2005 teilweise beachtliche Wahlerfolge einbrachte. Frey führte die Partei praktisch im Alleingang, indem er die Kandidaten und Funktionäre aussuchte, von denen er am wenigsten Widerstand gegen seine eigene Person erwartete, wodurch es jedoch zu kaum inhaltlicher Arbeit kam. Weiterhin grenzte er sich von anderen rechtsextremen Parteien, aus dem Grunde ab, weil er um seine Wahlerfolge und damit um Publicity fürchtete. An eine vereinte Rechte mit dem Ziel, das System ins Wanken zu bringen, schien er nicht interessiert zu sein. Da die DVU eine reine Wahlpartei mit größtenteils inaktiver Basis ist, die scheinbar in erster Linie Werbung für von Frey herausgegebenen rechtsnationalen Zeitschriftentitel machen soll, ließ sie sich strategisch von der NPD überholen. Momentan ist die DVU in keinem Landtag mehr vertreten und verfügt auch im Vergleich mit der NPD nur noch über relativ wenige Kommunalmandate, so dass sie mittlerweile im politischen Spektrum kaum noch eine Rolle spielt (vgl. Brodkorb 2003, S.33).

#### **4.1.3 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

Die NPD wurde am 28.11.1964 als Sammelbecken des „nationalen Lagers“ und als Nachfolgerin der erfolglosen Deutschen Reichspartei gegründet. Diese erhielt bei den vergangenen Bundestagswahlen nur zwischen 0,8 und 1,1 Prozent der Stimmen. Zunächst konnte die neu gegründete Partei 1965 auch nur 2 Prozent bei der Bundestagswahl erlangen, aber in der zweiten Hälfte der sechziger setzte bedingt durch die Wirtschaftskrise und die Große Koalition setzte ein enormer Aufwärtstrend ein.

Sie zog zwischen 1966 und 1998 in sieben Landesparlamente ein. In Baden-Württemberg erhielt sie nach den Osterunruhen 1968 mit 9,8 Prozent ihr bestes Ergebnis. Sie schnitt in ehemaligen NSDAP-Hochburgen in ländlich-mittelständischen Gebieten und in Arbeitermilieus, die sonst eigentlich die SPD bevorzugten, auffällig gut ab (vgl. Jesse 2005, S.32).

Auf den ersten Vorsitzenden Fritz Thielen, folgte 1967 Adolf von Thaden, der sich vom Nationalsozialismus absetzte, indem er eher einen besitzbürgerlichen



Rechtsextremismus vertrat. Die Mitgliederzahl stieg zeitweise auf 30.000 Mitglieder an. Jedoch scheiterten sie 1969 mit 4,3 Prozent bei der Bundestagswahl an der Fünfprozenthürde, hervorgerufen durch die verbesserte ökonomische Lage und die breitere gesellschaftliche Ablehnung. Hierauf folgte ein tiefer Absturz. 1971 trat von Thaden zurück.

Unter dem neuen Vorsitzenden Martin Mußgnug, entwickelte sich die Partei in einen Haufen Ewiggestriger, ohne jeden Erfolg bei Wahlen. Einschließlich der Bundestagswahl 1990, der Wahl zu deutschen Einheit blieb die NPD mit zwei Ausnahmen 1972 und 1987 mit jeweils 0,6 Prozent konstant deutlich unter 0,5 Prozent. Auch bei Landtagswahlen kam sie während dieser Zeit nie in die Nähe der Fünfprozenthürde. Am erfolgreichsten war sie 1988 mit 2,1 Prozent bei den Wahlen in Baden-Württemberg (vgl. Jesse 2005, S.32).

Der Versuch von Mußgnug, die NPD unter dem Namen „Deutsche Allianz“ (später „Deutsche Liga für Volk und Heimat“) in eine rechtsextreme Sammlungsbewegung umzuformen, schlug fehl und endete mit einer Abspaltung und erneuten Schwächung.

1991 wurde Günter Deckert neuer NPD-Vorsitzender, der die Ausländerfrage mehr in den Mittelpunkt stellte und als Geschichtsrevisionist auffiel, weswegen er mehrmals verurteilt wurde. 1995 wurde er wegen Veruntreuung von Parteigeldern von seinem Amt enthoben und von Udo Voigt abgelöst (vgl. Jesse 2005, S.33).

Unter Voigt öffnete sich die Partei Personen mit nationalsozialistischen Positionen Mitgliedern von in der ersten Hälfte der Neunziger Jahre verbotenen Organisationen. Auf dem Parteitag 1998 wurde ein „Drei-Säulen-Konzept“ von Voigt“ abgesegnet. Die „**Schlacht um die Köpfe**“ basierte auf der Programmatik, „**Schlacht um die Straße**“ meinte die Massenmobilisierung und die „**Schlacht um die Wähler**“ die Wahlteilnahme. Alle drei Säulen ergeben nur zusammen Sinn. „Alle Mitglieder (...) sind aufgefordert, je nach eigenen Stärken und Schwächen den Schwerpunkt ihres Einsatzes innerhalb dieses Dreiecks zu wählen, das von drei Säulen aufgespannt wird, ohne jedoch eine einzelne Säule aus den Augen zu verlieren.“ verlaubliche der heutige sächsische NPD- Fraktionsvorsitzende Holger Apfel (1999, S.360) damals. Weniger explizit in ihrem Parteiprogramm, sondern vielmehr durch ihre Propaganda wandte sich die NPD auf nationalistischen und neorassistischen Inhalten zu, die sie aggressiv als Lösung der sozialen Frage vertrat. Die strategische und programmatische Wesensverwandtschaft der NPD

mit dem Nationalsozialismus bildete dann auch ein gewichtiges Argument in dem 2001 eingeleiteten (dann aber gescheiterten) Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (vg. Stöss 2007, S.145ff, Kap. 5.2.1.2.).

Durch diese Radikalisierung konnte die NPD ihre Mitgliederzahlen auf 6000 verdoppeln, im Osten sogar verfünffachen. Wahlerfolge blieben aber weiter aus. Die NPD kam kaum über die wichtige 0,5 –Prozenthürde, deren Überschreitung sie von der zur Wahlkampfmittelerstattung profitieren lassen würde. Im Osten schnitt sie wegen der höheren Bereitschaft zur Protestwahl besser ab. Erst 2004 änderte sich dies. Sie steigerte sich von 0,3 Prozent in Hamburg, 1,6 Prozent in Thüringen, über 4 Prozent im Saarland zu beachtlichen 9,8 Prozent in Sachsen, und konnte damit erstmals seit 1968 wieder in einen Landtag einziehen, genau so stark wie die SPD. Der Wiedereinzug in dieses Parlament gelang ihr 2009 mit 5,6 Prozent und bereits 2007 konnte sie mit 7,3 Prozent in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einziehen.

Wesentlichen Anteil hatte eine aggressive Kampagne gegen die Arbeitsmarktreformen der damaligen Bundesregierung, auf der sie sich mit ausländerfeindlichen Parolen zurückhielt, aber Ängste vor der Osterweiterung schürte. In Teilen Sachsens gelang ihr sogar eine gewisse soziale Verankerung. Am gleichen Tag wie in Sachsen gelang der DVU mit 6,1 Prozent der Einzug ins Brandenburgische Parlament. Beide Parteien hatten vorher verabredet sich nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen.

Nach diesem Erfolg wurde eine zusätzliche Säule hinzugefügt. Der „Kampf um den organisierten Willen“ meint die Bündelung aller Kräfte des „nationalen Lagers“ von der DVU bis zu den Kameradschaften, provozierend „Volksfront von Rechts“ genannt. Ein 2005 mit der DVU geschlossener „Deutschland-Pakt“ regelte, dass die beiden Parteien bis 2009 nicht mehr gegeneinander antraten.

Die NPD dominierte mittlerweile durch ihre Kaderstruktur die rechtsextreme Parteienlandschaft, obwohl sie mit 5.300 Mitgliedern, weit weniger Mitglieder als beispielsweise die DVU hatte (11.000) und die Republikanern (7.500). Bezeichnend für ihre zunehmende Sogwirkung ist, dass der frühere Republikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber für sie bei der Bundestagswahl antrat.

Die Hoffnung, dass sich die Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, wie viele rechtsextremistische Fraktionen vor ihr, selbst demontieren würden, erfüllte sich nicht. Sie zeichneten sich durch, wenn auch durch ideo-

logisch motivierte, Sacharbeit einerseits und gezielte Provokationen andererseits aus. Der Begriff „Bomben-Holocaust“ von dem Abgeordneten Gansel im Zusammenhang mit der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg verwendet, sorgte weltweit für Empörung.

Voigt bemühte sich nicht, wie die meisten seiner Vorgänger Verfassungstreue zu demonstrieren. Er betont zwar, dass sich die NPD an Recht und Gesetz hält, will aber die Verfassungsordnung stürzen: "Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne" (Voigt 2004, S.3). Der demokratische Verfassungsstaat wird also von der NPD abgelehnt (vgl. Jesse 2000, S.33ff)

## **4.2 Strategische Organisationsentwürfe**

### **4.2.1 Das Konzept der National befreiten Zone (NBZ)**

Aus der Erkenntnis, erst dann wirklich erfolgreich sein zu können, wenn man über einen möglichst breiten Rückhalt in der Bevölkerung verfügt, entstand Anfang der neunziger Jahre das Konzept der National befreiten Zone (NBZ). Dies wird teilweise sogar als die „vordringliche Aufgabe des gesamten nationalen Widerstandes“ (vgl. Brodkorb 2002, S.20). gesehen. Nach dem Konzept der NBZ soll die Bevölkerung Schritt für Schritt in ihrem Alltag mit der nationalen Bewegung in Kontakt gebracht werden, und zwar nicht mit martialischen Aufmärschen, sondern durch gemeinwesenorientierte Aktionen und die aktive Mitarbeit in bestehenden Vereinen und Initiativen. Jugendarbeit, Freiwillige Feuerwehr, Naturschutz und Sportvereine sind dabei nur einige mögliche Betätigungsfelder, um sich über persönliches Engagement bei der Bevölkerung beliebt zu machen und das eigene Image aufzupolieren (vgl. Brodkorb 2002, S.20).

Aufgrund der labileren Wirtschafts- und Sozialstruktur wurde Ostdeutschland als ideales Versuchslabor für NBZs ausgemacht. Auch durch den „rechten Lifestyle“ als weit verbreitete Alltagskultur scheint es der NBZ leichter, hier Fuß zu fassen.

NBZs sollen eine Gegenmacht etablieren, die sich Freiräume schaffen, in der rechte Meinungsführerschaften die Spielregeln vorgeben und der politische Gegner nur noch mit Hilfe des Staates überleben kann. Und das alles im Idealfall durch Passivität oder Abwesenheit, da die Rechten „sanktionsfähig“ sind. Rechts-Extremismus wird so zum Mainstream und der Staat, in diesem Falle die Kommu-

nen, halten sich mit Gegenmaßnahmen zurück, da das ja alles „nette Jungs“ seien. Wenn Rechtsextremisten in der Kommune verankert wären und mit ihrer Gesinnung nicht mehr hinterm Berg halten müssten, begäbe die Strategie der national befreiten Zone aufzugehen (vgl. Brodkorb 2002, S.21).

Auf dem Weg zur Vollendung einer NBZ sollen werden die Kameraden aufgefordert einige Punkte zu beachten. Zunächst soll ökonomische Unabhängigkeit angestrebt werden. Die Aktivisten werden aufgefordert, sich nach Möglichkeit selbstständig zu machen und Gesinnungsgenossen einzustellen, um sich so von möglicher staatlicher Gängelung wirtschaftlich zu schützen. Idealerweise wären dies Buch-, Bekleidungsäden oder Druckereien, die der Bewegung nützlich sein können. Dies bedeutet nicht, dass staatliche Gelder gar nicht willkommen sind. Wenn die Möglichkeit besteht einen Jugendclub zu „übernehmen“, um ihn als Rekrutierungsplattform zu nutzen, soll diese wahrgenommen werden (vgl. Brodkorb 2002, S.22).

Die „Robin- Hood-Strategie“ im Wohnraum ist der nächste Schritt. Die Aktivisten sollen nicht über die Stadt verteilt wohnen, sondern sich möglichst in einer Straße, einem Straßenzug oder Wohnblock sammeln. So können sie allen Gegnern, vor allen linken, alternativen Kräften, vor Ort ihren Machtanspruch demonstrieren und sie so in die Defensive zwingen. Die „normale Bevölkerung“ soll von alldem gar nichts mitbekommen. Sie soll über konkrete Nachbarschaftshilfe erreicht werden: Nazis helfen beim Einkauf, spielen Babysitter, helfen beim Ausfüllen von Formularen oder graben bei alten Leuten den Garten um. Ziel ist es die Sympathien der Leute zu gewinnen, und auf diese Weise Verständnis für rechtsextreme Einstellungen zu erreichen (vgl. Brodkorb 2002, S.23).

Wenn dies erreicht ist, steht der Eroberung der Straße als letztes Teilziel nichts mehr im Wege. Jetzt ist es anderen politischen Kräften nicht mehr möglich in der Öffentlichkeit politisch tätig zu werden, ohne massiv gestört zu werden. Die Mittel reichen hier, je nach Gegner, von gezielten Provokationen bis zum Verbreiten von Angst um die eigene körperliche Unversehrtheit. Es muss nicht einmal zu konkreten Handlungen kommen, die alleinige optische Präsenz reicht meist schon aus. Hier wird also auch die bürgerliche politische Demokratie in ihren Aktionsmöglichkeiten bedroht, was kein hinnehmbarer Zustand sein kann, da das Entstehen von politischen Strukturen so massiv behindert wird. Dieses politische Vakuum kann die NPD nun ausfüllen (vgl. Brodkorb 2002, S.24). Dass das Etablieren von

NBZs, bisher (noch) nicht soweit geführt hat, dass sie ganze Städte umfassen, kann nicht zur Entwarnung beitragen. Allein die relative Vormacht in bestimmten Stadtteilen oder eine Dominanz in örtlichen Jugendkulturen, ist für die Entwicklung der demokratischen Zivilgesellschaft mehr als schädlich. Ein buchstäblicher Knigge für rechte Aktivisten in NBZs wurde durch die Jungen Nationaldemokraten (JN) für die Themen Wirtschaft, Kultur, Sport, Gesundheit, Familie, Umwelt und Politik unter dem Titel „Der Kampf wird härter“ bereits 1997 verabschiedet und ist bei Brodkorb (2002 S 26 ff) nachzulesen.

Der zweiten zentralen Neuausrichtung im rechten Spektrum, dem forcierten Gründen von freien Kameradschaften, widmet sich das nächste Kapitel.

#### **4.2.2 Kameradschaften**

Auf die rechtsextremen Gewaltübergriffe Anfang der neunziger Jahre und die vorangegangene Stärkung des rechten Lagers, reagierte der Staat mit massiven Repressionen, insbesondere Verboten entscheidender rechtsextremer Organisationen. Die rechtsextreme Szene änderte vor daraufhin ihre Strategie (vgl. Brodkorb 2003, S.10f): „Die Entwicklung war nach den vielen Organisationsverboten fast zwangsläufig. Das Konzept, immer wieder neue Parteien und Gruppierungen zu gründen, ging nicht mehr auf. Über zehn Jahre konnten wir auf diese Weise unseren Kampf in überregionalen, hierarchisch gegliederten Organisationen führen [...] Nun aber müssen wir begreifen, dass wir in eine neue Ära der Organisation des Kampfes um Deutschland getreten sind.“ (vgl. FN 1998; S.24) Mithilfe moderner Kommunikationsmedien ging man daher zu einer Strategie der autonomen Einheiten über. Die „freien Kameradschaften“ verzichteten bewusst auf feste, vereinsmäßige Bindungen und arbeiteten stattdessen mit losen, organisationsunabhängigen Strukturen. Ihren Zusammenhalt und die Koordination bundesweiter Aktionen gewährleisteten sie durch eine informationelle Vernetzung, über elektronische Medien. Den Überlegungen liegt der Gedanke zugrunde, dass mit kleinen, variablen, regional orientierten Organisationsstrukturen eine Überwachung durch staatliche Behörden sehr viel schwerer zu bewerkstelligen ist, als beispielsweise bei Parteien. Dadurch werden Kameradschaften zum „Kernstück der Modernisierung des heutigen Rechtsextremismus“ (Wagner 2000: S.33). Eine Endradikalisierung, um Repressionen zu vermeiden, ist durch diese Struktur auch nicht notwendig, wes-

halb sich Kameradschaften auch als Speerspitze der Bewegung sehen können. Außerdem erhofft man sich auf diese Weise eine Überwindung der Spaltung im rechtsextremen Lager (vgl. Brodkorb 2003, S.14). Bemerkenswert ist zudem, dass sich die rechte Szene in ihrer Strategie des freien Nationalismus bewusst bei der autonomen Linken bedient. Dies wird auch unumwunden zugegeben (vgl. Brodkorb 2003, S.15). Zumindest offiziell wird in Abgrenzung zur Linken, ein Gewaltverzicht propagiert, der auch durch strenge Ordnungsmaßnahmen auf Demonstrationen durchgesetzt wird. Dies dürfte aber vor allem taktische Gründe haben, da ein wesentlicher Bestandteil der momentanen rechtsextremen Strategie das Zulegen eines Saubermannimage ist, um bei der Bevölkerung Sympathien zu gewinnen, die sich von „linken Chaoten“ eher abgeschreckt fühlt. Ein Nachteil dieser neuen Kameradschaftsstrategie ist aber ohne Zweifel, dass es ab Mitte der neunziger Jahre durch die Verschärfung des Versammlungsrechts immer schwieriger wurde, Demonstrationen anzumelden, wenn man nicht über das Parteienprivileg verfügte. Dies konnte wiederum von der NPD dazu genutzt werden, die Kameradschaften zumindest teilweise an sich zu binden, wobei deren Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten (JN) eine entscheidende Scharnierfunktion erfüllen. Spannung in der Beziehung zwischen NPD und den Kameradschaften entstand allerdings durch das taktische Zurücknehmen der NPD in Folge des drohenden Verbots durch das Bundesverfassungsgericht 2000, was von den Aktivisten der Kameradschaftsszene als Einknicken vor dem Staat verstanden wurde. Auch sehen sie das Werben der NPD um neue Mitglieder in ihren Reihen kritisch, da sie um ihren eigenen Einfluss fürchten (vgl. Brodkorb 2003, S.17f).

Über die Entwicklung in den deutschen Landesteilen vor und nach der Wiedervereinigung wird im nächsten Abschnitt näher eingegangen.

### **4.3 Entwicklung und Vergleich Ost/ West**

#### **4.3.1 Subkultureller Protest in Ostdeutschland und die Ursachen in der Sozialisierung des DDR-Regimes**

Laut Stöss (2007, S.111ff) wurden die Wurzeln für den ostdeutschen Rechtsextremismus in der DDR gelegt, da diese einseitig den Blick auf dem imperialistischen Faschismus legte, um sich dadurch vom Westen abzugrenzen, und dabei nicht zur Kenntnis nahm, dass sich durch die zunehmenden wirtschaftliche Man-

gellage, und die dadurch sinkende Legitimation der politischen Führung, unter anderen auch ein rechtsgerichtetes Protestverhalten etablierte.

So pflegte das Regime eine Offizialisierung im Umgang mit den in ihr lebenden Ausländern. Sie wurden nur als Repräsentanten ihres Herkunftslandes gesehen und abgesehen von offiziellen Anlässen, auf Distanz zur Bevölkerung gehalten. Es sollte lediglich eine symbolträchtige Solidarität mit dem sozialistischen Ausland bekundet werden. Dadurch sahen viele DDR-Bürger in der Anwesenheit von Ausländern ein Symbole für die sozialistische Herrschaft und dem Einfluss der Bruderländer (vgl. Poutrus/ Behrends/ Kuck 2000, S.19ff).

Antifaschismus, Internationalismus und die internationale Solidarität waren in der DDR-Propaganda zu inflationär gebrauchten Worthülsen verkommen und taugten kaum noch Identifikationsfaktoren für die Gesellschaft. Jedoch spielte die Nation weiter eine konstante Rolle, bei der Selbstvergewisserung von Regime und Bevölkerung, wenn auch unter anderen Vorzeichen als im Dritten Reich. Deutlich auch zu erkennen in den patriotischen Ausrichtungen der staatlichen Organisationen. Der Nationalismus und kaum vorhandene Kontakte zu Ausländern, führten in großen Teilen der Bevölkerung zu einer fehlenden Immunisierung gegen rechtsextremses Gedankengut.

Verschärfend hinzu kam noch, dass die SED in der Versorgungskrise der achtziger Jahre, aufkommende Vorbehalte in der DDR- Bevölkerung gegen Ausländer als „Konsumkonkurrenten“ bestärkte und so auch für die Zeit nach Wiedervereinigung bereits unbewusst Weichen stellte. In dieser Zeit bildeten sich auch die ersten jugendlichen Subkulturen (z.B. Hip Hop, Skinheads, Punks etc.). Im Gegensatz zum Westen waren die, überwiegend von Skinheads, dominierten Subkulturen kaum organisiert. Nur ausnahmsweise hatten ihre Mitglieder ein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild. Die Bereitschaft in Parteien mitzuarbeiten war kaum ausgeprägt, sie waren in ihrem Zusammenhalt eher aktionistisch orientiert. Der Rechtsextremismus im Osten war also weniger ideologisch fundiert, dafür war er durch besondere Aggressivität gekennzeichnet (vgl. Stöss 2007, S.111ff).

Nach der Wende potenzierten sich der rechte Jugendprotest und dessen Milieus. Die Ursachen lagen im endgültigen Untergang der DDR-Wirtschaft, die durch die Einheit verursachten sozialen und gesellschaftlichen Umbrüche und die damit einhergehenden individuellen Unsicherheiten. Die Sehnsucht nach Sicherheit und einfachen Lösungen trafen sich gemeinsam mit diffusen Ängsten, etwa der durch

mangelnde Integration in der DDR mit verursachter Ausländerfeindlichkeit, in rechtsorientierten Einstellungen (vgl. Stöss 2007, S.115ff).

Dies führte insbesondere bei Jugendlichen zu einem deutlichen Anstieg der Gewaltbereitschaft und Bereitschaft, sich innerhalb von unterschiedlich organisierten Subkulturen zu organisieren. Es kam zwischen 1991 und 1993 zu einem erheblichen Anstieg der rassistischen Gewalt, wobei sich die Hälfte der Vorfälle in Ostdeutschland ereignete. Oft gab es Beifall aus der „normalen“ Bevölkerung, was darauf schließen lässt, dass rechtsextremistisches Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Bis heute zeigt sich das auch mancherorts in der stillschweigenden Tolerierung so genannter „(national) befreiter Zonen“ (vgl. Stöss 2007, S. 166, Kap. 4.2.1).

Friedrich (2001, S.16ff) verneint einen direkten Zusammenhang von der DDR- Sozialisation und der rechtsextremen Einstellung. Aus empirischen Daten der Jahre 1964 bis 1994 schließt er, dass es in der DDR in den 70er und 80er Jahren im Vergleich zur BRD keine höhere Neigung zu rechtsextremistischen Gedankengut gab (vgl. Friedrich 2001, S.18f). Daraus folgend ließe sich kein direkter Zusammenhang zwischen DDR-Identifikation und Sozialisationsdauer zu rechtsextremen Neigungen nachweisen. Auch kam es in den neunziger Jahren nach der Wiedervereinigung zu keinem Rückgang des rechtsextremistischen Potentials, wie es eine direkte ursächliche Verbindung von DDR- Sozialisation und Rechtsextremismus nahe liegen würde(vgl. Friedrich 2001, S. 19ff).

Friedrich (2001, S.22) plädiert dafür, die widersprüchlichen Mentalitäten der verschiedenen Bevölkerungsschichten näher zu betrachten, anstatt nur die DDR-Vergangenheit in den Fokus zu stellen. Eine weitere Projizierung entbehrt seiner Meinung nach jeder empirischen Grundlage und kann nur politisch motiviert sein. Außerdem stünden sie einer wirklichen Bekämpfung des Rechtsextremismus nach korrekter Ursachenanalyse entgegen.

Laut Pfahl-Traughber (2000, S.7) kann man nicht von einer allgemeinen Verlagerung des Rechtsextremismus von West nach Ost sprechen. Im Westen war der Rechtsextremismus eher partei-/ ideologieorientiert, im Osten eher actionorientiert, was daran lag, dass in den neuen Ländern eine deutlich jüngere Altersgruppe aktiv wurde, und erklärt das überproportionale Auftreten von rechtsextremistische Gewalttaten.



Ein direkter Vergleich zeigt, dass es sich um ein gesamtdeutsches Problem handelt. West-Nazis engagierten sich Anfang der Neunziger Jahre stark in Ostdeutschland um Anstöße zur Entwicklung von Strukturen zu liefern. Dennoch handelt es sich keineswegs um ein importiertes Problem, da Skin- Organisationen und informelle Personengruppen bereits zu DDR-Zeiten aktiv waren. Auch das SED-Regime schuf wichtige Anknüpfungspunkte indem unter ihm antidemokratische Einstellungen wie Autoritarismus, Antipluralismus, Freund-Feind-Denken und Kollektivismus gefördert wurden (vgl. Pfahl-Traughber 2000, S.7ff).

Auch das Leugnen von Antisemitismus und fremdenfeindlichen Tendenzen zu DDR-Zeiten, der fehlende toleranter Umgang mit Minderheiten, Antiamerikanismus und Antikapitalismus boten wichtige Anknüpfungspunkte für Agitation. Oft wurden diese Einstellungen im Elternhaus an die Kinder weitergegeben, die diese dann in direkte Aktionen umsetzten, und dabei noch das Gefühl hatten im Interesse einer Mehrheit zu handeln. Gegen den Hinweis auf das Fortleben bestimmter Bestandteile der politischen Kultur der DDR als mit verursachender Faktor für den Rechtsextremismus in den ostdeutschen Bundesländern, spricht demnach auch nicht der Hinweis darauf, dass viele der späteren rechtsextremistischen Jugendlichen 1989 erst acht bis zwölf Jahre alt waren, oder noch gar nicht geboren waren (Vgl. Pfahl-Traughber 2000, S.12f, Friedrich 2001, 16ff).

Anfang der Neunziger Jahre war das rechtsextremistische Einstellungspotential im Westen noch höher als im Osten, bezogen auf gemäßigte Kriterien im Westen 19,3 Prozent im Westen und 9,3 Prozent im Osten ( vgl. Stöss 2007, S.62ff). 2003 hatte sich das Verhältnis umgekehrt. ( im Westen 14 Prozent und im Osten 23 Prozent ,vgl. Stöss 2007, S.68f)). Dies lässt sich mit den unterschiedlichen Prägungen in den unterschiedlichen Landesteilen erklären. So herrschte Anfangs noch eine große Zuversicht und Hoffnung in das neue System, die aber mit den Jahren in immer größere Enttäuschung umschlug( vgl. auch Stöss 2007, S.116ff). Die PDS taugte nicht für jeden als Ventil, da sie durch die DDR- Vergangenheit belastet war. Da, was auffällig ist, sich im Osten deutlich jüngere Menschen von rechtsextremen Ideologien angesprochen fühlen, bestanden hier auch kaum traditionelle Bindungen. Dies verbunden mit der oben beschriebenen diffusen rechtsextremistischen Grundeinstellung, erklärt den Anstieg des Rechtsextremismus bei der ostdeutschen Jugend. Ihnen fehlen die brauchbaren Traditionen (vgl. Pfahl-Traughber 2000, S.13).

### 4.3.2 Organisierter Rechtsextremismus in Westdeutschland

In Westdeutschland war der Rechtsextremismus durch eine hohe Organisiertheit geprägt. Nicht nur Parteien, sondern auch Vereine, Interessenverbände und Verlage spielten hier eine große Rolle. Der subkulturelle Rechtsextremismus spielte hier eher eine kleine Rolle. Zusammengehalten wurde die Szene durch regelmäßige Veranstaltungen, wie Lesungen und Kongresse. Die Parteien bewegten sich meist in der Tradition des „Weimarer Deutschnationalismus“ und geben sich eher systemkonform. Der neonazistische Flügel ist meist eher klein und neonazistische Parteien bilden die Ausnahme, da staatliche Repressionen befürchtet werden. (Stöss 2007, S.82ff).

In der Geschichte des westdeutschen Rechtsextremismus kam es wegen der Vielzahl der Organisationen immer wieder zu Sammelbewegungen. Zunächst erfolgreich mit der Gründung der NPD 1964, die in einer Reihe von bemerkenswerten Wahlerfolgen Ende der sechziger Jahre gipfelte. Als in den siebziger Jahren der Wahlerfolg allerdings ausblieb, splittete sich die Szene erneut auf. Inhaltlich setzten die westdeutschen Rechtsextremisten auf die Wiederherstellung eines großdeutschen Reichs und auf eine Revisionsdebatte. Zumindest die letztere konnte Erfolge aufweisen, zwar nicht in Wahlerfolgen und Parteieintritten, so doch als auflagenstärkstes Thema für die rechtsextremen Buch- und Zeitschriftenverlage

Anstelle der NPD, profitierten Mitte der achtziger Jahre, die aus den enttäuschten Unionsanhängern gegründete Partei „Republikaner“. Die aufkommende Überfremdungsdebatte tat ihr Übriges (vgl. Kap. 4.1.1).

Als Reaktion hierauf einigten sich DVU und NPD auf Wahlabsprachen die 1987 mit einem Sitz in Bremen belohnt wurden. Zunächst unterlagen die Republikaner bei den Wahlen 1987 und 1988 diesem Bündnis, konnten aber 1989 mit 7,5 Prozent in Berlin und bei der Europawahl mit 7,1 Prozent einen Durchbruch erzielen (vgl. Stöss, S. 84). Dies war das beste Ergebnis von rechtsextremistischen Parteien in der Geschichte der BRD auf nationaler Ebene. Danach schwächten sich die Republikaner selbst durch innerparteiliche Konflikte selbst und das DVU/NPD-Bündnis verlor nach den Wahlschlägen schnell an Anhängern. Bei den ersten

gesamtdeutschen Wahlen 1990 erhielt die NPD und Republikaner nur 2,4Prozent, im Westen 2,6Prozent und im Osten 1,6Prozent(vgl. Stöss, S.89 f).

### **4.3.3 Der gesamtdeutsche Rechtsextremismus**

Auch in ideologisch-programmatischer Sicht tat sich der westdeutsche Rechtsextremismus zunächst schwer mit der Wiedervereinigung, da die Frage zu klären war, was denn nun noch nationale Forderungen sein könnten. Die Forderung, z.B. nach der Rückgabe deutscher Ostgebiete stellte sich als unpopulär und eher unrealistisch heraus. Ab 1989/90 unternahm der organisierte westdeutsche Rechtsextremismus, insbesondere Neonazis, NPD und REP Anstrengungen, um den unorganisierten Rechtsextremismus im Osten für ihre Sache zu gewinnen und den Schwerpunkt ihrer Bemühungen in die fünf neuen Länder zu legen (vgl. Stöss 2007, S. 115ff). Bei Wahlen stießen die Parteien jedoch zunächst auf wenig Resonanz, die DVU trat hier überhaupt erst 1998 erstmals an.

Zunächst bestanden die Expansionsversuche der westdeutschen Rechtsextremen in erster Linie aus einem Überstülpen ihrer althergebrachten Strukturen, mit all ihren Konflikten und Rivalitäten. Auch die Themen wie die Ausschwitz-Lüge oder die Verantwortung der Briten für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges trafen bei den Ostdeutschen keinen Nerv. Hier fehlte den Funktionären der West-Parteien vorerst noch die Sensibilität für die wahren Sorgen der Bevölkerung(vgl. Stöss 2007, S. 117).

Die Wahlparteien wandten sich eher an das Umfeld des gewaltbereiten harten Kerns, während die Neonazis sich direkt an Skinheads, Hooligans und Faschos wandten. Diese hatten durch ihre Erfahrung hier mehr Anknüpfungspunkte, insbesondere was die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht betraf. Auch trafen sie mit ihrer Programmatik, die nicht nur nationalistisch, sondern eben auch sozial, kapitalismuskritisch und antiwestlich war, mehr auf Zustimmung (vgl. Stöss 2007, S.116ff). So konnten sie das Weltbild ihrer ostdeutschen Kameraden im neonazistischen Sinne formen und Organisationsstrukturen aufbauen, was ihnen allerdings aufgrund „der tendenziell organisationsfeindlichen Mentalität in den Subkulturen“ (Stöss 2007, S.118) nur teilweise gelang. Kleine schlagkräftige Kadergruppen, die durch geschulte Aktivisten angeleitet wurden, und sich, bei einzelnen Vorhaben zu einer größeren Anhängerschaft mobilisieren ließen, konnten sie jedoch etablieren.

Aus dem daraus resultierenden harten Kern hätte die Keimzelle für eine effektiven Rechtsterrorismus entstehen können, wenn die Strukturen nicht durch staatliche Repression zerschlagen worden wäre, unter anderem den Verboten von acht rechtsextremistischen Organisationen zwischen 1992 und 1994 und bis Ende 2006 noch weiteren siebzehn (vgl. 5.2.1.1). Darauf gab die rechte Szene die Lösung „Organisation durch Desorganisation“ aus, welche zur Dezentralisierung der Organisationsformen und damit zur Verkleinerung der Angriffsfläche für staatliche Repressionen führen sollte (vgl.4.2.2).

Durch den durch zunehmende Ernüchterung über die Errungenschaften der Wiedervereinigung hervorgerufenen Stimmungsumschwung in der ostdeutschen Bevölkerung und die programmatische Neuorientierung der Parteien begann eine neue Etappe des deutschen Rechtsextremismus. Bis 1996 hatten die rechtsextremistischen Parteien durch herbe Mitgliederverluste bundesweit große Schwierigkeiten. DVU und NPD konnten diesen Trend im Osten 1997/98 vorübergehend stoppen, hervorgerufen durch ihre Wahlerfolge.

Die DVU blieb jedoch eine aus ihrer Münchner Zentrale gesteuerte Partei, die weiter im Ruf stand in erster Linie dem Verlagswesen ihres Vorsitzenden Dr. Gerhard Freys zu dienen, das immer noch eine Säule der Revisionskampagne war. Aber obwohl die DVU eher der deutschnationalen Strömung zuzuordnen war, setzte sie in ihren Wahlkämpfen zunehmend auf eine aggressive Ethnisierung sozialer Probleme. Dies sollte vor allem im Osten neue Wähler ansprechen(vgl. 4.1.2). So gelangen ihr spektakuläre Wahlsiege 1998 in Sachsen-Anhalt und 1999 und 2004 in Brandenburg, während die NPD Sachsen und in Mecklenburg- Vorpommern Erfolge feiern konnte (vgl. Kap. 4.1.3).

#### **4.3.4 Die NPD als dominante Kraft im deutschen Rechtsextremismus**

Nachdem in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre scheinbar eine Institutionalisierung des Rechtsextremismus auf westdeutsches Niveau stattfand, wurden sowohl die DVU als auch die NPD wieder zurückgeworfen. Bei der DVU wurden die Verluste durch die chaotischen Verhältnisse in der Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt ausgelöst. Die NPD geriet durch das Verbotsverfahren in Bedrängnis, was Konflikte mit militanten Neonazis und gewaltbereiten Vertretern der rechtsextre-

mistischen Subkulturen auslöste die der Partei ebenso wie Deutschnationale, denen der Kurs der Partei zu extrem geworden war, den Rücken zukehrten.

Von dieser Entwicklung profitierte das subkulturelle und neonazistische Spektrum, das mehr Zulauf bekam, wodurch im rechtsextremen Lager die systemfeindlichen Kräfte an Gewicht gewannen. 2006 stellten sie 56 Prozent aller Rechtsextremisten, im Osten sogar 90 Prozent. Seit Anfang der neunziger Jahre haben sich die Gewichte innerhalb des deutschen Rechtsextremismus also deutlich von den systemkonformen zu den systemwidrigen Kräften verschoben (vgl. Stöss 2007, S.148).

Die NPD reagierte auf ihren Mitgliederverlust mit einer „nationalen Volksfront-Strategie“, welche sowohl eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien, als auch die verstärkte Einbindung von „freien“ Nationalisten, autonomen Kameradschaften und Mitgliedern aus den rechtsextremistischen Subkulturen mit einbezieht (vgl. Kap. 4.1.3, 4.2.2). Die „Zusammenarbeit“ beschränkte sich auf Wahlabsprachen mit der DVU, die durch ihre zunehmende Inaktivität gemeinsam mit den auseinander fallenden Republikaner die NPD zusätzlich stärkten. Seit der Wahl von Udo Voigt zum Parteivorsitzenden hatte sich die Partei von einer mehrheitlich nationalistisch-konservativen zu einer überwiegend neonazistischen gewandelt, auch dadurch dass die ursprüngliche Revisionskampagne von einer Überfremdungskampagne abgelöst wurde, die schließlich in eine Anti-Globalisierungskampagne ausgeweitet wurde (Kap. 4.1.3).

Die Neonazis, die immer weniger Probleme mit einer Zusammenarbeit mit der NPD hatten, erwiesen sich in mehrerer Hinsicht als nützlich, indem sie die Partei im Wahlkampf enorme unterstützten und auch in der Vorfeldarbeit viel Hilfe beisteuerten. Die Mitgliedszahlen der NPD nehmen seit 2004 wieder zu, was zusammen mit dem gescheiterten Verbotsverfahren zu einem gesteigerten Selbstbewusstsein bei der Partei geführt hat. Dazu scheinen sich die rechten Kräfte zunehmend in und um die Partei zu konzentrieren, was die Kräfte in Zukunft bündeln sollte.

Jedoch beschränkte die zugenommene Radikalisierung die Wachstumschancen der NPD für die Zukunft, da sich der größte Teil, der eher gemäßigten Deutschnationalen, aus der Partei zurückgezogen haben, und somit größere Wahlerfolge ins rechtskonservative Milieu hinein eher unwahrscheinlich geworden sind. Ohne die-

se Schicht ist das Wahlpotential jedoch zu klein um beispielsweise bundesweit über die Fünfprozenthürde zu gelangen.

Abgesehen von möglichen Wahlerfolgen, muss der Rechtsextremismus auch nach seiner Bedeutung in der politischen Kultur und damit auch für das politische System betrachtet werden. Die Zunahme von sozialrevolutionäre Tendenzen und systemfeindliche Bestrebungen, verbunden mit der Stützung durch ein breites Umfeld, das offene Sympathien oder zu mindestens klammheimliche Freude über rechtsextreme Aktionen empfindet, wird sicher mit einer wachsenden Unzufriedenheit mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zunehmen. Dies macht sich die NPD geschickt zunutze(vgl. Stöss 2007, S.145ff)

Nachdem der Rechtsextremismus mit seinen Begrifflichkeiten Ursachen, Einstellungen, Verhaltensformen und der Entwicklung seiner Organisationsstrukturen in den ersten Abschnitten beschrieben wurde, werden im nächsten Abschnitt mögliche Maßnahmen und Strategien zur Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen vorgestellt.

## **5 Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus**

### **5.1 Ebene der Politik**

#### **5.1.1 Konsequenzen für die politische Kultur**

Denkt man über möglichen politischen Konsequenzen nach, darf man nicht aus den Augen verlieren, dass rechtsextreme Einstellung ein Problem in der Mitte der Gesellschaft, und eben keines ihrer Ränder ist und dass es keine alleinige Ursache gibt. Mit dieser Erkenntnis ergeben sich einige Ansätze der politischen Intervention. Zunächst ist die inhaltliche Konfrontation hervorzuheben. Bisher ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus sehr stark ordnungsrechtlich orientiert. Um erfolgreich vorzugehen, kann dies jedoch nicht das alleinige Mittel sein, besonders wenn Rechtsextremisten auf dem bestem Wege sind, lokal eine Vormachtstellung einzunehmen. Die Auseinandersetzung muss also politisiert werden. Die Abgrenzung der demokratischen Wertegemeinschaft darf nicht nur in der direkten Konfrontation, sondern auch in der inhaltlichen Abgrenzung auf allen Politikfeldern erfolgen. Hierbei dürfen die Mandatsträger vor Ort nicht alleine gelassen werden. Es muss also dafür gesorgt werden, dass überregionaler Institutionen auch in der Provinz präsent und aktiv sind. Sich nur auf Wirkungen der durch die Aktionsprogramme der Bundesregierung geförderten Projekte zu verlassen, kann nur zum Scheitern führen (vgl. Decker/ Brähler 2006, S. 167).

Darüber hinaus muss es oberste Priorität der Politik sein, die sozioökonomischen Verhältnisse, die den Rechtsextremismus begünstigen, zu ändern. Das betrifft die Arbeitsmarktpolitik, Raumordnung, Wohnungsbau und Sozial- wie Bildungspolitik.“ Da davon auszugehen ist, dass Ausländerfeindlichkeit eine der entscheidenden „Einstiegsdrogen“ in rechtsextremes Gedankengut ist, müssen die etablierten Parteien mit diesem Thema sehr sensibel umgehen. Auch unter ihren Anhängern pulsiert ein hohes Maß an ausländerfeindlichen Einstellungen. Durch die Übernahme von zumindest in der Tendenz ausländerfeindlichen Positionen, konnten die demokratischen Parteien einerseits einen Großteil dieser Wählerschichten an sich binden. Andererseits besteht aber auch immer die Gefahr, dass sie mit dem Vertreten solcher Positionen, die Akzeptanz von Ausländerfeindlichkeit noch weiter erhöhen, sie also ihren Anteil zu einer gefährlichen Spirale leisten. Weiterhin können sie sich mit der Übernahme von ausländerfeindlichen Aussagen selbst unter Zug-

zwang bringen, da sie durch populistische Anpassung einen rechtsextremen Mainstream begünstigen, der in dieser Frage im Zweifelsfall mit mehr Konsequenz aufwarten kann. Auch durch die Übernahme scheinbar harmloser ausländerfeindlicher Strategien, kann ein „Massenrassismus“ befördert werden, der sich auf „unverdächtige“ Politiker berufen kann. Vielmehr muss die „strukturelle Ausländerfeindlichkeit“ in der Gesetzgebung beseitigt werden. Die in der Kriminalitätsstatistik mit angeführten Delikte, die nur Ausländer begehen können( Asyldelikte), die so das Bild in Hinblick auf diese ungünstig verzerren, tragen z.B. massiv zum Meinungsbild in der Bevölkerung bei (vgl. Decker/ Brähler 2006, S.168 ).

Eine herausragende Wesensart des Rechtsextremismus ist die „Sündenbock-Theorie“ die der Annahme von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit basiert. Hier muss die demokratisch gesinnte Politik ansetzen, um offensiv die Auseinandersetzung suchen. Nach der „Sündenbocktheorie“ werden „Minderheiten für negative Entwicklungen verantwortlich gemacht“. So hat sie sich gegen alle Formen von Ausgrenzung zu wenden. „Jede Ausgrenzung von Gruppen, wie Sündenbock-Schemata überhaupt, basiert im Kern auf einer rechtsextremen Einstellung, da sie die Ungleichwertigkeit von Menschen im Alltag legitimiert und verfestigt.“ Rechts-extreme Einstellungen werden immer legitimiert, wenn in der öffentlichen Auseinandersetzung Erfahrungen von Ungleichwertigkeit vermittelt werden. Dies geschieht zum Beispiel, wenn Hartz- Vier-Empfänger als zu faul und nicht leistungsbereit denunziert oder verallgemeinert als Leistungsbetrüger bezeichnet werden. So wird ein Klima der Stigmatisierung und Ungleichwertigkeit geschaffen, dass der Nährboden für rechtsextreme Einstellungen ist (vgl. Decker/ Brähler 2006, S.169).Um die Menschen in die Lage zu versetzen sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, ist es unerlässlich ihnen eine ausreichende Bildung zukommen zu lassen, denn ohne Partizipation kann eine Demokratie nicht funktionieren. Dies funktioniert im wesentlichen über Erfahrungslernen. Wer die Erfahrung macht, dass er etwas ändern kann, glaubt an die Demokratie, ist das Gegenteil der Fall, glaubt er nicht an sie (vgl. Kap.5.3.4). Ebenso muss die Familienvorsorge verbessert werden um familiären Defiziten besser entgegenzutreten zu können. Das Betreuungsangebot speziell im frühkindlichen Bereich muss verbessert werden, um einen möglichen negativen Einfluss aus dem Elternhaus demokratischen Erziehungsinhalten und –stilen entgegenzusetzen zu können. Daraus abzuleiten wäre



auch, dass sich die Politik dafür einsetzt, die Anteilnahme von Vätern an der Kindererziehung stärker zu fördern (vgl. Decker/ Brähler 2006, S.170 ).

Natürlich muss auch die Jugendarbeit auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Dies darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass Jugendliche und junge Erwachsenen unter den Straftätern zwar die auffälligste Gruppe darstellen, aber bei den Einstellungen alle Bevölkerungsgruppen präsent sind. So darf die Erwachsenenbildung nicht aus dem Blickfeld geraten, um den Rückhalt in der Bevölkerung für rechtsextreme Einstellungen zurückdrängen zu können. Auch unter Präventionsgesichtspunkten muss die vorschulische Bildung gestärkt werden (vgl. Decker/ Brähler 2006, S.172f).

Darüber hinaus ist Rechtsextremismus natürlich immer auch ein gesellschaftliches Problem. Entscheidend ist, „unter welchen Bedingungen Menschen in ihr aufwachsen und leben.“ Da rechtsextreme Einstellungen immer auch an den Pfeilern der Demokratie nagen, müssen diese immer fort thematisiert und skandalisiert werden. Dieses anzustoßen und anzufeuern ist Aufgabe von demokratisch gesinnten Politikern. (vgl. Decker/ Brähler 2006, S.174 )

### **5.1.2 Kommunale Strategien für den Umgang mit der NPD in Kommunalparlamenten**

Aufgrund des großen Wählerpotentials für die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, besteht wenig Hoffnung, dass sich das Problem des Rechtsextremismus von alleine lösen könnte. Daraus folgt, dass eine Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit der NPD vor Ort unumgänglich ist. Die Frage ist, auf welche Weise dies geschehen soll. Die eine Möglichkeit wäre, die NPD weitestgehend zu ignorieren. Die Befürworter einer solchen Strategie argumentieren, dass man so vermeidet die NPD unbeabsichtigt aufzuwerten. Die Vertreter einer inhaltlichen Auseinandersetzung, geben an, man müsse den Anfängen wehren und dürfe rechtsextremistisches Gedankengut nicht unkommentiert lassen, da man es so verharmlose und verheerende Signale aussende. Teilweise werden die Debatten über die richtige Strategie sehr überhitzt und unsachlich geführt, was in gegenseitige Vorwürfe der Instrumentalisierung oder der Kumpanei mit den Rechtsextremisten mündet (vgl. Beier u.a. 2006, S.178, vgl. Hafenegger/ Schönfelder 2007S.127ff).

### **Ziele und Akteure einer gemeinsamen Strategie gegen Rechtsextremismus**

In der wissenschaftlichen Extremismusforschung ist es, anders als in der politischen Öffentlichkeit unstrittig, dass eine aktive Auseinandersetzung, einer Bagatellisierung in jedem Falle vorzuziehen ist. Diese Meinung begründet sich aus den Erfahrungen im Umgang mit rechten Umtrieben im europäischen Ausland. Es wird also nicht darüber debattiert, ob eine aktive Auseinandersetzung sinnvoll ist, sondern darüber, wie diese stattfinden soll. Gerade weil es sehr unterschiedliche Erscheinungsformen von Rechtsextremismus gibt, kann es auch kein allgemein gültiges Patentrezept geben. Die in den letzten Jahren durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, pädagogischer und politischer Praxis herausgearbeitete „Erfahrungsgesättigte best practices“, sind allerdings für den Umgang mit Rechtsextremisten in Parlamenten noch relativ unterentwickelt. (vgl. Beier u.a. 2006, S.178, vgl. Hafenegger/ Schönfelder 2007S.131ff)

### **Keine allgemein gültigen Patentrezepte**

Dennoch lassen sich aus der Literatur einige Handlungsempfehlungen ableiten. Zunächst müssen zwei Fragen beantwortet werden. Erstens muss geklärt werden, welche Ziele mit einer Gegenstrategie erreicht werden sollen. Hier kann es zum Beispiel darum gehen die NPD-Abgeordneten, von ihrem Irrtum zu überzeugen (was eher unwahrscheinlich ist), das Aufklären der Wähler über den tatsächlichen Charakter der NPD, der Stimmanteil der NPD soll sinken, die NPD soll das Parlament nicht als Bühne missbrauchen können, sowie oder das Verhindern einer Normalisierung und Akzeptanz der NPD mit parlamentarischen Mitteln. Von der Gewichtung dieser Ziele lassen sich auch die geeigneten Gegenstrategien ableiten.

### **Was soll erreicht werden?**

Zweitens muss geklärt werden, mit welchen Akteuren, diese(s) Ziel(e) erreicht werden soll(en). Hier sollte die Antwort relativ leicht fallen. Alle demokratischen Kräfte sollten an einem Strang ziehen. Wenn sie keinen Konsens in der Strategie für den Umgang mit der NPD finden, der auch kleine Abstriche in Sachfragen hin nimmt, ist dies mehr als kontraproduktiv (Staud 2005, S.129ff). Versuchen sie unter Einkalkulierung von NPD- Stimmen, in knappen Mehrheiten den politischen Gegner zu schlagen, so werten sie die NPD nur auf, wie dies in den Kommunalparlamenten von Hessen und Baden-Württemberg zu beobachten war (vgl. Hafenegger/ Schönfelder 2007S.180ff). Auch ein Ausgrenzen von demokratischen Parteien aus ideologischen und parteipolitischen Gründen in der Auseinandersetzung,

stärkt die NPD, da sie selbst in ihrem Extremismus relativiert wird. Sie würde sich eine solche Steilvorlage sicher nicht entgehen lassen und diese propagandamäßig ausschlichten. Dies wäre ein fatales Signal an die Öffentlichkeit (vgl. Beier u.a. 2006, S.179).

### **Definition von gemeinsamen Zielen**

Wenn sich die demokratischen Parteien zu einer gemeinsamen Linie entschließen, lässt sich die Zielsetzung der Gegenstrategie auch gemeinsam formulieren. Bis auf das Ziel, die NPD-Abgeordneten von ihren Überzeugungen abzubringen, sind alle Ziele realistisch (s. oben). Dabei sollten die Kommunalpolitiker in erster Linie diejenigen Bürger ansprechen, die aus Protest die NPD gewählt haben. Die NPD ist zwar demokratisch gewählt worden, ihre Ideologie ist jedoch nicht verfassungs-demokratisch legitimiert. Die politisch Handelnden müssen kommunizieren, dass eine Protestwahl der NPD gesellschaftlich nicht akzeptabel ist und die Bürger dabei trotzdem ernst nehmen (vgl. Beier u.a. 2006, S.180).

Wie aber sollte konkret mit den rechtsextremen Abgeordneten umgegangen werden?

Ein sachliches Diskutieren sollte nur dosiert eingesetzt werden, da die NPD die von ihr ausgewählten Themen für ihre extremistischen politischen Zielsetzungen instrumentalisiert. Deshalb müssen durch die demokratischen Abgeordneten diese Instrumentalisierungsabsichten immer wieder herausgestellt werden. Eine konsequente Umsetzung des Ansatzes der sachlichen Auseinandersetzung würde bedeuten, „bei jedem Beitrag oder Antrag der NPD die gleichsam akzeptierende, normale bzw. sachliche Auseinandersetzung“ wie mit allen anderen Parteien auch zu suchen. Dies würde bei großem Aufwand nur einen kleinen Nutzen bringen. Die eigene Selbstachtung würde Schaden nehmen und beim Wähler würde der Eindruck entstehen, die NPD sei eine normale Partei.

Eine weitere Strategie wäre das Ignorieren. Dies bedeutet sich der NPD konsequent zu verweigern. Dies bedeutet auch die Ablehnung sich gemeinsam mit NPD-Abgeordneten bei Diskussionen auf ein Podium zu begeben oder der komplette Verzicht auf das Eingehen auf Anträge oder Beiträge der Rechtsextremisten und die daraus folgende automatische Ablehnung ihrer Anträge, ohne vorher darüber debattiert zu haben. Eine Steigerung wäre noch immer den Sitzungssaal zu verlassen, sobald ein NPD-Vertreter das Wort ergreift (vgl. Beier u.a. 2006, S.181).

Bei aller Einfachheit der Umsetzung birgt das Ignorieren die Gefahr, dass es bei übertriebener Anwendung leicht lächerlich wirkt und den Eindruck erwecken kann, die Demokratie ist im Umgang mit Rechtsextremisten wehrlos. Bei der Ablehnung der Anträge der NPD darf es jedoch keine Ausnahmen geben, in etwa eine Abwägung, qualitativ gute Anträge der NPD durchzuwinken, da so die Grenzziehung zu demokratiefeindlichen Parteien verwischt wird. Gute Anträge können einfach unverblümt neu eingebracht werden, möglichst so umformuliert, dass die NPD nicht „zustimmen kann“; z.B. indem explizit alle Bewohner, und nicht nur Deutsche, im Antragstext genannt werden. Bei einer selbstbewussten Darstellung eines solchen Verfahrens ist die Gefahr auch gering, sich lächerlich zu machen.

Für aktive Auseinandersetzung schlägt Benno Hafenecker (2000, S.108ff.), mit Blick auf die Erfahrungen mit der NPD in den hessischen Kommunalparlamenten, zwei Strategien vor: Ausgrenzung und Entlarvung. Beide sind um einiges arbeitsaufwändiger als Ignorieren, aber auch effektiver. Die Ausgrenzung sieht „die kategoriale Ausgrenzung der NPD vom gesamten Parlamentsgeschehen bis an die Grenzen des Spielraums vor, der durch Änderungen der Geschäftsordnung rechtsstaatlich vertretbar ist.“ Diese Grenze darf allerdings nicht überschritten werden. „Gemeinsame öffentliche Stellungnahmen der demokratischen Parteien gegen Rechtsextremismus, die Bereitstellung von Informationen in Ausstellungen oder Veranstaltungen über Rechtsextremismus, die Verringerung der Plätze in kommunalpolitischen Ausschüssen oder das Heraufsetzen von Quoten in bestimmten Verfahren, um eine Teilnahme der NPD zu verhindern, können Teil dieser Strategie sein. Voraussetzung ist politische Kreativität und Engagement. Anträge der NPD sollten auch hier konsequent durch alle demokratischen Fraktionen abgelehnt, oder besser wegen festgestellter formaler Mängel, gar nicht erst zugelassen werden (vgl. Beier u.a. 2006, S.182f).

Damit sich die NPD nicht als Märtyrer oder als ‚verfolgte Unschuld‘ stilisieren kann, muss diese Ausgrenzung immer wieder neu begründet werden. Es geht darum, aufzuzeigen, dass ihre Mitglieder und Funktionäre keine Partner im demokratischen Dialog sind, sondern sie die demokratischen Freiräume nutzen wollen, um die rechtsstaatliche Demokratie abzuschaffen.

Die Ausgrenzung ist im Übrigen auf alle weiteren gesellschaftlichen Bereiche auszuweiten, denn: „Die NPD [...] erkennt die allgemeinen Menschenrechte nicht an. Sie ist es, die sich damit ausgrenzt. [...] Wer sich zur NPD bekennt, darf deshalb

ausgeschlossen werden. Auch aus dem Sportverein, dem Männerchor, der Gewerkschaft. Es muss abschreckend sein, bei der NPD mitzumachen“ (Staudt 2005, S. 210.). Staudt betont aber auch: „Der Weg zurück muss offen bleiben“ (Staudt 2005, S. 210). Also sollten Menschen, die sich von der rechten Ideologie lossagen, auch immer die Chance erhalten in die demokratische Gesellschaft als vollwertige Mitglieder zurückzukehren, sonst wäre ein Ausstieg aus der rechten Szene auch nahezu unmöglich.

Am anspruchsvollsten, aber auch am erfolgversprechendsten ist die Strategie der Entlarvung. Sie folgt der Logik der Sachdiskussion, ist aber viel stärker auf die generelle politische Zielsetzung der NPD ausgelegt. Bei ihr müssen die Abgeordneten in der Lage sein, den Bogen von den Anträgen auf die tatsächlichen Absichten der NPD und ihre ideologischen Begründungsmuster zu spannen. Dabei sind laut Hafener die Anforderungen an Kommunalpolitiker keineswegs gering. „Ein offensiver, kämpferischer und selbstbewusster Umgang der demokratischen Parteien dechiffriert die Themen, ideologisch populistischen Absichten, die (fehlende) inhaltliche Qualität und möglichen Folgen rechtsextremer Politikforderungen und Begründungen“ (Beier u.a. 2006, S.183, vgl. Hafener/ Schönfelder 2007S.133ff).

So können der Bevölkerung die tatsächlichen Ziele der NPD aufgezeigt werden und zu einer innerlichen Distanzierung von zumindest einem Teil ihrer Wähler beitragen. Wichtig dabei ist, diese Strategie in eine Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und dem guten Kontakt zu den lokalen Medien einzubetten, um ein gemeinsames Vorgehen der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Ihre Anwendung setzt darüber hinaus voraus, dass in den Kommunalparlamenten genügend Zeit für längere sachliche Auseinandersetzung möglich ist. Auch muss es Politiker geben, die willens und fähig sind, sich intensiv mit der NPD auseinanderzusetzen und so auf polemische Wortbeiträge mit Faktenwissen reagieren zu können. Beispielweise könnte sich zumindest zwei bis drei Vertreter der großen Fraktionen detaillierter sachkundig machen und so ihre Parlamentskollegen unterstützen (vgl. Beier u.a. 2006, S.184).

### **Bürgernahe Politik**

Wenn es den demokratischen Parteien gelingt, problemadäquate kommunalpolitische Entscheidungen zu treffen, nachvollziehbar zu begründen und auch zu kommunizieren und so zu helfen, die Politikerverdrossenheit zu reduzieren, ist

schon ein fundamentaler Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus gelegt, da es so der NPD schwerer fällt, Ängste und Unsicherheiten der Bürger für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Am besten bekämpft wird die NPD also, bevor sie in die Parlamente einzieht. Jedoch ist in Zeiten knapper Kassen der Spardruck enorm. Er führt oft dazu, dass beispielsweise in der Jugendarbeit gekürzt wird. Wenn man es aber zulässt, dass Rechtsextremisten diese Lücke schließen, hat man der Demokratie und Zivilgesellschaft einen Bärendienst erwiesen, gerade wenn man den hohen Erstwähleranteil bei der NPD bedenkt.

Trotz ihrer teilweise dünnen Personaldecke müssen die demokratischen Parteien im öffentlichen Bereich präsenter werden. Gleiches gilt für die Aktivitäten der demokratischen Zivilgesellschaft. Hier sind alle Kräfte aufgefordert, ihr Mögliches zu tun, um Tendenzen des Rechtsextremismus entgegenzuwirken und demokratische Impulse zu fördern. Dabei gibt es ebenso wenig Patentrezepte wie schnelle Lösungen. Die vielfachen Ursachen für rechtsextreme Einstellungen benötigen einen ausbalancierten Mix von Maßnahmen. Der braucht seine Zeit und erfordert ein ständiges Justieren an den Stellschrauben, was vermutlich niemals ein Ende hat. Dies mag frustrierend klingen, kann aber auch als Anreiz für die Demokratie gewertet werden, sich ihre Errungenschaften bewusst zu machen und immer wieder in allen Gesellschaftsschichten dafür zu werben, dass noch niemand als Demokrat geboren wurde (vgl. Beier u.a. 2006, S.185, vgl. Stöss 2005, 48ff. )

„Die Demokratie muss wie die Sprache immer wieder neu von jeder Generation erlernt und gegebenenfalls verändert werden“ (Beier u.a. 2006, S.185). Von dieser Warte aus betrachtet, lässt sich der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sogar eine positive Pointe abgewinnen – gibt sie den streitbaren Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates doch letztlich die Gelegenheit, die freiheitlichen Grundwerte der Demokratie nicht nur abstrakt gegen einen imaginären Gegner, sondern mit offenem Visier und im Angesicht tatsächlicher Feinde zu verteidigen.

Von den politischen Gremien werden Gesetze und Satzungen erlassen und die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Justiz und Polizei gesetzt, wovon im nächsten Kapitel berichtet wird.

## **5.2 Ebene der Justiz und der Polizei**

### **5.2.1 Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts**

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als wehrhafte Demokratie, weshalb sich Deutsches Recht gegen alle Akteure und Bestrebungen richtet, die eine Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus aufweisen oder sich gegen die Verfassung wenden. Dabei ist der Blick stark auf die Oberflächenstruktur gerichtet, z.B. bei Propagandadelikten. „Das symbolisch vermittelte Fortleben des Nationalismus ist somit aus dem öffentlichen Leben verbannt“ (Jaschke 2000, S.25). Die hieraus folgende Begrenzung der politischen Meinungsäußerung im internationalen Vergleich ist einzigartig. Auf die Opfer rechtsextremer Straftaten hingegen gehen weder das Grundgesetz noch das Strafgesetzbuch explizit ein. (vgl. Schellenberg 2008, S.6 ) Der Schutz vor Diskriminierung ist noch nicht so lange in der juristischen Diskussion. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2007, S.115) als Motiv für rechtsextremistische Straftaten, wird nicht zwangsläufig geahndet (vgl. Jaschke 2000, S.25).

#### **5.2.1.1 Normen und Entwicklungen**

Gegen Extremismus im Allgemeinen und darin eingeschlossen natürlich auch der Rechtsextremismus, sind im Grundgesetz und im Strafgesetzbuch eine Reihe repressive Gesetzgebungen gerichtet.

Doch zunächst wurde die Würde des Menschen (Art. 1 GG), das Demokratie-, Rechts-, Bundesstaats- und das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG). Als Verfassungskern werden diese Artikel durch die Ewigkeitsklausel des Artikels 79 Abs. 3 als unauflösbar festgeschrieben, sie können also durch keine Mehrheit geändert werden. (vgl. Jaschke 2000, S.22f). Weitere zentrale Artikel im Grundgesetz sind:

- das Verbot verfassungsfeindlicher politischer Parteien (GG, Art. 21, Abs. 2) durch das Bundesverfassungsgericht, wenn sie die die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen wollen.

- das Verbot verfassungsfeindlicher Vereinigungen (Art. 9 Abs.2GG und § 3 I VereinsG) durch die Innenminister von Bund und Ländern, auch bei Verstößen gegen die Strafgesetze (Jaschke 2000, S.23)

- Art. 5 Abs. 3 bindet die Freiheit der Lehre an die Treue zur Verfassung.

- Art. 18 ermöglicht die Verwirkung von Grundrechten bei Missbrauchs dieser zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

– das Verbot verfassungsfeindlicher Publikationen (BVerSchG §§ 3,4)

– die Strafrechtliche Ahndung von verbotenen politischen Aktivitäten: Fortführung verbotener Organisationen (§85 StGB), Verbreitung von Propagandamitteln zur Fortführung verbotener NS-Organisationen. (§86 StGB), Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). z. B. der öffentlich gezeigte 'Hitler-Gruß' und das öffentliche Tragen von Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen(vgl. Jaschke 2000, S.23)

(§ 86a StGB), öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB), Gründung einer terroristischen Vereinigung (§129a StGB), Verbreitung volksverhetzender Schriften, Billigung, Verharmlosung und Leugnung des Holocausts, öffentliche Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der NS-Gewaltherrschaft wenn dadurch der öffentliche Friede gestört und die Würde der Opfer verletzt wird (§ 130 StGB), Gewaltverherrlichung (§131 StGB)

- § 131 StGB (Aufstachelung zum Rassenhass).

– die Auflösung öffentlicher Versammlungen und Demonstrationsverbote durch Polizei und Gerichte. Neue Gesetzgebung: Seit 2005 ist es leichter, entsprechende Verbote oder Beschränkungen an bestimmten mit dem Nationalsozialismus verbundenen Gedenk-Orten zu erlassen. Ein Demonstrationsverbot gilt unter anderem am Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin (Versammlungsgesetz § 15 Absatz 2).Bereits in den Neunziger Jahren wurde teilweise von der aus den Erfahrungen mit der Anti-AKW-Bewegungen, Anfang der achtziger Jahre ausgerufenen Deeskalationsstrategie bei Demonstrationen Abstand genommen (Murck 1995,, S.166), damit die Polizei und mit ihr der Rechtsstaat nicht weiter vorgeführt werden konnte. Konsequenz dieser veränderten Taktik ist die faktische Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts und die Verrechtlichung des Problems.

So hängt es an den Verwaltungsgerichten Verbotsanträge meist wegen der Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, zu prüfen. Wird diesen, wie so oft nicht stattgegeben, wird dies von der rechten Szene als Sieg gefeiert und öffentlich in Szene gesetzt( vgl. Jaschke 2000, S.24).

Auf der Grundlage der Gesetzgebung wurde eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen gegen die radikale Rechte ergriffen, insbesondere Vereins- und Versammlungs-



verbote. Seit Ende 1992 erfolgten 26 Verbote rechtsextremistischer Organisationen durch das Bundesministerium des Inneren bzw. durch Innenministerien/-senate der Länder(vgl. Jaschke 2000, S.23f) (Stand: Januar 2008). zum Beispiel die Wehrsportgruppe Hoffmann, die Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP), Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) und zuletzt die Mecklenburgische Aktionsfront (MAF) und die Heimattreue Deutsche Jugend(HDJ). Ebenso verboten wurde die Band Landser, die als kriminelle Vereinigung verurteilt wurde, da sie die mit der Herstellung und Verbreitung von CDs Straftaten wie Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen sowie Verunglimpfung des Staates etc. begangen haben. Dieser Fall zeigte, welche Kehrseiten Verbote haben können, da die Band daraufhin Kultstatus in der rechten Szene erlangte, und die Solidarisierungswellen die Szene eher zusammenschweißten(vgl. Schellenberg 2008, S.6f).

Organisationsverbote sind im Zusammenhang mit Polizei-Razzien und entsprechender Medienöffentlichkeit immer ein verlockendes Mittel um Entschlossenheit zu zeigen Die Repression führte jedoch nicht dazu, dass rechtsextreme Orientierungen in Deutschland zurückgingen oder sich der gewalttätige Rechtsextremismus entschärfte. Um sich Repressionen zu entziehen, vollzog sich eine stärkere Verlagerung von Aktivitäten ins Ausland und der Versuch durch Namensänderungen oder Neugründungen dem Repressionsdruck zu entgehen. Zudem wurde das Konzept der Kameradschaften entwickelt (vgl. Röpke/ Speit, Andreas 2004, Kap. 4.2.2).

Insofern haben Gesetzgebung und staatliche Beobachtung mit dazu geführt, dass sich die Struktur der rechtsextremen Szene in Deutschland verändert hat( Vgl. Jaschke 2000, S.24).

Die mögliche Radikalisierung durch repressive Strafen kann bei Erwachsenen Straftätern noch hingenommen werden, bei Jugendlichen muss jedoch bezweifelt werden, ob dies immer der richtige Weg ist, sie vor einem endgültigen Abrutschen ins rechte Milieu zu bewahren. Der Ruf nach härteren Strafen für rechte Gewalttäter könnte sich also als kontraproduktiv erweisen(vgl. Jaschke 2000, S.25, vgl. Backes 1994, S.366-382).

### **Zuständigkeiten**

In den meisten Fällen liegt die Zuständigkeit zur Verfolgung strafbarer Handlungen von Rechtsextremisten bei den Ländern. Ist die Tat allerdings darauf gerichtet, das

innere Gefüge des Staates oder dessen Verfassungsgrundsätze zu beeinträchtigen, so zieht der Generalbundesanwalt beim Bundesverfassungsgericht die Verfolgung der Taten an sich. Die bei den Innenministerien angesiedelten Verfassungsschutz-Behörden des Bundes und der Länder sind verpflichtet, Bestrebungen, die mit dem Grundgesetz unvereinbar sind, zu beobachten. Sie haben den Auftrag, die Bevölkerung und das Parlament darüber zu informieren und eine Gefahreinschätzung vorzunehmen. Jährlich werden entsprechende Verfassungsschutzberichte veröffentlicht, in dem der Bereich Rechtsextremismus eine zentrale Rolle einnimmt. Hierbei gilt das Parteienprivileg auch für beobachtete Parteien weiter, sofern sie nicht verboten sind (vgl. Denninger 1977, S. 692 ff). Die Verfassungsschutzberichte sind ein zentraler Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Innenbehörden, wobei sich spätestens seit dem Fall der Mauer eine Tendenz zur Öffnung der Verfassungsschutzämter abzeichnet. Traten sie vorher noch wie ein klassischer, sich abschottender und geheimnisumwitterter Geheimdienst und kaum in der Öffentlichkeit auf, so änderte sich dies nun, z.B. durch Auftritte in Podiumsdiskussionen und TV-Talkshows. (vgl. Jaschke 2000, S.24f). Auch schickte sie nun auch Referenten für politische Bildung aus ihren Reihen. Durch diese Entwicklung ist die Skandalträchtigkeit des Verfassungsschutzes deutlich zurückgegangen (vgl. Schellenberg 2008, S.7).

### **Erfassungskriterien**

2001 wurde der Fokus von (rechts-)extremistischen Taten hin zu politisch motivierter Kriminalität erweitert: Durch die Einführung eines neuen Melde- und Erfassungssystems, das eine bundeseinheitliche Erfassung ermöglichte, geriet nun die politisch motivierte Tat allgemein in den Blickpunkt. Kritisch zu sehen ist die mangelnde Erfassung „gewöhnlicher“ Straftaten mit menschenfeindlicher Motivation, wie zum Beispiel Brandstiftung, Körperverletzung und Beleidigung. Bei diesen Straftaten greifen die Erfassungskriterien zu kurz, vor allem weil Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (wie Rassismus) auf politisch motivierten Rechtsextremismus verkürzt wird. Dadurch führt eine rechtsgesinnte Motivation nicht notwendigerweise zu einer Strafverschärfung (vgl. Schellenberg 2008, S.7)

#### **5.2.1.2 Rechtliche Maßnahmen**

Zusätzlich zur Strafverfolgung kam es zu einer Reihe von Initiativen, die sich als nützlich im Kampf gegen den Rechtsextremismus erweisen könnten. Folgende wurden bereits umgesetzt.

2001 wurde ein Übereinkommen über Computerkriminalität (Cybercrime Convention) durch den Europarat erarbeitet, welches von 26 Staaten – auch Deutschland – unterzeichnet wurde, was Handlungsspielraum der deutschen Justiz über die nationalen Grenzen erweitert. (vgl. Schellenberg 2008, S.11 )

Im Zuge eines im Juni 2007 unter deutscher Präsidentschaft von der EU verabschiedeten Rahmenbeschlusses zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, in der unter anderem Aufstachelung zu Hass und Gewalt, Öffentliche Beleidigungen oder Drohungen und die Verbreitung oder Verteilung von Schriften, Bild- oder sonstigem Material mit rassistischen oder fremdenfeindlichen Inhalten (Europarat 2008) gehandelt werden, kam es zu einer Reform der polizeilichen Erfassungskriterien. Auch sollen rassistische oder fremdenfeindliche Motivation als erschwerender Umstand künftig bei der Festlegung des Strafmaßes erschwerend berücksichtigt werden. Dies ist für das deutsche Recht ein Fortschritt (vgl. Schellenberg 2008, S.9). Aus den Ländern gibt es eine Initiative, dieses auch konkret ins Strafgesetzbuch aufzunehmen, indem Gruppenbezogene Menschenverachtung (unter anderem Rassismus) künftig immer als strafverschärfend berücksichtigt wird. Ziel ist unter anderem eine abschreckende Wirkung durch strengere Bestrafung und die Stärkung des Problembewusstseins in der Öffentlichkeit.

Nach dem Regierungswechsel 1998 wurde die Selbstdefinition, Deutschland sei kein Einwanderungsland, nach kontroversen Debatten überwunden und so der Weg zu einem neuen Staatsangehörigkeitsrecht geebnet. Es wurde das Abstammungsprinzip, das auch rechtsextremistischen Vorstellungen entsprach, durch das Territorialprinzip ersetzt, was in Deutschland geborenen Ausländern die Einbürgerung erleichtert. Die demographische Entwicklung und den Mangel an qualifizierten Fachkräften führte zu einem Umdenken. Jedoch wurde das neue Zuwanderungsgesetz 2002 und 2004 auch vor dem Hintergrund der Integrations- und Terrorismus-Debatten verabschiedet, was auch zu, nach Meinung von Menschenrechtsorganisationen, diskriminierenden, zugewanderungsbegrenzenden Anteilen im Gesetz führte.

Mit dem im August 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wurde durch die Umsetzung von EU-Richtlinien erstmals ein wirksamer Schutz vor Diskriminierung „aus Gründen der „Rasse“ oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauungen, einer Be-

hinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“ (Deutscher Bundestag 2006) im Arbeitsrecht, Zivilrecht und öffentlichen Recht verabschiedet. Im Gegensatz zur Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten hat die Ahndung von Diskriminierungsdelikten in Deutschland keine Tradition. Das Gesetz wurde dann auch nur abgeschwächt verabschiedet, was bei NGOs zu Kritik führte (vgl. Schellenberg 2008, S.8).

Folgend Initiativen wurden noch nicht umgesetzt oder sind (vorerst) gescheitert: Bisher ist ein Parteienverbot gegen rechts nur einmal ausgesprochen worden, und zwar 1952 gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) (vgl. Jaschke 2000, S.23). Im Jahr 2001 wagten Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag einem Vorstoß zu einem NPD-Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht. Dieser ist im Jahre 2003 aus formalen Gründen, wegen des Einsatzes von V-Leuten eingestellt worden. (vgl. Schellenberg 2008, S.9 )

Hervorgerufen durch erneute fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe flammte die Debatte später wieder auf und ist bis heute nicht wieder zum Erliegen gekommen. Jedoch ließ sich bis heute keine Mehrheit für ein Verbot finden. Die Gegner fürchten, ein Verbotsverfahren könnte abermals an formalen Gründen scheitern, da die NPD immer noch vom Verfassungsschutz des Bundes und der Länder „unterwandert ist“. Eine Voraussetzung für ein erfolgreiches Verbotsverfahren wäre der Abzug der V-Leute, was von vielen wegen der „damit verbundenen Verringerung der staatlichen Überwachung als Risiko für die Demokratie betrachtet wird“ (Schellenberg 2008, S.12). Ohne den Rückzug der V-Leute wird das Verbotsverfahren – wie bereits im Jahr 2001 – (vermutlich) scheitern. Einige Kritiker geben zudem zu bedenken, ein NPD-Verbot wäre nur eine „Symptombehandlung“, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erschwere und daher nicht wünschenswert sei. „Verbotene Parteien könnten, so lautet das Kalkül, zur Radikalisierung und zur Militanz der Rechtsaußen-Szene führen, legale Parteien sind politisch leichter zu bekämpfen“ (vgl. Jaschke 2000, S.23). Fünf Bundesländer haben Beweismaterial für die Notwendigkeit eines NPD-Verbots gesammelt, das aber aus taktischen Gründen vorerst in der Schublade bleibt. (Vgl. Schellenberg 2008, S.9). Eine folgenlose Verbots-Debatte dürfte der NPD eher nutzen, da es ihr Aufmerksamkeit und den Ruf der Legitimität verschafft und, es ihr dazu noch hilft, sich als Sammel- und Organisationskraft der rechtsextremen Szene zu etablieren. Da jedoch weitgehend Konsens über die Verfassungsfeindlichkeit der Partei be-

steht, ist es ein Problem, dass eine verfassungsfeindliche Partei entgegen deutscher Gesetzgebung nicht verboten ist (vgl. Schellenberg 2008, S.11f).

In der Diskussion, befand sich die Idee der NPD und anderen rechtsextremistischen Organisationen die finanzielle Unterstützung durch den Staat zu entziehen, da sie hierher über 40 Prozent ihrer Mittel erhält. Hierfür müsste das Parteiengesetz geändert werden. Als sich herausstellte, dass dieser Vorstoß auch eine Grundgesetzänderung erfordert hätte, beschränkte man sich auf die Streichung von Steuerprivilegien für Stiftungen und Vereine, welche nicht mehr als gemeinnützig anerkannt werden.

Bisher existieren gesetzliche Bestimmungen lediglich für die Entschädigung von Gewaltopfern im Opferentschädigungsgesetz und Kriminalitätsoffern allgemein (wie im Opferreformgesetz), jedoch nicht explizit für Opfer rechtsextrem motivierter Kriminalität. 2001 erklärte Deutschland sich Individualbeschwerdeverfahren gemäß dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung der EU anzuschließen. Da noch keine Rechtspraxis existiert, gibt es in Deutschland keinen speziellen Schutz für Opfer von Rechtsextremismus.

Im Bereich der Justiz bietet die Deutsche Richterakademie seit einigen Jahren Tagungen zu den Themen Rechtsextremismus, Nationalsozialismus und Fremdenfeindlichkeit zur Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten an. Zusätzliche Angebote liegen in der Verantwortung der Bundesländer, wovon jedoch nur einige Angebote schaffen. Ziel ist die bestehenden Strafbestimmungen besser anzuwenden (Bundesministerium des Inneren 2007, S.71).

### **5.2.2 Die Rolle der Polizei**

Der Auftrag der Polizei besteht in der Gefahrenabwehr und in der Strafverfolgung. Bezogen auf den Komplex Rechtsextremismus bedeutet dies, die Verfolgung von Gesetzesverstößen und die Abwehr drohender Gefahren. Die Polizei hat es in aller Regel mit Formen des organisierten Rechtsextremismus zu tun, aber auch mit nur lose strukturierten Gruppen sowie rassistisch motivierten Einzeltätern. Öffentliche Veranstaltungen wie Parteitage, Sonnenwendfeiern, Skin-Rockkonzerte und Demonstrationen sind organisierten rechtsextremen Gruppen oder losen Zusammenschlüssen zuzuordnen Spontane Aktionen wie Überfälle auf Ausländer, Anschläge auf Wohngebäude oder Sprengstoffanschläge werden durchweg entweder von rassistisch motivierten Einzeltätern oder aber von Skinheads verübt. Da-

bei sind politisch organisierte Rechtsextremisten eher eine Minderheit. Umgang mit organisiertem Rechtsextremismus bedeutet für die Polizei ein Gegenüber, das ein rassistisches und nationalistisches Selbstverständnis, zum Teil verbunden mit Gewaltakzeptanz, teils eher konspirativ (z. B. Skin-Konzerte), teils legalistisch (z. B. Parteitage), teils aber auch demonstrativ provozierend und an Medien-Öffentlichkeit ausgerichtet zur Schau stellt. (Jaschke 2000, S.26)

### **5.2.2.1 Probleme bei der Polizei**

In der Vergangenheit wurde häufig beklagt, dass rechtsextremistische Gewalttaten von der Polizei nicht ausreichend geahndet werden (vgl. Lynen von Berg 1998, S. 57-65). Die Polizei wäre auf dem „rechten Auge blind“. Ein trauriger Höhepunkt in einer ganzen Kette von Ereignissen waren die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Rostock- Lichtenhagen im August 1992. Tagelang schaffte es die Polizei nicht, dieses pogromhafte Treiben zu unterbinden, was zu heftiger internationaler Kritik führte. Auch wenn sich solche Vorwürfe in den letzten Jahren nicht mehr wiederholt haben, bestehen doch weiterhin Effektivitätsprobleme im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Zudem kommt es immer wieder zu rassistischen Vorfällen und schweren Misshandlungen, insbesondere von Ausländern und Migranten durch Polizisten. Auch belegten Studien ein breites Wählerpotential für rechtsextremistische Parteien bei Polizisten (vgl. Busch 1989, S.44ff). Dies wurde auch durch das BKA bestätigt und außerdem ein mangelndes Problembewusstsein bei einer beachtlichen Anzahl der Polizeibeamten attestiert (Schellenberg 2008, S.13)

Auch die Bundesregierung nahm diese Probleme sehr ernst. Sie schob Maßnahmen an, die Schulung von Polizeibeamten zu verbessern und strengere Disziplinarmaßnahmen einzuführen. Auch wenn diese Fälle heute seltener auftreten, kommt es doch immer wieder zu schweren Übergriffen durch Polizeibeamte.

Auch wenn rechtsextreme Straf- und Gewalttaten in den vergangenen Jahren mit zunehmender Konsequenz von der Polizei S. 13 verfolgt werden, häufen sich, vor allem in ostdeutschen Bundesländern, immer noch Versäumnisse. „Und während Experten warnen, dass die Sicherheit von Angehörigen potenzieller Opfergruppen in einigen Gegenden nicht gewährleistet werden kann, erkennen zuständige Polizeien häufig entsprechende Probleme nicht.“ (Selkens/ Wilde 2002, S. 15). Auch das Schönrechnen von Statistiken mit allerlei Tricks, um das eigene Bundesland besser dastehen zu lassen, ist weiterhin an der Tagesordnung.



Immer wieder werden Fälle gemeldet, in denen die Polizei nicht eingriff, keine fremdenfeindliche oder politische Motivation erkannte oder sich weigerte Anzeigen aufzunehmen. Bundesweites Aufsehen erregte zudem der Vorwurf von drei Polizisten, sie seien vom stellvertretenden Polizeipräsidenten dazu aufgefordert worden, „nicht alles (im Bereich Rechtsextremismus) zu sehen“ (Schellenberg 2008, S.13). Eine öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Fällen hilft die Probleme zu bewältigen. Eine Tabuisierung dagegen verstärkt und schiebt sie in die Zukunft.

#### **5.2.2.2 Maßnahmen bei der Polizei**

Innerhalb der Polizei wurden folgende Maßnahmen zur verbesserten Bekämpfung des Rechtsextremismus umgesetzt bzw. sind in der Umsetzung:

Die Sonderkommission Rechtsextremismus (SOKO REX) ist eine auch international bekannt gewordene Reaktion der Polizei auf die wachsende Gewalt mit rechtsextremistischem Hintergrund. Sie verbindet Maßnahmen der Repression mit Präventionsarbeit (seit 1991). Ziel ist es, durch permanent hohen Verfolgungsdruck und Polizeipräsenz, die Szene an Brennpunkten zu verunsichern. Die SOKO REX schreibt potenzielle Täter vor rechtsextremen Veranstaltungen an oder stattet Hausbesuche ab, bei denen sie auf Konsequenzen weiterer strafbarer Handlungen aufmerksam macht. Jugendlichen sollten zudem akzeptierende und stützende Maßnahmen zukommen. Die SOKO REX betreibt Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Ob die Arbeit bislang erfolgreich war, bleibt auch deshalb höchst umstritten, weil das Bundesland Sachsen – trotz und während der SOKO REX – sich zum Zentrum der rechtsradikalen Aktivitäten in Deutschland entwickeln konnte. Als relativ erfolgreich im Kampf gegen Rechtsextremismus gilt die Arbeit des Landes Brandenburgs, zu der die Mobile Einheit gegen Extremismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit (MEGA) gehört und die bereits 1992 gegründete Berliner Sonderermittlungsgruppe 'Politisch motivierte Straßengewalt', die ähnlich wie die SOKO REX aus Sachsen aufgebaut ist (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Hrsg.) 2001, S. 79, vgl. Jaschke 2000, S27, vgl. Schellenberg 2008, S.15 ).

Neben Repression setzt die Polizei zunehmend auf Präventionskampagnen. So wurde 2002 gemeinsam mit den Innenministern der Länder eine bundesweite Aktion gegen Rechtsextremismus, die Initiative „Wölfe im Schafspelz“ gestartet. Sie informiert und klärt (weiterführende) Schulen und Schüler – vor dem Hintergrund

des Grundgesetzes – über Rechtsextremismus auf und regt zu einer selbstständigen Auseinandersetzung mit dem Phänomen an.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft mahnte an, dass Polizeiinitiativen eine stärkere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft anstreben sollte und dass die Polizei eine Vorbildfunktion im Verhalten gegenüber sozialen und ethnischen Minderheiten einzunehmen hat.

Defizite in der Aus- und Fortbildung der Polizei, der Strafvollzugsbediensteten sowie bei Juristen in Fragen des völkerrechtlichen Menschenrechtsschutzes und in der Auseinandersetzung mit Rassismus sind nach Auffassungen zivilgesellschaftlicher Organisationen erheblich. In Sonderveranstaltungen werden in letzter Zeit Schulungen zu diesen Bereichen angeboten, jedoch nicht flächendeckend, sondern eher zufällig und inhaltlich beliebig, so dass eine nachhaltige Wirkung kaum auftreten kann. Es gibt aber auch erfreuliche Signale: In der Ausbildung zum gehobenen Kriminaldienst des Bundes wird bereits flächendeckend auf die Themenbereiche Menschenrechte und Antirassismus, sowie auf „Fremdenfeindlichkeit und Polizei“ eingegangen (vgl. Schellenberg 2008, S.16). Zusätzlich wäre es dem Thema sicher auch dienlich, wenn mehr Polizisten mit Migrationshintergrund im Polizeidienst tätig wären, um die Sensibilität innerhalb der Polizei durch alltäglichen Umgang zu stärken (vgl. Schellenberg 2008, S.13).

Einen naturgemäß anderen Ansatz als Justiz, Polizei und Gesetzgebung verfolgt der Bereich der Pädagogik, von dem im Folgenden berichtet wird.

### **5.3 Ebene der Pädagogik**

#### **5.3.1 Die Rolle der pädagogischen Arbeit als Bestandteil gesellschaftlicher Strategien**

In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Wirkung der pädagogischen Arbeit, je nach vorherrschender Meinung entweder über- oder unterschätzt, auch und gerade in Bezug auf Rechtsextremismus. Anfang der Neunziger Jahre sah man die Pädagogik noch als Allheilmittel und puschte sie dementsprechend mit Geld hoch, nur um sie wenige Jahre später verächtlich zu machen und ihre Wirksamkeit anzuzweifeln.

Dies ist einerseits in dem Wesen der pädagogischen Arbeit zu sehen, da man ihre Wirkungen und Erfolge nicht direkt kausal auf ihre Maßnahmen zurückführen



kann. Sie ist nur schwer messbar und entfaltet ihre Wirkung oft nur langfristig. Daher müssen Erwartungen, die auf schnelle Erfolge setzen zwangsläufig enttäuscht werden, was in der Öffentlichkeit zu einem Ansehensverlust der Pädagogik geführt hat.

Jedoch: „Gelingende pädagogische Arbeit, die auf der grundsätzlichen Annahme von der Bildsamkeit und Erziehbarkeit des Menschen basiert, setzt Langfristigkeit und Kontinuität voraus, damit sich ein stabiles Vertrauensverhältnis, ein 'pädagogischer Bezug' herausbilden kann.“ (Schubarth 2000, S.41). Hierbei muss der Pädagoge das Verhältnis von Akzeptanz und Anforderungen bzw. Konfrontation in der Waage halten, was ein hohes Maß an Professionalität und sozialer (Selbst-)Kompetenz erfordert. Die Praxis ist dagegen oft von Zeit- und Ressourcenknappheit, Diskontinuität und nicht ausreichender Fachlichkeit geprägt. Wesentliche Ursache hierfür ist die finanzielle Unterversorgung. „Mit ABM-Kräften, die nicht über die erforderliche Qualifikation verfügen, oder Lehrern, die sich als bloße Wissensvermittler verstehen, ist jedoch keine wirksame pädagogische Arbeit zu machen – schon gar nicht, wenn es sich um rechtsextreme Jugendliche handelt.“ (Schubarth 2000, S.41).

Häufig wurde auch Kritik laut, dass Pädagogen mit der Auseinandersetzung mit rechten Jugendlichen überfordert sind und oft sogar „Glatzenpflege auf Staatskosten“ (Schubarth 2000, S.41) betreiben. Dies verkennt auf der einen Seite viele positive Beispiele und übersieht andererseits, dass die gesellschaftliche Unterstützung auf die Pädagogik angewiesen ist, häufig nicht, oder nur in unzureichendem Maße vorhanden ist. Die Grenzen der pädagogischen Arbeit liegen nämlich da, wo politische, ökonomische und soziale Faktoren die pädagogischen Einflussmöglichkeiten stark einengen. Das Augenmerk sollte auf eine spezielle Aus- und Weiterbildung von Lehrer und Sozialpädagogen gelegt werden, sowie auf Defizite in der politischen Kultur. „Isoliert kann pädagogisches Handeln nur wenig bewirken, als Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Bemühungen gegen Rechtsextremismus ist Pädagogik jedoch unersetzbar“ (Schubarth 2000, S.42).

Pädagogisch Strategien sollten somit in eine Gesamtstrategie eingebettet sein. die folgende Ebenen beinhalten sollte (vgl. Schubarth 2000, S.42f):

Auf der ökonomisch-sozialen Ebene bedarf es den Abbau von sozialen Ungleichheiten und der Schere zwischen Arm und Reich, um den Rechtsextremismus dem

Nährboden zu entziehen. Jugendliche die ihre soziale und persönliche Identität erst finden müssen, geraten früh an den Rand der Gesellschaft. Deshalb muss ihnen eine reelle Chance auf einen Ausbildungsplatz und einer anschließenden Integration in die Berufsausübung geboten werden. Hierfür müssen die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie die Sozial-, Familien- und Bildungspolitik die Weichen stellen.

Auf der politischen Ebene muss die Gestaltungsfähigkeit der Politik unter Beweis gestellt werden. Sowohl eine transparente Einwanderungspolitik um eine Ethnisierung von Problemlagen zu verhindern, als auch die Herausbildung einer Kultur des Dialogs mit der Jugend. Auch die politische Kultur, speziell die (Weiter-) Entwicklung eines demokratischen Wertekonsens, muss in Verantwortung aller gesellschaftlichen Akteure, insbesondere der politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten forciert werden. Das gilt ebenso für die Massenmedien, deren Bedeutung für die Herausbildung eines demokratischen Meinungsklimas kaum überschätzt werden kann (vgl. Kap. 3.4).

Auch auf der Ebene der Polizei und Justiz kann das Problem Rechtsextremismus allein nicht gelöst werden. Ihre Aufgabe ist jedoch eine klare Grenzziehung durch rasches und konsequentes Handeln, um gefährliche Tendenzen rasch abzuwürgen. Auch kann z.B. durch Kampagnen und gemeindeorientierte Polizeiarbeit präventive Arbeit geleistet werden. Auch sollten ihre Vertreter als Lobby des Rechtsstaats sich in die gesellschaftliche Diskussion aktiv einbringen.

Die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Herausbildung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Denk- und Verhaltensweisen darf nicht unterschätzt werden. Deshalb sollten sich Präventionsansätze vornehmlich an der lokalen Ebene orientieren. Betrachtet werden sollte hierbei das politische Klima in den Städten und Gemeinden, das stark von den lokalen Akteuren und deren Zusammenwirken geprägt wird. Durch das Wirken kommunaler Präventionsgremien und lokaler Bündnisse für Toleranz und Demokratie kann die Herausbildung einer zivilgesellschaftlichen demokratischen Kultur zusätzlich gefördert werden (vgl. 5.4.2).

Auf der Alltagsebene ist die Bereitstellung von Integrationsangeboten und identitätsfördernden Milieuangeboten ein wichtiges Mittel um Desintegrationserfahrungen zu verhindern. Hierfür können schulische und außerschulische Angebote der Jugendarbeit dienen, aber auch der Ausbau von sozialpädagogischen Beratungs-, Hilfs- und Förderangeboten besonders für gefährdete Jugendliche.

Auf der Ebene der Pädagogik und der politischen Bildung geht es schließlich um den Erwerb von Lernkompetenzen und Kompetenzen beim Umgang mit Unsicherheiten, Ängsten usw., wobei dies ohne einfache Erklärungen und Sündenbock-Mechanismen passieren sollte. „Weitere Aufgaben sind u. a. die Förderung eines stabilen Selbstwertgefühls, die Entwicklung von moralischer Urteilskompetenz und politischer Mündigkeit, die Vorbereitung auf die ethnische und kulturelle Pluralisierung der Gesellschaft, die Befähigung zum kritischen Umgang mit veröffentlichter Meinung (z. B. „Bedrohungsszenarien“), die Entwicklung von alternativen Verarbeitungsformen von Konflikt- und Problemlagen usw.“ Dabei sollten Politische Bildung und Jugendarbeit eng zusammenarbeiten, da die betreffenden Jugendlichen sich speziell über aufsuchende Angebote erreichen lassen.

### **5.3.2 Frühkindliche Förderung**

Bereits in der Kindheit werden über die soziale Umgebung die Weichen für die spätere Persönlichkeitsentwicklung gestellt. Vor allem Familie und Freunde sind prägend. Es lässt sich also früh erkennen „wie stressresistent, emotional stabil, selbstgesteuert und kreativ eine Person ist, wie sie in ihre soziale Umgebung eingebettet ist, welche Situationsdeutungen diese anbietet und ob sie diese akzeptiert“ (Wahl u.a. 2005, S.2 ).

In biographischen Untersuchungen mit rechtsextrem eingestellten Jugendlichen wurde festgestellt, dass ein Großteil dieser Gruppe bereits früh in der Kindheit psychische und soziale Auffälligkeiten zeigte, was sich in extremen Auftreten von Gefühlen wie Wut, Angst, Trauer, aber auch Aggression zeigte. Früh entwickeln Kinder individuell Vorlieben aus dem breiten Repertoire sozialer Verhaltensweisen. Dabei sind das eigene Temperament und die Umwelt bestehend aus Eltern, anderen Kindern und Erziehern prägend für die Entwicklung der eigenen sozialen Persönlichkeit. Ausgestattet mit dieser Persönlichkeit begegnet das Kind anderen Menschen tendenziell gelassen oder ärgerlich, neugierig oder aggressiv. Aus diesen Prägungen wird spätestens in der Jugendphase ein Weltbild entwickelt, „das eher von Misstrauen oder eher von Vertrauen gegenüber anderen geprägt ist, von Ungleichheit oder Gleichheit der Menschen, von Vorlieben für autoritäre Kontrolle und Gewalt oder für Toleranz und Demokratie“ (Wahl u.a. 2005, S.3)Entwicklungen, in denen aus Kindern und Jugendlichen einmal Rechtsextre-

misten oder Tolerante werden, beginnen also früh, und viele Ebenen und Faktoren spielen dabei ihre Rollen.

Aus diesen Erkenntnissen sollten weitreichende Konsequenzen für die Präventionsarbeit abgeleitet werden. Es ist zum Glück nicht davon auszugehen, dass bestimmte Eigenschaften automatisch zum Entwickeln von rechtsextremistischen Einstellungen führen, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es soweit kommt, ist deutlich ausgeprägter. Die Rollenangebote ändern sich mit der Zeit und den Veränderungen in der Gesellschaft und so gibt es auch vorbelasteten Kindern und Jugendlichen immer mehrere Optionen, wie sie sich einer komplexen Umwelt gegenüber verhalten. Umweltfaktoren wirken auf Menschen unterschiedlich stark, so dass niemand die genaue Entwicklung in Hinsicht bestimmter Ideen, Emotionen und Verhaltensneigungen vorhersehen kann. "Da problematische Entwicklungsprozesse jedoch sehr früh in der Biographie beginnen, muss durch eine frühe Hilfe bzw. Prävention gegengesteuert werden" (Wahl u.a. 2005, S. 7). In bisherigen Programmen wurde meist erst zu einem Zeitpunkt gegengesteuert, wo viele prägende Erfahrungen bereits gemacht wurden. Wenn das Kleinkind in der Familie und im Kindergarten kein positives Selbstbild entwickeln konnte, hat es Jugendarbeit später sehr viel schwerer dies nachzuholen. Dabei ist es wichtig immer auch den Eltern in Erziehungsfragen offensiv Unterstützung zukommen zu lassen, da diese bisher von Angeboten der Elternarbeit kaum erreicht wurden. Auch die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern, sowie die personelle Ausstattung in Kindertagesstätten muss deutlich verbessert werden, um ihrer Bedeutung für das Erlernen emotionaler, sozialer und kognitiver Fähigkeiten gerecht zu werden. (vgl. Wahl u.a. 2005, S.6 ).

Hierbei ist es wichtig, sich dem Kind immer als Individuum mit seinen „emotionalen kognitiven und sozialen Kompetenzen sowie seinem individuellen Temperament und individuellen Begabungen und Schwächen, zuzuwenden und die Angebote nicht allgemein an die ganze Gruppe zu richten. Berücksichtigt werden müssen außerdem die emotionalen, kognitiven und sozialen Entwicklungsprozesse von Kindern und Jugendlichen. Dabei sollte das Kind vorrangig über Emotionen angesprochen werden, da diese in dieser Lebensphase am einflussreichsten auf die Entwicklung wirken. Mit einer zu kognitiv ausgerichteten Förderung sind gerade Kinder mit emotionalen Defiziten überfordert. Emotionale und kognitive Faktoren, die eine tolerante Einstellung fördern, z.B. Offenheit, Empathie, Konfliktfähigkeit,

Impulskontrolle und Stressresistenz müssen verstärkt werden, wobei jeweils die aktuellen Sozialisationsagenturen wie Familien, Gleichaltrige, Krippen, Kindergärten und Medien miteinbezogen werden sollten. Der Lebenssituation der Familie ist hier besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Eine auf Langfristigkeit und Methodenvielfalt angelegte Ausrichtung der Projekte ist, wie so oft, eine zentrale Voraussetzung um überhaupt Wirkungen erzielen zu können. Kurze und einmalige Aktionen verpuffen meist (vgl. Wahl u.a. 2005, S.5 ). Da über die langfristige Wirkung von Programmen in Deutschland nur wenig bekannt ist, ist eine wissenschaftliche Evaluierung der Projekte unerlässlich, um eine nachhaltige Wirkung auch über die jeweilige Einrichtung hinaus zu erreichen. Auf eine sorgfältige Planung und Durchführung sollte deshalb bereits bei der Vergabe von Fördermittel größten Wert gelegt werden, um so den größtmöglichen Nutzen für die Gesellschaft herauszuholen (vgl. Wahl u.a. 2005, S.8 ).

### **5.3.3 Jugendarbeit**

Die pädagogische Arbeit mit rechten Jugendlichen muss auf unterschiedliche Adressatengruppen mit spezifischen Zugängen reagieren und dabei die fließenden Übergänge zwischen den Gruppen im Blick behalten. Ebenso schwer zu trennen sind in der Praxis Prävention und Intervention (vgl. Krafeld/ Möller/ Müller 1993 S. 34-46) (vgl. Schubarth 2000, S.43).

Grob können vier Arten von Zielgruppen unterschieden werden:

Bei der Gruppe der so genannten „Normaljugendlichen“ geht es in erster Linie um Primärprävention, was in diesem Fall die Förderung von Toleranz und Demokratiefähigkeit bedeutet, um rechtsextremem Denken und Verhalten vorzubeugen. Obwohl ihre Effekte nicht unmittelbar wahrnehmbar sind, dürfen sie keineswegs gering schätzt werden.

Bei der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ohne feste Cliquenbindung soll durch gezielte Einbeziehung verschiedener Formen schulischer und außerschulischer Jugendarbeit, insbesondere durch die Schaffung positiver sozialer Erfahrung und Aufklärungsarbeit, einer weiteren Verfestigung rechtsextremer Denkweisen entgegengewirkt werden und demokratische Umgangsformen gefördert werden. Hier kommt das Element der sekundären Prävention hinzu, d.h. die Maßnahmen werden gezielt auf die Individuen zugeschnitten und umfassen z.B. sport- und erlebnispädagogische Angebote.

Sehr viel heikler und sensibler ist die Arbeit mit rechtsextremen Cliquen, da diese Gruppen in die alltägliche Arbeit mit Normaljugendlichen nur schwer zu integrieren sind.

Hier muss mit speziellen Konzepten gearbeitet werden. Dies können z.B. Akzeptierende Jugendarbeit oder Anti-Aggressivitäts-Training sein. „Gefragt sind neben der sekundären Prävention auch Formen der tertiären Prävention, d.h. korrektivpersonale Interventionen, die durch spezielle Trainingsprogramme oder Verfahren (z. B. Täter-Opfer-Ausgleich) Verhaltensmodifikationen bewirken können.“

Schließlich stößt die Pädagogik bei der Arbeit mit Jugendlichen, die in rechtsextremen Kameradschaften u.ä. organisiert sind an ihre Grenzen. Hier kann sie Aussteigewilligen nur mit Beratung und Unterstützung zur Seite stehen.

Seit den neunziger Jahren hat sich eine Wende in der Jugendarbeit durchgesetzt. Vorher wurde mehr gegen rechtsgerichtete Jugendliche gearbeitet, als mit ihnen. Ein großer Teil der vorher bestehenden Unsicherheit dieser Zielgruppe gegenüber konnte so überwunden werden. In der Folge wurde eine Vielzahl von Konzepten entwickelt, die den Methodenkatalog der Sozialen Arbeit nutzten, die auch in der Praxis erprobt wurden. Hier konnten durchaus Erfolge verbucht werden. Dies führte zu einer wachsenden Akzeptanz von Jugendarbeit als Bearbeitungsinstanz von gesellschaftlichen Problemlagen. Besonders die „Sensibilisierung für eine Kultur der Gewaltlosigkeit“ ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben (vgl. Schubarth 2000, S.45).

Die beschriebenen positiven Tendenzen konnten nicht verhindern, dass aufgrund finanzieller Probleme und einer unsteten Förderpolitik Kontinuität fehlte und viele Projekte wieder verschwanden bzw. notorisch gefährdet sind. Hier könnte sich der Schwerpunkt wieder überproportional zu Polizei und Justiz verlagern, womit dies auf Dauer überfordert sein dürfte, deshalb ist eher eine Intensivierung der pädagogischen Bemühungen angesagt, mit einer langfristigen Absicherung von Projekten. Dabei sollte sich auf folgende Handlungskonzepte bezogen werden.

In der Jugendarbeit müssen niedrigschwellige Arbeitsformen vorgehalten werden, die sich an der Lebenswelt der Jugendlichen orientieren. Dies ist besonders notwendig in der Phase der Kontaktaufnahme. Hierbei steht das Akzeptieren und Annehmen der Jugendlichen in ihrer konkreten Situation im Mittelpunkt: Einfach-dasein und Zuhören können, jedoch ohne sich anzubiedern und problematische Einstellungen und Verhaltensweisen gutzuheißen.

Aufgrund von Individualisierungstendenzen und tendenziell abnehmender Intensität sozialer Beziehungen nimmt die Beziehungs- und erfahrungsorientierte Arbeit immer breiteren Raum ein. Um sein Leben selbst zu gestalten benötigt der Heranwachsende Hilfe und (positive) Vorbilder. Dies kann die Pädagogik leisten, indem sie weniger durch sachbezogene Überzeugungsarbeit, als vielmehr durch das offensive Einbringen der eigenen Person mit ihren Gefühlen, Erfahrungen, Vorlieben Ängsten u.ä. auftritt. Hierdurch entsteht eine Vertrauensbasis auf der pädagogische Arbeit möglich wird.

Cliquenorientierte Arbeit sollte in der heutigen Zeit in der die Bedeutung von Cliques als selbst gewählte Bezugssysteme für den Sozialisationsprozess immer breiteren Raum einnehmen eine Selbstverständlichkeit sein. Pädagogik sollte die positiven Elemente wie Gemeinschaftssinn und Solidarität in der Clique fördern und die negativen, abweichenden Tendenzen eindämmen. Auch sollte sich die Pädagogik als Anwalt der Jugend im gesellschaftlichen Diskurs verstehen und sich - wenn nötig- für sie auf politischer Ebene einmischen.

Unter Sozialräumlich ausgerichteter Arbeit ist zu verstehen, sozialräumliche Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen und zu unterstützen. Dies bedeutet es ihnen zu ermöglichen Räume, Territorien und Plätze zu finden, wo sie sich ohne anzuecken aufhalten können, um ihren Neigungen und Interessen nachgehen zu können.

Um den Bedürfnis nach Mitsprache von Kindern und Jugendlichen nachzukommen, muss eine beteiligungorientierte Arbeit angewandt werden, um der vielfach dominierenden Reglementierung und dem Anpassungsdruck etwas entgegen zu setzen. Um nicht gewaltsamen Artikulationsformen Vorschub zu leisten, sollten für Kinder und Jugendliche verstärkt die Möglichkeiten geschaffen werden, sich selbst zu artikulieren, und sich so an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dies setzt einen längeren Lernprozess voraus, bei dem auch Enttäuschungen und Rückschläge mit einkalkuliert werden müssen.

Der lebensweltorientierte Handlungsansatz Infrastrukturelle Hilfe, einschließlich Hilfe zu Selbsthilfe und Einzelfallhilfe setzt auf die offensive Einmischung in die Lebensverhältnisse. Dabei geht es um Alltagsprobleme wie, Ausbildung, Wohnen, Existenzsicherung, aber auch um Fragen der Identitätsbildung und die Entwicklung befriedigender sozialer Beziehungen. „Infrastrukturelle Arbeit heißt, sich in die Konstituierung und Entwicklung der Lebensbedingungen, Lebensumstände und

Lebenszusammenhänge einzumischen, auf deren Grundlage sich das Alltagsleben der Jugendlichen entwickelt und entfaltet oder aber auch erschwert oder gar blockiert.“ (Schubarth 2000, S.46). Es sollen kooperative Wege der Problembewältigung unter Einbeziehung aller Beteiligten gefunden werden, ohne Problemlösungen vorzusetzen, sondern vielmehr mit dem Ziel, Kompetenzen zur Problembewältigung zu entwickeln.

Schließlich geht die gemeinwesenorientierte Arbeit abgeleitet vom Konzept der offenen Milieubildung davon aus, dass das Zusammenwirken von kommunalen Akteuren wie Polizei, Schule, Jugendeinrichtungen, Wohnungsgesellschaften deeskalierende und infrastrukturelle Wirkung hat, und so Perspektiven einer kommunikativen und netzwerkorientierten kommunalen Jugendhilfepolitik aufzeigen können.

Aus diesen Handlungsstrategien wurden eine Reihe konkreter Präventions- und Interventionsansätze in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus abgeleitet und erprobt von denen hier einige exemplarisch vorgestellt werden:

Die Akzeptierende Jugendarbeit will die Jugendlichen da abholen wo sie stehen. Sie arbeitet mit rechten Cliques, und will, da Belehrung und Bekämpfung rechter Orientierungen nicht allzu viel bringen, die Probleme die die Jugendlichen haben in den Mittelpunkt stellen und nicht die Probleme, die sie machen. Es wird klar unterschieden zwischen politischer Zielsetzung (Rechtsextremismus bekämpfen) und pädagogischer Zielsetzung (Jugendliche darin unterstützen, sinnvolle Deutungs- und Handlungsmuster zu entwickeln). Dabei sollen rechtsextremistische Haltungen kritisch thematisiert werden, dabei aber der Jugendliche als Mensch akzeptiert werden. In der Praxis erweist sich dies jedoch als schwierige Gratwanderung, weshalb dieser Ansatz fachlich umstritten ist. (vgl. Hafener 1993, S120-126) Häufig wird der Akzeptierenden Jugendarbeit „Glatzenpflege“ nachgesagt.

Das Anti-Aggressivitäts-Training wiederum ist ein pädagogisch-psychologischer Ansatz, der durch zeitnahe psychosoziale Bearbeitung von Gewalttaten den potentiell aggressiven und oft auch rechtsextremistisch eingestellten Jugendlichen mit dem Ziel von präventiven und reinigenden Wirkungen, unter Herbeiziehung des Täter-Opfer-Verhältnisses, mit seiner Tat und seinem Verhalten konfrontieren will. Hierbei wird mit Hilfe der provokanten Therapie der Teilnehmer in eine extrem angespannte Situation versetzt, mit dem Ziel die Lage durch Argumente und nicht



durch Gewalt zu entschärfen. Diese Methode ist kein Allheilmittel und sollte immer in übergeordneten Prozessen eingebettet sein.

In der multikulturellen Situation der Gesellschaft ist die Interkulturelle Arbeit begründet, die das Ziel hat, Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammenzuführen und so ihr Verständnis füreinander zu schärfen, um so ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben zu fördern. Fremdendenfeindlichkeit und Vorurteile sollen über gegenseitige Kontakte abgebaut werden, die z.B. in Form von Jugendaustausch, Kulturveranstaltungen oder Stadtteilinitiativen vonstatten gehen können.. Obwohl sie in der Praxis oft auf Barrieren stößt, ist sie eine unverzichtbare Leitlinie für die pädagogische Arbeit.

Im Bereich der Bildungsarbeit nimmt die Politisch-Historische Bildung, mit dem Ziel der politischen Sensibilisierung und der Aufklärung über die Zeit des Dritten Reichs, einen zentralen Platz ein. Um Wissenslücken zu füllen, werden unterschiedliche Arbeitsformen praktiziert. Politische Unterrichtung erfolgt in unterrichtsähnlichen Settings bzw. Seminararbeit. Der Besuch von ehemaligen Konzentrationslagern und Gedenkstättenarbeit soll ein Gespür für aus der Vergangenheit resultierende Verantwortung für die Gegenwart und eine individuelle Betroffenheit erzeugen, sowie Aufklärungen erfolgen. „oral-history“- Projekte lassen die Jugendliche selbst z.B. durch Interviews mit Zeitzeugen, Archivarbeit und Fotodokumentationen die Geschichte erforschen. Die Stärken dieser Arbeitsformen liegen allesamt im präventiven Bereich und können bei Jugendlichen mit rechtsextemem Weltbild leicht kontraproduktive Wirkungen entfalten. So ist ein staatlich verordneter Antifaschismus nach DDR-Vorbild wenig hilfreich (vgl. Kap. 5.3.1).

Geschlechterspezifische Ansätze in Bezug auf Rechtsextremismus beziehen sich auf das Phänomen, dass das Problem in erster Linie bei Jungen und Männern zu finden ist. In einer präventiven Jungenarbeit sollten vorherrschend Männerrollen und männliche Identitätsbezüge in Frage gestellt werden und längerfristig geändert werden. Ihnen sollen alternative Vorstellungen von Männlichkeit vermittelt, Erfahrungen mit anderen Körperkonzepten nahe gebracht und ihre Beziehungsfähigkeit gefördert werden. Dabei müssen ständig auch die Interaktionsformen zwischen Jungen und Mädchen reflektiert sowie die Berücksichtigung von jungentypischen Ausdrucksformen von Aggression und Gewalt berücksichtigt werden. Gegebenenfalls sollten geschlechthomogene Gruppen organisiert werden. Anders als Jungen sind Mädchen in geringerem Maß und zum Teil auf andere Weise in

Rechtsextremismus verstrickt, so scheint auch Mädchenarbeit erforderlich zu sein. Hier wird eine Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen und Stereotypen in den Mittelpunkt zu stellen sein und weniger eine Beschäftigung mit traditionellen Weiblichkeitsvorstellungen. Der geschlechtsspezifische Ansatz hat sich in der Praxis bisher nur in Ansätzen durchgesetzt (vgl. Schubarth 2000, S.47f).

Weitere Handlungs- und Interventionsmethoden im Kampf gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen sind erlebnis-, abenteuer- und sportpädagogische Ansätze, freizeit- und kulturpädagogische Ansätze, Fan-Projekte, der Täter-Opfer-Ausgleich, gewalttherapeutische Ansätze oder Formen der Schulsozialarbeit (vgl. Möller 1996, S. 159-171). Diese vielfältigen Handlungsmöglichkeiten müssen in Zukunft besser in die praktische Jugendarbeit integriert werden, um wirkungsvoller gegen rechte Tendenzen unter Jugendlichen vorgehen zu können.

Es gab und gibt immer wieder Diskussionen über die Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Arbeit.

Kontroverse Diskussionen entfesselten sich in der Vergangenheit immer wieder an den Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Arbeit gegen Rechtsextremismus. Besonders die Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen stand hier im Mittelpunkt. Hier wurde über die Gefahr einer Sozialpädagogisierung des Problems und eine zu geringe Wirksamkeit moniert. Es wurde eine stärkere Politisierung des Problems gefordert, da Pädagogik politisches Handeln nicht ersetzen kann und die Gefahr einer Instrumentalisierung durch die Politik gebannt werden muss. Die Politik muss sich also ihrer Verantwortung stellen. Oft wird jede pädagogische Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen rigoros abgelehnt und allein auf die Mittel der Repression gesetzt. Kaum in die Kritik geraten sind die präventiven Maßnahmen der Pädagogik. Da diese selten direkt mit offen rechtsgerichteten Jugendlichen arbeiten, stehen sie auch nicht so sehr im Fokus. Alles in allem ist diese Diskussion über die Wirksamkeit pädagogischer Strategien nützlich, da sie den Blick für die Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Arbeit schärft und dadurch klar macht, dass Pädagogik nur eingebettet in vielschichtige gesellschaftliche Bemühungen, erfolgreich mit dem Phänomen Rechtsextremismus umgehen kann (vgl. Schubarth 2000, S.48).

#### **5.3.4 Schulische Konzepte**

Schule muss sowohl durch eine deutliche finanzielle Stärkung als auch durch eine inhaltliche Überarbeitung der Lehrpläne in die Lage versetzt werden, ihren Bil-

dungsauftrag wahrzunehmen. In diesem muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist. Dabei sollte Integration ein Querschnittsthema des Unterrichts sein, damit Migration nicht mehr nur im Kontext von Vorurteilen besetzt wird. „Kurz gesagt: Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wird eine an den Menschenrechten orientierte Bildung und Erziehung benötigt, die vermittelt, dass Menschenrechte universell sind und für alle Menschen gelten“ (Schubarth 2000, S.44).

Seit den neunziger Jahren wurde auch für die Institution Schule vermehrt nach Interventions- und Präventionsmöglichkeiten gesucht und dabei wurde erkannt, dass Lehrerinnen und Lehrer ihr Potential hier nicht genügend ausnutzen. Hier liegen die Möglichkeiten bei der Schule in erster Linie im präventiven Bereich, genauer im sozialen, demokratischen und interkulturellen Lernen. Folgende Handlungskonzepte lassen sich aus dieser Erkenntnis ableiten:

Erfahrungslernen in einer demokratischen Schulkultur bedeutet die aktive Einbeziehung der Schüler in die Gestaltung von Schule und Unterricht. Verbunden mit Programmen zum sozialen Lernen und Streitschlichtung, lernen Schüler hier „Verantwortung zu übernehmen, andere Meinungen zu achten, Kompromisse zu schließen und gewaltfreie Konfliktlösungen zu finden.“ (Schubarth 2000, S.44). So wird auf schulischer Ebene schon demokratisches Leben gefördert.

Durch gezielte Förderung politischer und ethischer Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenz, sollen jenseits von bloßen Belehrungen, Schule und ihrem Umfeld direkte Anregungen zum eigenen politischen Handeln gegeben werden. Neben dem Fachunterricht können Projektarbeit, Exkursionen und das Schulleben insgesamt ihren Beitrag leisten, um diese fächerübergreifende Aufgabe der politischen Bildung den Schülern nahe zu bringen.

Dabei sollen immunisierende Einsichten über Gesellschaft und Politik vermittelt werden, die den rechtsextremen Denkweisen widersprechen. Empathiefähigkeit, Rollendistanz, die Fähigkeit zum Erfassen von Uneindeutigkeiten und eine kommunikative Kompetenz.

Schule muss das Interkulturelle Lernen fördern, indem unterschiedliche Kulturen zusammengebracht werden. Gemeinsame Feste sind nur ein Weg neben der Beschäftigung mit anderen Ländern im Unterricht oder dem Anstreben eines Prädikats "Schule ohne Rassismus. Hierbei müssen immer auch problematische Erfahrungen berücksichtigt werden.

Dazu muss mit rechtsorientierten Schülern immer das Gespräch gesucht werden, indem die Rolle eines Widerparts übernommen wird, da es sonst zu einer Verfestigung eines rechtsextremen Weltbilds kommen kann. In der Sache darf nicht nachgegeben werden, es sollte jedoch immer persönlicher Respekt vermittelt werden.

Schließlich sollte das Sozialklima und die Lernkultur im Fokus stehen, z.B. über die Entwicklung von differenzierten Arrangement für Lernen und Erfahrung, zur Vermeidung von überhöhtem Leistungsdruck, sowie Ausgrenzung und Schulversagen. Voraussetzung ist das Entwickeln von sozialen Kompetenzen bei Schülern und Lehrern.

Auch das kooperative Lernen an Schulen sollte gefördert werden, um durch Thematisierung von Vorurteilen und dem gemeinsamen Erfahren von demokratischen Werten einen sinnlichen zu Zugang zum demokratischen Wertesystem zu vermitteln. Hierfür muss selbstverständlich auch die Lehreraus- und Lehrerweiterbildung angepasst werden, auch in Hinsicht des Unterrichtsstils, da ein Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und Autoritarismus besteht(vgl. Decker/Brähler 2006, S.169).

Eine „gute Schule“ mit Ich-starken Schülern ist die beste Prävention gegen Rechtsextremismus, da in ihrem Klima Menschenfeindlichkeit und Gewalt nur schwer gedeihen können, wenn die Schüler gelernt haben mit Konflikten partnerschaftlich umzugehen. Zur Kompensierung größerer Erziehungsdefizite ist Schule jedoch „auf Kooperation mit anderen Partnern wie Familie, Jugendhilfe, Vereine, Kommune usw. angewiesen (vgl. Schubarth 2000, S.45).

Ohne gesellschaftliches Engagement ist jede Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen nur von oberflächlicher Wirkung. Die Rahmenbedingungen hierfür werden im Anschluss erläutert.

## **5.4 Ebene der Gesellschaft**

### **5.4.1 Förderprogramme der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus**

Von 2001 bis 2006 wurde bundesweit das Aktionsprogramm "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus " mit den Projektteilen Entimon, Xenos und Civitas in Höhe von insgesamt 192 Millionen Euro aufgelegt. Dabei wurden 4500 Projekte, Initiativen und Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft gefördert. Zwei Zielrichtungen wurden

hierbei verfolgt. „Zum einen sollten Jugendliche, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wenden, soziale und professionelle Unterstützung erfahren; zum anderen sollten Jugendliche, die gefährdet sind, rechtsextreme Einstellungen oder Verhaltensweisen zu entwickeln, wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückgeholt werden“ (Frindte/Preiser 2007, S.33).

Die meisten Projekte wurden unter dem Dach von Entimon begleitet. Hier wurden 2540 Projekte mit einer Summe von 65,34 Millionen Euro gefördert. Schwerpunkt war hierbei das Einüben in Toleranz, Bekämpfung von Gewalt, Integration von und Migrant\*innen, Stärkung von Zivilcourage und Vermittlung von politischem Grundwissen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006). Ein Drittel der Projekte befanden sich in den ostdeutschen Bundesländern. Der Projektteil Civitas betreute 1680 lokale Projekte mit einem Finanzvolumen von 52,1 Millionen Euro, vor allem Mobile Beratungsteams, Opferberatungsstellen und Netzwerkstellen, ausschließlich in Ostdeutschland. Ziel war es die „Anerkennung, den Schutz und den Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten zu fördern. Entimon und Civitas wurden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, wohingegen das Projekt Xenos das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wurde. Hier sollten in praxisnahen Maßnahmen fremdenfeindliche, rassistische und diskriminierende Tendenzen in Schule Beruf und Arbeitswelt bekämpft werden. Die Fördersumme betrug 75 Millionen zusätzlich einer Kofinanzierung von 85 Millionen Euro durch den Europäischen Sozialfonds (vgl. Frindte/ Preiser 2007, S.34).

Inhaltlich lassen sich die geförderten Projekte fasst durchgehend der primären und sekundären Prävention zuordnen (vgl. Schubarth, 2000, 40-48). Um sekundäre Prävention. z.B. von CIVITAS wurden "Trainings gegen Gewalt und Rechtsextremismus für mehr Toleranz und Zivilcourage" gefördert, an denen jugendliche Straf- und Gewalttäter, allgemein aggressiv-verhaltensauffällige Jugendliche, aber auch Opfer (und potenzielle Opfer) von Gewalt teilnahmen (vgl. Lynen von Berg/ Palloks/ Steil 2004, S.126 ff). Auch Einzelprojekte, die der tertiären Prävention zuzurechnen sind, wurden gefördert. Dazu gehören alle Interventionsmaßnahmen, die sich direkt auf rechtsextreme Jugendliche (z.B. fremdenfeindliche Gewalttäter) richten. Hierzu zählt das ebenfalls von CIVITAS und vom Justizministerium des Freistaates Thüringen unterstützte "Aggressionsschwellentraining für rechtsextreme Gewaltstraftäter" Mit solchen Projekten konnten zivilgesellschaftliche Netzwer-

ke geschaffen werden, die auf Dauer gestellt werden müssten, weil sie die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, Rechtsextremisten entgegenzutreten.

### **Effekte**

In Angesicht des nahenden Projektendes 2006 kam es zu intensiven Diskussionen, ob eine Fortsetzung des Aktionsprogramms sinnvoll ist. Dabei kamen unterschiedliche Auffassungen über der Effizienz und der Effizienzkriterien der geförderten Projekte zum Vorschein. Zum Beispiel vertrat der CDU- Staatssekretär Ronald Pofalla die Ansicht, die Projekte wären ineffizient gewesen, da sie den Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern nicht verhindern konnten. Dagegen argumentierte der Bielefelder Rechtsextremismusforscher Wilhelm Heitmeyer, der unter anderem für die Evaluation von Civitas verantwortlich war, dass kurzfristige Projekte keine langfristigen ökonomischen Probleme beheben können (Vgl. Staudt 2006b).

Die Frage ist, wie sich die Effizienz des Aktionsprogramm und seiner möglichen Nachfolger einschließlich seiner Projekte am konkretesten messen lassen können. Können direkte Rückschlüsse aus Kriterien wie der Abnahme von rechtsextremer Gewalt, zurückgehende Wahlerfolge der NPD, Rückgang des rechtsextremen Einstellungspotential und der Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen Vereinigungen geschlossen werden?

In den Abschlussberichten spiegeln sich die Probleme mit derartigen Kriterien wider. Erschwerend kommt hinzu, dass bei den Projekten Entimon und Civitas ein Wechsel der wissenschaftliche Begleitung stattfand, was eine wirkungsvolle Evaluation einschränkte. Zu der genaueren Herangehensweise bei der Evaluation vgl. Frindte/ Preiser (2007, S.35f).

Probleme ergaben sich aus später eingesetzter wissenschaftlicher Begleitungen, der ungenauen Zieldefinition und den sehr unterschiedlichen Erfolgskriterien und Zielvorstellungen der Projekte. „Zusammengefasst und vielleicht etwas überspitzt ließe sich formulieren: Die sichtbaren Erfolge der bisherigen Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus halten sich in Grenzen. Zahlreiche Projekte standen bislang auf instabilem Fundament. Ihre Wirksamkeit war häufig weder theoretisch begründet noch empirisch überprüft.“ (vgl. Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz 2006)

### **Aktionsprogramm unter der großen Koalition**

Als Nachfolgeprojekt wurde unter der großen Koalition ein neues Aktionsprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie- gegen Rechtsextremismus. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ mit drei Schwerpunkten und einem jährlichen Gesamtvolumen von 19 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Zusätzlich waren fünf Millionen Euro für Beratungsmodelle gegen Rechtsextremismus vorgesehen. Also enthält das neue Aktionsprogramm insgesamt sechs Millionen Euro jährlich weniger als sein Vorgänger. Im ersten Schwerpunkt sollen durch die Gebietskörperschaften, z.B. Kommunen und Landkreise, initiierte „integrierte lokale Strategien“, die nach lokalen Aktionsplänen, das politische Engagement lokaler Akteure gegen Rechtsextremismus stärken. Überregionale Modellprojekte, die sich mit politischer Bildung und der Auseinandersetzung mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen befassen, bilden den zweiten Schwerpunkt. Im dritten Schwerpunkt geht es schließlich um die Evaluation und die Begleitung der Projekte. (vgl. Frindte/ Preiser 2007, S.35f).

Kritisch anzumerken ist insbesondere, dass die beschlossene Begrenzung der Finanzierung auf ein Drittel der Projektkosten viele Projekte mit dem Kampf um eine Kofinanzierung aufreibt. Weiterhin ist fraglich, ob die Ansiedelung der Lenkung der Projekte bei den Kommunen angesichts deren Neigung zur Verdrängung des Problems vor Ort eine gute Idee ist (Vgl. Staudt 2006b).

Da es im Interesse aller liegen sollte, dass das Geld sinnvoll und effizient eingesetzt wird, müssten für das neue Aktionsprogramm exakte Prozeduren und Kriterien für die Qualitätssicherung angewandt werden also Kriterien für die Entscheidung wie eine Förderung, bei der Umsetzung und bei der Wirksamkeitskontrolle umgesetzt werden kann. Die anstehende Auswertung am Ende des Jahres wird zu diesen Fragen hoffentlich befriedigende Antworten geben. Zu den Anforderungen an eine erfolgreiche Evaluation vergleiche (vgl. Frindte/ Preiser (2007, S.36)

Um eine hinreichende Qualitätssicherung bei geeigneten Projekten durchführen zu können, sind einige mögliche Probleme zu beachten, von denen im Folgenden einige kurz skizziert werden.

Zunächst ist die Komplexität der Ursachen für Rechtsextremismus zu beachten, was bedingt, dass Präventions- und Interventionsprojekte ebenfalls auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen müssen, speziell durch Vernetzung von beispielsweise Schule; Polizei, Sozialarbeit und Jugendhilfe.

Die spezifischen regionalen Bedingungen müssen in die Projektkonzeption mit einbezogen werden. Dies bezieht sich auf Risiko- und Schutzfaktoren sowie die involvierten lokalen Gruppen und Institutionen. Aus diesem Grund ist es nachvollziehbar, die Verantwortung auf die kommunale Ebene zu übertragen. Jedoch sind die Erfolgsaussichten für gelingende Qualitätssicherung und Evaluation sowie eine Übertragung der Erfahrungen auf andere Orte gering.

Es liegt auf der Hand, dass eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Projekte nicht zu erreichen ist, da Ziele und Zielgruppen teilweise stark voneinander abweichen. So richten sich einige Projekte direkt gegen rechte Gewalt, andere haben dagegen das Ziel, das demokratische Bewusstsein von Ehrenamtlichen zu fördern.

Schließlich muss es, bei allem Verständnis für die Wichtigkeit von Evaluationen, weiter möglich sein, innovative Projekte zu starten, ohne vorher alles genau abzuklopfen, da solche Projekte oft durch unverhältnismäßige Bürokratie ausgebremst werden. Dies soll jedoch nicht als Freifahrtschein für Aktionismus verstanden werden (vgl. Frindte/ Preiser 2007, S.37f).

### **Aktuelle Pläne**

Nach der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung sollen sich die Programme künftig nicht mehr nur mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzen, sondern sich mit Extremismus im allgemeinen beschäftigen, also auch für Linksextremismus und Islamismus zuständig sein. Dies gilt auch für die Arbeit des "Bündnisses für Demokratie und Toleranz", bisherige Aussteigerprogramme und den Fond für Opfer rechtsextremer Gewalt (vgl. CDU, CSU u. FDP 2009). Da zu befürchten, dass hiermit eine faktische Mittelreduzierung für den Kampf gegen Rechts einhergeht, kann vor den problematischen Signalen nur gewarnt werden. Ganz im Gegenteil sollten die Anstrengungen vielmehr nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch ausgeweitet werden.

Mit einer Verschiebung der Mittel wird, der Eindruck erweckt, dass alle drei Extremismusarten aktuell das gleiche Gefahrenpotential besitzen, hierfür lassen sich jedoch keine empirischen Nachweise aufführen, die die Veränderung der Maßnahme begründen könnten (vgl. Hafenerger u.a. 2009). Es gibt also keinen erkennbaren Grund, außer es wäre ein ideologischer, die Mittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in andere Bereiche zu transferieren.



Es erinnert zudem an die Denktradition des „Kalten Krieges“, wenn Links- und Rechtsextremismus undifferenziert in einen Topf geworfen werden. Ein Aufrechnen mit- und gegeneinander führt zwangsläufig zur Relativierung der im Zweifelsfall gefährlicheren Ausprägung. Da das Problem des Rechtsextremismus in den letzten Jahren nicht kleiner geworden ist, kann fast politische Ignoranz unterstellt werden (vgl. Hafenegger u.a. 2009).

Es ist anzunehmen, dass bei der geplanten Neuausrichtung der Programme ähnliche Instrumente (Beratung, Bildung, Projekte etc.) auf Linksextremismus und Islamismus angewandt werden sollen. Jedoch gibt es hierzu noch keine Präventions- und Interventionskonzepte, was bedeutet, dass erst mühsam neue Strukturen errichtet werden müssen, während Altbewährten die Luft wegbleibt und weg bricht. Die Folge wird sein, dass damit bisherige, über einen langen Zeitraum entwickelte Strukturen und Projekte, Ansätze und Initiativen aufgelöst und reduziert werden, Anlaufstellen ihre Arbeit beenden müssen, Hilfen eingestellt werden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit verlieren. Dies wäre ein entmutigendes Signal, gerade in Gegenden wo die Zivilgesellschaft zu nehmend in die Defensive gerät. Die Stimmen, die die Probleme vor Ort herunterspielen wollen, werden hingegen gestärkt. Auch bringen Programme gegen Linksextremismus und Islamismus gerade den strukturschwachen Gegenden im Osten überhaupt nichts.

Schließlich wird an rechtsextreme Szene, das fahrlässige Signal ausgesandt, dass sie wohl keine so grosse Gefahr die Demokratie sei. Durch diesen scheinbaren Zuwachs an Legitimität, fällt es eher vorsichtigen Menschen dann auch leichter sich offen zu einer rechtsextremen Einstellung zu bekennen (vgl. Hafenegger u.a. 2009).

Oft von der Förderung von Bundesprogrammen profitieren konnten Netzwerke vor Ort gegen Rechtsextremismus, die im nächsten Kapitel beschrieben werden.

#### **5.4.2 Netzwerke in Gemeinwesen**

Um sich wirkungsvoll gegen Rechtsextremismus zur Wehr zu setzen, haben sich zivilgesellschaftliche Bündnisse, die ein möglichst breites Spektrum an Strömungen zusammenbringen, als ungemein nützlich erwiesen. Diese sollten als Knotenpunkt alle existierenden Maßnahmen koordinieren und in der Lage sein, ergänzende Initiativen zu starten. Das Gemeinwesen soll dabei auf so stabile Füße gestellt werden, dass rechtsextreme Vereinnahmungsversuche nicht auf fruchtbaren Boden fallen können. Bevor sich diese Praxis durchsetzte, musste sich erst die

Erkenntnis breit machen, dass die Ursachen für das Phänomen Rechtsextremismus in der gesamten Breite der Gesellschaft zu finden sind, und deshalb die Lösungen nicht nur von einzelnen Initiativen, z.B. in der Jugendarbeit zu erwarten sind. Oft richten sich die Maßnahmen an Schulen, wobei, diese sich mit den Kompetenzen des Gemeinwesens verknüpfen. Wieder andere Ansätze wie die der Mobilien Beratungsteams – zum Teil auch der Opferberatung – arbeiten mit festen Ansprechpartnern in örtlichen Verwaltungen, begleiten z.B. Facharbeitskreise von Jugendarbeitern, überlegen gemeinsam mit Polizei und Ordnungsamt, unter welchen Bedingungen sich ganze Gemeinwesen gegen rechtsextreme Gefährdungen wehren können. „Eine Strategie gegen Rechtsextremismus ist nur noch als integriertes Konzept denkbar, in das Elemente der Sozialarbeit genauso einfließen wie Aspekte der Vernetzung und der Moderation von demokratischen Diskursen“ (Korgel 2009, S.252).

Das „Projekt Zivilgesellschaft“, so begrenzt seine Möglichkeiten auch immer waren, ist heute „nur“ ein, wenn auch sehr wichtiger Teil dieser Gesamtstrategie. Es gilt dem „Konzept der Angst“ verbunden mit dem Bestreben nach Normalisierung und Akzeptanz, welches die Rechtsextremisten verfolgen, etwas Stärkeres entgegenzusetzen, wobei sich auf erprobte und dokumentierte Praxismodelle bezogen werden kann, deren Übertragbarkeit möglich ist, sofern man sie nicht als Masterplan missversteht, sondern als Schritte auf dem Weg hin zu einem demokratischen Gemeinwesen begreift. Jedes Gemeinwesen muss seinen eigenen Weg finden. Zehn Faktoren lassen sich aus der Erfahrung für eine gelingende Vernetzung ableiten.

Zunächst muss die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Hier darf es anders als in der Vergangenheit nicht zu einem verengten Blick kommen, der Zivilgesellschaft nur als „Ziviles“ begreift. Zivilgesellschaft muss vielmehr alle „Umwelten mit einbeziehen, also auch die Schnittmenge zwischen Staat und Wirtschaft. Staatliche Einrichtungen, kommunale Politik und Verwaltung und lokale Wirtschaft müssen also feste Bestandteile sein. Die Bedingungen, die hierfür hilfreich sind, sind bei Korgel (2009, S.254) näher beschrieben worden.

Um unterschiedliche Akteure mit verschiedenen Vorstellungen integrieren zu können, ist es notwendig in integrierten Konzepten zu denken. (Korgel 2009, S.255) Damit soll ein zielloses Herumdoktern an einzelnen Projekten verhindert werden, ohne sie sie in einem Gesamtkontext zu sehen. „Lokale Aktionspläne“ (LAP) müs-

sen immer nach folgenden Gesichtspunkten aufgestellt werden: Die Problemlage, demokratische Grundsätze, Positionierung und die Ressourcen des Gemeinwesens, eine Liste der Ziele, die den Problemfaktoren zuzuordnen sind sowie Maßnahmen und Qualitätskriterien, die sich an eine eventuelle Mittelvergabe orientieren können.

Dabei dürfen die Projekte nicht nur in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt sein, sondern sollten auch Opfergruppen zugewandt sein. Ebenso ist es ein wertvolles Signal, wenn sich einige der Maßnahmen auf die Veränderung von Verwaltung und sonstiger öffentlicher Institutionen beziehen (Korgel 2009, S.256). Da sich Rechtsextremisten längst für Beteiligung und Partizipation auf kommunaler Ebene interessieren, müssen Netzwerke die Beteiligung von Bürgern immer ernst nehmen, um Rechtsextremisten über Bürgerinitiativen, Arbeitseinsätzen für das Gemeinwohl oder Diskussionsrunden nicht den Weg in die Mitte der Gesellschaft zu ebnet. Dabei ist es der falsche Weg, Handlungsmöglichkeiten einzugrenzen, da dies alle Bevölkerungsgruppen betreffen würde. Vielmehr müssen Partizipationsstrukturen gefördert werden und damit die Teilhabe der Bürger mit wirklichen Entscheidungsspielraum.

Eine Verwaltung kann eine solche Partizipationskultur mit bestimmten strukturell-organisatorischen Maßnahmen unterstützen, die bei Kogel (vgl. 2009 S. 258f) näher vorgestellt werden.

Da Schulen und Kitas Integrationszentren schlechthin darstellen, müssen sie als Lernorte für demokratische Praxis gestaltet werden, einerseits weil sie vor allem in Großstädten für Einwanderer über ihre Kinder ein wichtiger Anlaufpunkt sein können, andererseits bieten sie die Chance gerade im ländlichen Raum trotz oder gerade wegen Standortschließungen, zu einem Zentrum für die Konzentration von Leistungen, Sozialen Diensten und kulturellen Angeboten zu werden. Dadurch werden sie zum wichtigen Partner der demokratischen Zivilgesellschaft. Von der gelebten Partizipation profitieren die Schülerinnen und Schüler, aber auch Angebote der Jugendarbeit und andere Netzwerkpartner, sowie die Zivilgesellschaft als ganzes (vgl. Korgel 2009, S.260, Kap. 5.3.4).

Die Bürgerbündnisse als kritisches Korrektiv zu nutzen ist eine weitere Chance einer Kommune. "Auch wenn einzelne politische Forderungen unbequem sein mögen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tun gut daran, dieses Potenzial

anzuerkennen und durch öffentliche Wertschätzung für weiteres Engagement zu motivieren“ (vgl. Korgel 2009, S.261).

Gerade aus ihrer teilweise recht chaotischen Natur entwickelt sich eine Vitalität, die das Potenzial hat, die Maßnahmen von Politik und Verwaltung kritisch zu begleiten, zügige Interventionen zu initiieren, aber auch langfristige Strategien in Kommunen durchzusetzen, wobei von der Verwaltung auch unrealistische Vorschläge, nicht sofort zurückgewiesen werden sollten, sondern als Denkanstöße auf dem Weg zu einer optimalen Strategie gewertet werden sollten (vgl. Korgel 2009, S.260f).

Um Kompetenzen in Fachnetzwerken zusammenzubringen, ist es ratsam, dass Verwaltungen, dass kommunale Verwaltungen über eigens abgestellte Mitarbeiter moderierend die Prozesse begleiten, ohne freilich dabei kontroverse Diskussionen abzuwürgen. Wenn eine Kultur der Kooperation und Offenheit, aber auch der Verbindlichkeit und Effizienz herrscht, ist der Mehrwert für alle Beteiligten beträchtlich (Korgel 2009, S.261f).

Für die beträchtlichen Aufgaben vor denen Netzwerke im Kampf gegen Rechtsextremismus stehen, erfordern ein professionelles Management in Hinsicht auf Organisationen, Prozesse und Veränderungen. Hierfür wird ein professioneller Koordinator benötigt, der möglichst wenig Eigeninteressen mitbringen sollte.

Das Interesse von Wirtschaftsunternehmen an Gewinnmaximierung darf nicht außer Acht gelassen werden, vielmehr sollten die Interessen von Wirtschaftsunternehmen und –verbänden für die Netzwerkarbeit genutzt werden. Voraussetzungen für ein „freundlichen Investitionsklimas“ und eines „freien Austauschs von Ideen und Waren“ kann positiv als „Standortvorteile“ in einen Entwicklungsprozess zu einem demokratischen Gemeinwesen integriert werden. Außerdem können Unternehmen durch Betriebsvereinbarungen, Mitarbeit in Gremien, Betonung von Vielfalt als Chance oder interkulturelle Öffnung in ihren Unternehmen ein demokratisches Klima fördern. Insbesondere der Einzelhandel ist in der Lage durch Initiativen öffentlichkeitswirksame Signale zu senden(vgl. Korgel 2009, S.262f).

S. 263:Im Auge behalten muss ebenso, die Situation der Migranten vor Ort. In wie weit sind sie Integriert? Liegt Diskriminierung vor? Können sie sich ohne Angst in der Öffentlichkeit bewegen? Nehmen sie am Vereinsleben teil? Diese und ähnliche Fragen müssen gestellt und ehrlich, ohne Angst um den Ruf einer Kommune, beantwortet werden. Dabei darf die Kritik von Initiativen nicht ignoriert werden. Als

nächster Schritt müssen die festgestellten Missstände natürlich abgebaut werden. Dabei ist es z.B. ratsam, Menschen mit Migrationshintergrund in öffentlichen Verwaltungen einzustellen, um zumindest an dieser Stelle bestehende Hemmschwellen abzubauen, und hier das Verständnis für Integrationsprobleme und mögliche Diskriminierung zu schärfen(vgl. Korgel 2009, S.263).

Natürlich ist es auch erforderlich an einer (Re-) Demokratisierung öffentlicher Räume und an Strategien gegen „Angsträume“ zu arbeiten. Über ihre Strategie der Angst, versuchen Rechtsextremisten den freien Meinungs austausch einzugrenzen, womit eines der zentralen Elemente der Demokratie beschnitten wird, um so ein Klima zu schaffen, in dem ihnen kein Widerstand entgegengebracht wird. Dies geschieht so subtil, dass „unpolitische“ Menschen dies oft gar nicht wahrnehmen, für potentielle Opfer wird das Leben aber oft unerträglich. Diese Vertreibung der demokratischen Zivilgesellschaft muss ernst genommen werden. „Eine wichtige Aufgabe bei der Einschränkung von Angsträumen ist daher die Organisation von Kommunikation mit dem Ziel der Sensibilisierung.“ So können Partnerschaften für Angsträume übernommen werden, z.B. durch Gewerbetreibende oder Taxifahrer sensibilisiert werden, Auffälligkeiten zu melden. Unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Akteure können Notfallpläne entwickelt werden, wie bei weiterer Zuspitzung der Lage zu reagieren sei(Korgel 2009, S.264).

Dabei können Plakataktionen oder das Organisieren von thematischen Kulturveranstaltungen und Festen, wertvolle Signale aussenden, um sich kritische Räume zurückzuerobern. Wichtig ist, dass die Kommunalpolitik diese Aktionen unterstützt. „Die soziale Ächtung rechtsextremer Handlungen und menschenfeindlichen Denkens ist in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus möglicherweise das wirksamste Mittel ziviler Gesellschaften.“ Genauerer zu möglichen Zielen einer demokratischen Wiederaneignung so genannter Angstzonen findest sich bei Korgel (2009, S.265)

### **5.4.3 Medien**

Die Medien müssen sich Leitlinien setzen, um im Kampf gegen Rechtsextremismus als andauerndes Gefährdungspotential für die Zivilgesellschaft eine konstruktive Rolle einnehmen zu können.

„Differenziertheit und Konstanz sind keine Vokabeln, die den medialen und politischen Umgang mit Rechtsextremismus in den vergangenen Jahrzehnten be-

schreiben“ (Schellenberg 2005, S40). Weder in den Medien noch in der Politik spiegelt sich die konstante Bedrohung durch den Rechtsextremismus für die Gesellschaft. Es ist keine einheitliche Strategie erkennbar ihm zu begegnen. Es gibt durchaus Momente, in denen intensiv über Rechtsextremismus berichtet wird, nur sind diese meist von Nervosität und Hektik geprägt und von relativ kurzer Dauer. Ähnlich verhält es sich mit der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema (vgl. Weiß/ Spallek, 2002, S. 17f).

So gab es in der Zeit nach der Wiedervereinigung immer wieder intensive Phasen der Thematisierung, die von längeren „Sendepausen“ unterbrochen wurden. Sie wurden zum Beispiel ausgelöst durch den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen; den ersten Einzug der DVU in ein Landesparlament 1998 in Sachsen-Anhalt oder 2000 auf die Brandanschläge auf einen S-Bahnhof in Düsseldorf und eine Synagoge in Lübeck (vgl. Oemichen/ Horn/ Mosler 2005, S.146-207, vgl. Hartmann/ Schellenberg Gütersloh 2005, S. 16 - 41 und ebd., S. 95 – 98). Dabei sind die Ereignislage und das tatsächliche Gefahrenpotential des Rechtsextremismus nicht allein ausschlaggebend für die Art und den Umfang der Berichterstattung, diese werden vielmehr maßgeblich durch spezielle Schlüsselreize, wie besonders grausame Straftaten oder große Wahlerfolge bestimmt. Auch kann ein Klima politischer Offenheit für dessen Thematisierung und individuelles journalistisches Engagement zu einer breiteren Berichterstattung führen. Daraus ergibt sich, dass sich die Berichterstattung nicht in Wellenlinien bewegt, sondern vielmehr plötzlich hochschnellt und danach wieder langsam abflacht (in erster Linie bei den oben erwähnten Schlüsselreizen).

„Um die Kontinuität der Berichterstattung zu stärken, ist es sinnvoll, die Spezialisierung von Journalisten zu fördern, das Fachwissen zu gesellschaftspolitischen Zusammenhängen (Demokratie und Menschenrechte, Erosion des Wertekonsenses) in Redaktionen zu vertiefen sowie den Zeitdruck abzubauen, um so eine sorgfältige Recherche zu ermöglichen.“ (Schellenberg 2005, S40)

Der Grundsatz Auseinandersetzung statt Ausgrenzung sollte als zentrales Leitmotiv der Berichterstattung voran gestellt werden. Nach den Wahlerfolgen der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg, zeigten sich viele Journalisten so überrascht, dass sie zu heftigen, aber auch kontraproduktiven Reaktionen, auch von Politikern, geführt haben. So verließen während der ARD/ZDF- Wahlberichterstattung die Vertreter der demokratischen Parteien demonstrativ das Studio, als der

spätere NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel zu Wort kam. Viele Journalisten schnitten den Vertretern der rechten Parteien das Wort ab oder versuchten sie auf andere Art verbal auszugrenzen, oft von einer demonstrativ moralisch überhöhten Warte aus. So erzeugt man Märtyrer. Den Zuschauern bot sich so ein verheerendes Bild. „Eine kompetente Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Thema fand nicht statt. Die Medien sind in dieser Situation weder ihrer Aufklärer- noch ihrer Chronistenrolle nachgekommen“ (Schellenberg 2005, S41). Notwendig ist eine offensiv inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut ohne auszugrenzen. Über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit muss kompetent aufgeklärt werden, ohne dabei auszugrenzen. Dafür müssen sich die Medienvertreter mit den „Argumentationsstrategien und Perspektiven der jeweiligen Parteien differenziert und kritisch auseinanderzusetzen oder zumindest kompetente Gesprächspartner einzuladen“ (Schellenberg 2005, S41). Dies erfordert regelmäßige Schulungen für politische Journalisten, um rechtsextremistischen Gedankengut erfolgreich entgegenzutreten zu können. So kann man den Rechten schaden, denn durch Ausgrenzung nutzt man ihnen nur.

Die Wirkungen der Berichterstattung sind immer zu reflektieren, dazu Stereotype vermieden werden. Unterschiedliche Rezipientengruppen (Rechtsaffine, Rechtsambivalente und Rechtsdistanzierte) nehmen die Berichterstattung über den Rechtsextremismus unterschiedlich auf. Die Reaktionen reichen von ausländerfeindlicher Wut über Angst vor rechtsextremer Gewalt bis hin zu Ohnmachtsgefühlen. Journalisten müssen sich deshalb immer bewusst sein, dass jeder journalistische Beitrag auf unterschiedliche Gruppen verschiedene Wirkungen entfalten kann. Dies muss im Vorfeld ebenso beachtet werden wie die Wahl des Formats, welches für die Nachricht angemessen ist. Soll ein knappes Abbild eines Ereignisses dargestellt werden, oder eher eine Einbettung in abstrakte Zusammenhänge, um gesellschaftliche Rahmenbedingungen, besser darstellen zu können? (vgl. Schellenberg 2005, S42)

Eine moderate Emotionalisierung kann (vgl. Oehmichen/ Horn/ Mosler 2005, S. 194ff.;;) durchaus sinnvoll und notwendig sein um beispielsweise über eine Identifikation mit Opfern eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema herbeizuführen, solange es nicht zu einer emotionalen Überwältigung führt. Eine unbewusste Einbringung der eigenen Position des Journalisten sollte vermieden werden, um dem

Zuschauer nicht das Gefühl zu geben, dass er seine eigenen Schlüsse zieht. (vgl. Oehmichen/ Horn/ Mosler 2005, S.204 f)

Gerade in kurzen Berichten sollte auf Stereotype, wie die Einblendung von Springerstiefeln verzichtet werden, zu vermeiden, da diese das Thema unzulässig verkürzen. Auch können durch Musik und Effekte Berichte überfrachtet werden, oder gar bei den Zuschauern Ängste und Ohnmachtsgefühle auslösen. Ein behutsamer Umgang mit authentischen und Archivbildern, die zu kennzeichnen sind, ist deshalb außerordentlich wichtig.

Verschiedene Studien weisen auf die Gefahr von Nachahmungseffekten in Hinsicht auf Gewalt hin, die durch starke mediale Aufmerksamkeit verursacht wurde. So nach den Anschlägen in Rostock-Lichtenhagen 1992, in deren Folge ein Anstieg festgestellt werden konnte (vgl. Ohlemacher, 1999, S. 53-68). Besonders stark visuell aufgebaute Berichterstattung lädt zur Nachahmung ein. Die Reizschwelle wird herabgesetzt. Auch von fiktionalen Filmen geht eine hohe Nachahmungsgefahr aus. So richteten sich die Täter bei der Ermordung eines Jugendlichen in Potzlow (Brandenburg) direkt nach dem, im Film „American History X“, gezeigten so genannten Bordsteinkick (vgl. Schellenberg 2005, S42). Obwohl sich der Film eindeutig gegen Gewalt und Rechtsextremismus richtet, überwogen in diesem Fall seine drastischen Bilder. Daraus ist herzuleiten, dass eine inhaltliche und ursächliche Auseinandersetzung mit Gewalt unter Einbeziehung der Opferperspektive, immer einer, wenn auch und vielmehr gerade, realistischen, visuellen Bearbeitung vorzuziehen ist.

Viel stärker sollte der „gesellschaftlich akzeptierte und etablierte Rechtsextremismus, der so genannte "Rechtsextremismus im Nadelstreifen" und der Alltagsrassismus“ (Schellenberg 2005, S43) ins Auge gefasst werden, um den Zuschauer besser mit rechtsextremistischen Tendenzen vor seiner eigenen Haustür und dem Zusammenhang mit den durch die Medien vermittelten extremen Auswüchsen zu sensibilisieren(vgl. Oehmichen/ Horn/ Mosler 2005, S.203f).

Eine ausgewogene Berichterstattung muss „facettenreich sein, ohne zu entpolitizieren. Um den durch Rechtsextreme geäußerten Manipulationsverdacht gegenüber den Medien zu entkräften, ist eine realitätsgetreue Darstellung geboten. Dabei sollten immer mehrere Perspektiven ausgeleuchtet werden. Sowohl Sichtweisen von Rechtsextremen oder ihnen nahe stehenden Personen sollten gezeigt und hinterfragt werden, als auch die von Opfern, Experten, Politikern und des so-



zialen wie politischen Umfelds“ (Schellenberg 2005, S43). Dies kann sogar bei rechtsextrem orientierten Zuschauern ein Nachdenken und eine daraus resultierende Sensibilisierung auslösen ohne, dass sie sich manipuliert fühlen. Allerdings müssen rechtsextreme und fremdenfeindliche Äußerungen immer kritisch reflektiert werden, um einer schleichenden Bestätigung entgegenzuwirken.

Um dem zentralen Baustein des Rechtsextremismus, nämlich Fremdenfeindlichkeit, entgegenzuwirken, ist eine verantwortungsvolle, an der Realität ausgerichtete Berichterstattung über das Thema Ausländer/Migration unerlässlich. Hier kommt es noch zu häufig zu einer verallgemeinernden Überspitzung. Das Augenmerk wird oft zu sehr auf Kriminalität, fehlende Integration und extremistische Tendenzen gelegt. Auch populistische Politikeräußerungen und Begriffe wie „Asylantenflut“ schüren unnötig ein fremdenfeindliches Klima. Der normale, in die Gesellschaft integrierte Ausländer wird medial von vielen Zuschauern kaum wahrgenommen.

Zuschauer, die sich der "rechten Mitte" mit "gesundem Nationalstolz" zugehörig fühlen, reagieren bei den Themen Ausländer, Migration und Fremdenfeindlichkeit stark emotional, wobei sie den öffentlich-rechtlichen Sendern vielfach eine Verharmlosung der "Ausländerproblematik" vorwerfen und negative Stellungnahmen über Migranten begrüßen“ (Oehmichen/ Horn/ Mosler 2005, S. 198, vgl. Jäger, 2000, S. 207 - 216).

Der gemeinsame Lebensalltag von Einheimischen und Zugewanderten wird immer noch zu wenig als etwas Selbstverständliches dargestellt. Auffällig ist, dass, verglichen mit ihrem statistischen Anteil an der Gesamtbevölkerung- fremd erscheinende Gruppen in der Berichterstattung deutlich überrepräsentiert auftauchen, wobei oft bestimmte den Ausländern zugeschriebene Eigenschaften als ursächlich für das "Ausländerproblem" vermittelt werden.

Die Medien müssen ein Konzept entwickeln, „das Einwanderung und Einwanderer grundsätzlich anerkennt, akzeptiert und begrüßt“ (Schellenberg 2005, S44). Beispielsweise indem über die "Normalität" des Lebens von Migranten und Ausländern in Deutschland berichtet wird, ohne freilich die negativen Aspekte auszuklammern, um so ein differenziertes Bild in den Köpfen der Zuschauer zu fördern. Wenn sie es schaffen bewusst mit den Gefahren und Chancen unserer Informationsgesellschaft umzugehen, können die Medien ihrer Rolle als „vierte Gewalt“ für die Zivilgesellschaft in noch konstruktiverer Weise als bisher nachkommen.

## 6 Fazit

Obwohl der Begriff Rechtsextremismus umstritten ist, und es bis heute nicht gelungen ist eine einheitliche Definition zu finden, hat er sich über die Zeit zu der besten Umschreibung einer Ideologie herauskristalliert, die wie keine zweite die Zivilgesellschaft in Frage stellt. Eine genaue Abgrenzung zu häufig synonym gebrauchten verwandten Begriffen, zu nennen ist hier exemplarisch der Begriff Rechtsradikalismus, ist in der fachlichen und politischen Diskussion unersetzlich.

Bei der Betrachtung des Wesen des Rechtsextremismus kommt zum Vorschein, dass es eine Fülle von Ursachen gibt, aus denen unterschiedliche Qualitäten von rechtsextremen Einstellungen folgen können, die wiederum in verschiedene Stufen von Verhaltensweisen münden. Vom Spruch am „Stammtisch“, über die Protestwahl, über Mitarbeit in Organisationen bis hin zu Straftaten reicht hier die Spanne. Angesichts der demographisch nachgewiesenen Verbreitung rechtsextremer Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft, ist dies nicht weiter verwunderlich.

Der organisierte Rechtsextremismus präsentiert sich in erster Linie in Form von Parteien. Von den drei etablierten schwächeln zwei. Während es den Republikanern nicht gelingt mit ihrer zunehmend gemäßigten Variante eines Nationalkonservatismus bei den Wählern zu punkten, rächt es sich für die DVU, das sie den Ruf hat, nur eine Werbeplattform für die einschlägigen Publikationen ihres Übervaters Frey zu sein. Zudem wirken ihre eher blamablen Auftritte in den Parlamenten abschreckend, gerade auch für ungebunden Nationalisten, die nach einem Dach zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele suchen. Hierfür bietet sich die NPD durch ihre Neuausrichtung geradezu an. Dabei spielt das Konzept der National befreiten Zone eine entscheidende Rolle, gerade auch in der Zusammenarbeit mit den, als Antwort auf staatliche Repressionen, niedrigschwellig organisierten, Kameradschaften. Gerade in den strukturschwachen Gegenden im Osten der Republik konnten mit dieser Strategie Erfolge gefeiert werden. Auch wenn es noch keine National befreiten Zonen in Reinform gibt, haben es Menschen, die sich offen gegen rechtsextreme Strukturen wenden oder aus anderen Dingen nicht in das völkische Weltbild passen, mancherorts schwer, da sie Einschüchterungen, Drohungen und sogar Gewalt ausgesetzt sind und kaum Rückendeckung aus der Gesellschaft erhalten.

Vieles deutet daraufhin hin, dass viele Wurzeln für den spezifischen Ost-Rechtsextremismus bereits zu DDR-Zeiten gelegt wurde. Ein an den Realitäten

vorbeikonzipierter Antifaschismus, eine Überbetonung der Nation und ein weitgehend von Isolation geprägter Umgang mit Ausländern sorgte dafür, dass Rechtsextremismus hier leichter zum Mainstream werden konnte, ohne dass sich freilich das Einstellungspotential grundsätzlich von dem im Westen unterschied. Vielmehr war die Bereitschaft aus Protest rechte Parteien zu wählen, schon deshalb höher, weil die Bindung zum gemäßigten politischen Lager nicht so ausgeprägt war und die Marktwirtschaft für viele Menschen, gemessen an ihren Leben vor der Wende, subjektiv eine Verschlechterung ihrer Situation bedeutete. Zusammen mit der Neuausrichtung des organisierten Rechtsextremismus, der geschickt auf die Sorgen im Osten einging sind dies die Faktoren, die bis heute das Thema in der Diskussion halten.

Der Rechtsextremismus muss von der Politik offensiv als gesellschaftspolitische Herausforderung angenommen werden. Dazu gehört die kompetente Auseinandersetzung mit sozialen Problemlagen, die Rechtsextreme aufgreifen, aber auch die Auseinandersetzung mit den Argumentationsstrategien der Rechtsextremen. Mindestens genauso wichtig ist die gezielte Förderung der demokratischen, auf Toleranz gründenden politischen Kultur. Daher sind Strategien zur Etablierung und Festigung eines demokratischen Wertekonsenses, z.B. in Anlehnung an das Grundgesetz, essentiell. Darüber hinaus ist eine demokratische Bearbeitung brisanter Themen (wie Einwanderung, Islam/Islamismus, Arbeitslosigkeit) in der Politik notwendig. Politisches und soziales Engagement muss sich aber auch auf die ökonomischen Rahmenbedingungen beziehen, die sich als anfällig für rechtsextreme Orientierungen erweisen. Es besteht Handlungsbedarf bezüglich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ebenso wie der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik.

Es ist die Pflicht der Justiz und der Polizei, den demokratischen Staat und seine Bürger vor Rechtsextremismus schützen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine ganze Reihe juristischer Möglichkeiten, rechtsextreme Aktivitäten zu erschweren. Durch rasches und konsequentes Handeln kann aber die rechtsextreme Szene lediglich eingeschüchtert werden um Schlimmeres abwenden. Polizei und Justiz sind jedoch nicht in der Lage, noch kann es ihre Aufgabe sein, die Herausbildung rechtsextremer Gewaltszenen auf lokaler Ebene und erst recht nicht die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen zu verhindern. Vielmehr haben sie zu der Herausbildung loser Strukturen beigetragen und damit die abnehmende Fass-

barkeit durch staatliche Intervention befördert. Dennoch: Verbote von Demonstrationen (etwa an bestimmten Orten) werden diskutiert und durchgesetzt und auch das, bislang gescheiterte, Verbot der NPD prägt weiterhin die Debatte.

Emotionale Ausgeglichenheit, die Fähigkeit sich in die Perspektive anderer zu versetzen, ein angemessenes Selbstwertgefühl, Konfliktfähigkeit, Offenheit und Neugier sind Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche gegen Rechtsextremismus wappnen. Zentral ist die frühe, kontinuierliche und möglichst individuelle Förderung dieser sozialen und emotionalen Kompetenzen.

Institutionen wie Kindertagesstätten, Schulen und Jugendclubs können sehr viel zu der Herausbildung und Entwicklung sozialer und emotionaler Kompetenzen beitragen. Die Reform der Bildungsinstitutionen, die zum Teil bereits angegangen wird, muss sich auf die Unterrichtsgestaltung, die Organisationsentwicklung und das pädagogische Personal beziehen. Das Bildungskonzept sollte sich an Werten wie Toleranz, den Menschenrechten und Vielfalt orientieren und zum Ziel haben, eine demokratische, partizipative und motivierende Lern- und Schulkultur zu entfalten.

Durch den Ausbau der Ganztagschule können intensivere Kooperationen zwischen Jugendhilfe, Schulsozialarbeit und Schule ermöglicht werden, womit stärkere Präventions- und Interventionswirkungen entfaltet werden könnten. Auch Projekte der außerschulischen Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ließen sich sinnvoll in den schulischen Kontext einbinden.

Das lokale Gemeinwesen ist ein zentraler Ort für direkte, identitätsstabilisierende Integrationserfahrungen. Die individuelle Erfahrung mit anderen teilen zu können und das eigene Umfeld mitzugestalten, ist eine wichtige und positive Demokratieerfahrung. Eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft erweist sich als bedeutsamer Pfeiler einer offenen, toleranten Gemeinde.

Die Kommune – ihre Handlungsbereitschaft und ihr Selbstverständnis – kann bedeutend für die Herausbildung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungs- und Verhaltensmuster sein. Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, sowie ein klares öffentliches Eintreten für Vielfalt und Toleranz senden deutliche Signale gegen Rechtsextremismus und Intoleranz. Kommunale Präventionsgremien, runde Tische, lokale Bündnisse für Toleranz und Demokratie sind Beispiele für Strategien auf dieser Ebene, die zu einer offenen und toleranten politischen Kultur beitragen können. Besonders Erfolg verspre-

chend für eine nachhaltige und langfristige Verankerung der Arbeit gegen Rechts ist eine funktionierende Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Gemeinden.

Als problematisch erweisen sich Kommunen die nicht kooperieren, sowie Gegenden, und das trifft vor allem auf Teile Ostdeutschlands zu, in denen kein demokratisches, zivilgesellschaftliches Engagement vorhanden ist. Der Abbau staatlicher Angebote wirkt vor allem hier verheerend. Rechtsextremisten stoßen erfolgreich in diese Lücke: Ihre Aktivitäten stellen häufig die einzigen Freizeitangebote für Jugendliche dar. Hier müssen Bemühungen mit langfristigen Konzepten ansetzen.

Die Medien beeinflussen wesentlich die öffentliche Debatte zu brisanten Themen wie Integration, Toleranz und soziale Gerechtigkeit. Probleme sollten bei der Thematisierung des Rechtsextremismus eine wichtige Rolle spielen. Jedoch bedingt der Visualisierungs-, Dramatisierungs- und Quotendruck oft eine mangelnder Ausleuchtung von Hintergründen und ein Übergewicht an ereignisorientierter und tagespolitischer Berichterstattung. Wichtig ist eine informative, aufklärende und präventive Thematisierung: Medien und Öffentlichkeitsarbeit können jedoch einen Beitrag leisten, die demokratische Gesellschaft aktiv zu gestalten, indem sie selbst Position für eine plurale, demokratische Gesellschaft beziehen.

Es gibt also ein vielfältiges Repertoire an Interventionsmöglichkeiten gegen rechtsextreme Strömungen in der Gesellschaft und die Erklärungsansätze für ihre Entstehung sind auf einen so Niveau, dass ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn nur noch in Feinheiten liegen kann. Für Politik und Gesellschaft geht es jetzt darum, diese vielfältigen Handlungsempfehlungen konsequent umzusetzen. Hierfür müssen Anreize und Unterstützung bereitgestellt, aber auch, beispielsweise bei einer Verdrängung des Problems vor Ort, gegebenenfalls Druck aufgebaut werden. Voraussetzung ist eine befriedigende Ausstattung mit finanziellen Mitteln, um eine kontinuierliche und damit auch effiziente Arbeit zu ermöglichen. Eine, wie jüngst stattgefunden, Diskussion über eine Umverteilung der Mittel zu Ungunsten von Projekten gegen Rechtsextremismus, hat gerade für die Arbeit in Gegenden mit einer unzureichend entwickelten Zivilgesellschaft verheerende Folgen, da sie zur Entmutigung beiträgt. Zudem denken die meisten Maßnahmen die Prävention gegen extremistische Tendenzen allgemein mit, indem sie das zivile Miteinander und eine demokratische Gesinnung als die Grundpfeiler einer freiheitlichen Gesellschaft vermitteln.

## 7 Quellenverzeichnis

- Apfel, Holger: Das strategische Konzept der NPD. In: ders. (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm- Tradition und Zukunft einer nationalen Partei- 35 Jahre NPD - 30 Jahre JN. Stuttgart 1999
- Backes, Otto: Die Strafjustiz im Dilemma- Zwischen Verschärfung und Verharmlosung rechtsextremistischer Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt 1994. S.366-382
- Backes, Uwe (Hrsg.): Rechtsextremistische Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln u.a. 2003
- Backes, Uwe/ Jesse, Eckhard: Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden 2005
- Baier, Lothar: Xenophobie- Antirassismus in der Krise. In: ders.(Hrsg.): Die verleugnete Utopie- Zeitkritische Texte. Berlin 1993
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986
- Beier, Katarina u.a.: NPD in den Kommunalen Parlamenten von MV. Greifswald 2006
- Birsl, Ursula: Rechtsextremismus. Weiblich-männlich? Eine Fallstudie zu geschlechterspezifischen Lebensverläufen, Handlungsspielräumen und Orientierungsweisen. Opladen 1994
- Böhnisch, Lothar / Fritz, Karsten / Seifert, Thomas (Hrsg.): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt- Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven, Band 2. Münster 1997

- Breyvogel, Wilfried: Die neue Gewalt Jugendlicher gegen Fremde 1990-1993- Zur Kritik der Arbeiten des „Bielfelder Erklärungsansatzes“. In Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau.1994, H. 29, S.3-17
- Brodkorb, Mathias/ Schmidt Thomas: Gibt es einen modernern Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2002
- Brodkorb, Mathias: Metamorphosen von Rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus. Münster 2003
- Brodkorb, Mathias, Schlotmann, Volker(Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2008
- Brosius, Hans-Bernd/ Esser, Frank: Eskalation durch Berichterstattung- Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. Opladen 1996
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus", Berlin 2006, URL: [http://www.entimon.de/content/e28/e45/e826/Abschlussbericht\\_\\_zum\\_Aktionsprogramm.pdf](http://www.entimon.de/content/e28/e45/e826/Abschlussbericht__zum_Aktionsprogramm.pdf)
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin 2009, S. 52-139
- Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz: Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006 URL: <http://www.bmj.bund.de/files/-/1481/PSB.pdf>
- Busche-Baumann, Maria: Rechtsextremismus und die Presse. Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Berichterstattung über den ostdeutschen Rechtsextremismus in den Tageszeitungen Berliner Zeitung und Sächsische Zeitung. Hildesheim u.a. 1994

- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt – Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt 1996
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus. Freiburg 2002
- CDU, CSU u. FDP: Koalitionsvertrag- 17 Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, Berlin 2009, URL: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091024-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>
- Decker, Oliver/ Brähler; Elmar: Bewegung in der Mitte- Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin 2008
- Decker, Oliver/ Brähler; Elmar: Vom Rand zur Mitte-Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006
- Deutsches Jugendinstitut: Jugend und Rechtsextremismus in Deutschland- Literaturreport. München 1998
- Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode: Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung. Drucksache 16/1780 vom 8.6.2006. URL:[http://baer.rewi.hu-berlin.de/w/files/lbadg.../agg\\_16\\_17\\_80.pdf](http://baer.rewi.hu-berlin.de/w/files/lbadg.../agg_16_17_80.pdf)
- Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Hrsg.): Maßnahmen der Länder gegen Rechtsextremismus. Speyer 2001, S. 79
- Dubbiel, Helmut: Das Gespenst des Populismus. In: Dubbiel, Helmut(Hrsg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M 1986; S.43-51
- Eilders, Christiane: Nachrichtenfaktoren und Rezeption- Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information. Opladen 1997



Europarat: EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:328:0055:0058:DE:PDF>

FN: Was sind freie Nationalisten. In: Zentralorgan 1998,H.1; S.23-25

Frindte, Wolfgang/ Preiser, Siegfried: Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte:2007, H.11, S.32-38

Friedrich, Walter: Ist der Rechtsextremismus im Osten ein Produkt der autoritären DDR? In: Aus Politik und Zeitgeschichte:2001, H.46, S.16-23

Geng, Bernd: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen, Gewaltakzeptanz und Gewalterfahrungen- Befunde einer Schülerstudie in der Hansestadt Greifswald. In: Dünkel, Frieder; Geng, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit- Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach 1999, S. 237-264

Georgi, Viola u.a(Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Gütersloh 2005

Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): Die neue Rechte – Eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden 2004.

Gloel, Rolf/ Gützlaff, Kathrin: Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg 2005

Hafeneger, Benno u.a.: Folgenreiche Realitätsverleugnung: Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung- Gemeinsame Stellungnahme. 2009,URL:<http://www.lobbi-mv.de/artikel/13.php>

Hafeneger, Benno/ Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2007

- Hafeneger, Benno: Rechtsextreme Parteien in Parlamenten – Gedanken zum Umgang. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, REP, NPD – Geschichte und Zukunft. Berlin 1999, S.191-200.
- Hafeneger, Benno: Die ‚Republikaner‘ in Stadtallendorf. Eine Lokalstudie. Schwalbach 2000
- Hafeneger, Benno: Wider die (Sozial-) Pädagogisierung von Gewalt und Rechtsextremismus. In: die deutsche Jugend, (1993) 3, S. 120-126.
- Hartmann, Hauke / Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus: Ergebnisse und Handlungsfelder. In: Georgi, Viola B. u.a (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus- Bd. 2- Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Gütersloh 2005. S. 16 - 41 und ebd., S. 95 - 98.
- Heinemann, Karl-Heinz / Schubarth, Wilfried (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder- Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln 1992
- Hanesch, Walter: Wirtschaftliche und soziale Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus in Deutschland. In Schüpp, Dieter u.a. (Hrsg.) Rechtsextremismus und Gewalt- Phänomene, Analysen, Antworten. Mönchengladbach 1994
- Heitmeyer, Wilhelm u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim u.a. 1992
- Heitmeyer, Wilhelm: Das Desintegrations-Theorem- Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen In: ders. (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt/M 1994,

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004. in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände 2004. Folge 2, Frankfurt/M. 2005. S. 13 - 36.

Heitmeyer, Wilhelm; Hagan, John(Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden 2002

Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremismus - ran-Handbuch. Berlin1991

Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim u.a. 1995

Held, Josef u.a.: Gespaltene Jugend. Opladen 1991

Hirschfeld, Uwe; Kleinert (Hrsg.): Zwischen Ausschluss und Hilfe- Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig 2000

Hopf, Christel u.a.: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim u.a. 1995

Horn-Metzger, Edeltraut/ Riegel, Christine: Junge Frauen und rechte Orientierungen- Die Kategorie Geschlecht- ein vernachlässigter Aspekt in der Jugend- und Rechtsextremismusforschung. In: Leiprecht, Rudolf (Hrsg.): In Grenzen verstrickt. Duisburg 1995, S.140

Huiken, Freerk: Zur Kritik von Wilhelm Heitmeyers Rechtsextremismustheorie- Theoretisch desorientiert, politisch orientiert. In Deutsche Jugend, 1993, H.11, S.497

Hundseder, Franziska: Stichwort- Rechtsextremismus. München 1993

- Jäger, Siegfried: Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden- Medien und Straftaten. In: Schatz, Herbert u.a. (Hrsg.): Migranten und Medien. Opladen 2000. S. 207 – 216
- Jaschke, Hans- Gerd: Sehnsucht nach dem starken Staat-Was bewirkt Repression gegen rechts? In Aus Politik und Zeitgeschichte:2000, H.39, S.22-29
- Jesse, Eckhard: Das Auf und Ab der NPD. In : Aus Politik und Zeitgeschichte 2005, H.42, S.31-38 Jesse, Eckhard: Das Auf und Ab der NPD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H.42, S.31-38
- Kalpaka, Anita/ Räthzel, Nora: Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus. In: Gorzini, Mehdi Jafari/ Müller, Heinz(Hrsg.): Handbuch zur interkulturellen Arbeit. Wiesbaden 1993
- Kleinen-von Königslöw, Katharina / Scheufele, Bertram / Esser, Frank :Gewalt- und Berichterstattungswellen als Resonanzeffekte von "Düsseldorf" und "Sebnitz". in: Esser, Frank / Scheufele, Bertram / Brosius, Hans-Bernd (Hrsg.), Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung, Wiesbaden 2002, S. 95 - 142..
- Klönne, Arno: Bundestagswahl- Historiker-Debatte und „Kulturrevolution von rechts“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1987. H.3, S. 286
- Knapp, Gudrun- Axeli: Frauen und Rechtsextremismus – „Kampfgefährtin“ oder „Heimchen am Herd“. In: Welzer, Harald(Hrsg.): Nationalsozialismus und Moderne. Tübingen 1993, S.208
- Koopmanns, R.: Asyl- Die Karriere eine politischen Konfliktes. In Van den Dele, Neidhardt, F.( Hrsg.): Kommunikation und Entscheidung- Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren. Berlin 1996, S.167-192

- Korgel, Lorenz: Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-) Demokratisierung des öffentlichen Raums. In : Dietmar Molthagen und Lorenz Korgel (Hg.) Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin 2009. S. 251- 265
- Krafeld, Franz Josef / Möller, Kurt / Müller, Andrea: Jugendarbeit in rechten Szenen- Ansätze - Erfahrungen – Perspektiven. Bremen 1993;
- Krafeld, Franz-Josef: Die Praxis akzeptierender Jugendarbeit- Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen, Opladen 1996
- Langenbacher, Nora/ Molthagen, Dietmar: Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeit für Demokratie. Berlin 2008
- Leiprecht, Rudolf: Woher kommen Rechtsextremismus und Rassismus?- Einige Hinweise zu bisherigen Erklärungsversuchen. In: Faller; Kurt u.a. (Hrsg.) Dem Hass keine Chance- Wie ist die Gewalt zu stoppen? Köln 1993, S.39-52
- Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien. Opladen 1996
- Lynen von Berg, Heinz; Roth Roland(Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet- Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen 2003
- Lynen von Berg, Heinz / Palloks, Kerstin / Steil, Armin: Pädagogische Handlungsansätze und zivilgesellschaftliches Engagement im kommunalen Raum. Kontextanalysen von Projekten zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen des CIVITAS-Programms, Berlin 2004, S. 126ff.]
- Miteinander e.V.(Hrsg.) Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt- Eine Herausforderung für die pädagogische Praxis. Berlin 2002

- Möller, Kurt: Pädagogische Strategien im Umgang mit rechtsextremistischen Orientierungen. In: Brenner, Gerd / Hafener, Benno: Pädagogik mit Jugendlichen, Weinheim-München 1996, S.59-171.
- Möller, Kurt: Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13-15jährigen. Weinheim u.a. 2000
- Murck, Manfred: Die Haltung der Polizei in den Konflikten mit Rechtsextremen, in: Schacht, Konrad / Leif, Thomas / Janssen, Hannelore (Hrsg.): Hilflos gegen Rechtsextremismus?. Köln 1995
- Netzwerk Antirassistische Bildung e.V. (Hrsg.): ...in der Mitte angekommen, Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern. Argumente. Hamburg 2002
- Neubacher, Frank: Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland- vor und nach der Wende. Bonn 1994
- Neumann, Jörg u.a.: Sozialpsychologische Hintergründe von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. In: Dünkel, Frieder; Geng, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit- Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach 1999, S.111-138
- Oehmichen, Ekkehardt / Horn, Imme/ Mosler, Sylvia: Rechtsextremismus und Fernsehen. In: Bertelsmann Stiftung/Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus, Bd. 1- Ergebnisse der Recherche. Gütersloh 2005. S. 146 - 207;
- Ohlemacher, Thomas: Wechselwirkungen nicht ausgeschlossen- Medien, Bevölkerungsmeynung und fremdenfeindliche Straftaten. In: Dünkel, Frieder; Geng, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit- Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach 1999, S.53-68

- Ohlemacher, Thomas: Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Mediale Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung und deren Wechselwirkung mit fremdenfeindlichen Gewalttaten 1991 - 1997, Hannover 1998
- Pfahl-Traugber, Armin: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. In Aus Politik und Zeitgeschichte:2000, H.39, S.3- 14
- Poutrus, Patrice, Behrends, Jan/ Kuck, Dennis: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte:2000, H.39, S.15-21
- Prüß, Franz: Schule und Rechtsextremismus- Möglichkeiten der Prävention. In: Dünkel, Frieder; Geng, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit- Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach 1999, S.347-365
- Radke, Frank-Olaf: Jugend, Gewalt und Erziehung. In Deutsche Jugend, 1993, H.11, S.472-492
- Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit(RAA) Mecklenburg- Vorpommern (Hrsg.): Rechts oben, Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten. Waren 2007
- Rommelsbacher, Birgit: Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: Foitzik, Andrea u.a.(Hrsg.): Ein Herrenvolk von Untertanen. Duisburg 1995, S.82-97
- Röpke, Andrea und Speit, Andreas: Braune Kameradschaften- Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis. Berlin 2004
- Schellenberg, Britta: Rechtsextremismus und Medien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: 2004, H.42, S.39-45

- Schellenberg, Britta: Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland- Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts- Analyse. URL: <http://www.cap.lmu.de/download/2008/CAP-Analyse-2008-02.pdf>
- Schubarth Wilfried, Stöss, Richard: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000
- Schubarth, Wilfried: Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus. In Aus Politik und Zeitgeschichte:2000, H.39, S.40-48
- Schubarth, Wilfried: Pädagogik und politische Bildung angesichts von Rechtsextremismus und Gewalt In: Dünkel, Frieder; Geng, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit- Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Mönchengladbach 1999,S.329-345
- Schulze, Günther: Ausländerfeindlichkeit- Woher sie kommt und was man dagegen tun kann. In Gewerkschaftliche Monatshefte. 1989; H.7; S.409
- Schuppener, Georg (Hrsg.) Sprache des Rechtsextremismus. 2008
- Selkens; W./ Wilde, M.: Rechtsextremistische Straftaten – Ein Schattenbericht. Berlin 2002
- Staud, Toralf, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. NPD. Köln 2006a
- Staud, Toralf: Interview mit Wilhelm Heitmeyer, Spiegel Online vom 26.9. 2006b. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,438811,00.html>
- Stenke, Dorit: Geschlechterverhältnis und Rechtsextremismus. In Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Hrsg.): Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus – Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs. Bielfeld 1993, S.91



Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin 2000

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2007

Verein für Kommunikationswissenschaften e.V.(Hrsg.): Pädagogische Konzepte in der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Berlin 2001

Voigt, Udo: Ziel ist es die BRD abzuwickeln- Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems. In: Junge Freiheit. 24.09.2004, S.3

Wagner, Bernd: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. In: In Aus Politik und Zeitgeschichte:2000, H.39, S.30-39

Wahl, Klaus u.a.: Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz-  
Zentrale Arbeitsergebnisse und Handlungsempfehlungen.  
URL:[http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_14401\\_\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_14401__2.pdf)

Weidemann, Dieter(Hrsg.): Die rechtsextreme Herausforderung. Jugendarbeit und Öffentlichkeit zwischen Konjunkturen und Konzepten. Bielefeld 2002

Weiß, Hans-Jürgen / Spallek, Cornelia: Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus. In Deutschland 1998 – 2001. Düsseldorf 2002.  
Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.): Bulletin, National befreite Zonen- Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung. Berlin 1998

### **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit, mit dem Titel:

„Rechtsextremismus- Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in der bundesdeutschen Gesellschaft -Bestandsaufnahme und Abwägung von Lösungsstrategien gegen rechte Tendenzen in der Gesellschaft“

selbständig angefertigt habe. Anwendung fanden ausschließlich die zitierten Quellen. Darüber hinaus habe ich kein fremdes Gedankengut übernommen. Diese Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.

-----  
Carsten Rix

Ort, Datum